

10. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Januar 2000

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ...	658	Abg. Isola (SPD)	672
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	659	Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	674
Bremens Beitrag zur Zwangsarbeiter-Entschädigung		Abg. Teiser (CDU)	676
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Januar 2000 (Drucksache 15/163)		Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) ..	677
Entschädigung für NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter		Abstimmung	678
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 26. Januar 2000 (Drucksache 15/184)		3. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 87. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983 (Wohnbauflächen Bremen-Borgfeld)	
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	659	Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000 (Drucksache 15/165)	
Abg. Frau Ziegert (SPD)	661	Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	679
Abg. Eckhoff (CDU)	661	Abg. Frau Kummer (SPD)	680
Abg. Tittmann (DVU)	662	Abg. Focke (CDU)	681
Ordnungsruf für den Abgeordneten Tittmann (DVU)	663	Abstimmung	682
Abg. Böhrnsen (SPD)	664	Schutz vor Gewalt im häuslichen Bereich	
Senatorin Adolf	664	Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 16. Dezember 1999 (Drucksache 15/154)	
Abstimmung	665	Den Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt verbessern	
Kontrolle und Transparenz der Parteienfinanzierung verbessern		Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Januar 2000 (Drucksache 15/181)	
Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Januar 2000 (Drucksache 15/164)		Abg. Frau Wulff (SPD)	682
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	665	Abg. Frau Windler (CDU)	684
Abg. Tittmann (DVU)	668	Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen)	686
Abg. Eckhoff (CDU)	669	Senatorin Adolf	688
		Abstimmung	689

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

3. Lesung

Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes

2. Lesung

Antrag des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung vom 19. November 1999 (Drucksache 15/117)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Januar 2000 (Drucksache 15/172)

1. Lesung

Bürgermeister Dr. Scherf.....	690
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	692
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen) zur Geschäftsordnung	695
Abg. Teiser (CDU)	695
Bürgermeister Dr. Scherf.....	697
Abg. Isola (SPD)	698
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	699
Abstimmung	700

Bewertung des Lern-, Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülerinnen und Schülern durch so genannte Kopfnoten

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 25. Oktober 1999 (Drucksache 15/89)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. November 1999

(Drucksache 15/122)

Abg. Bürger (CDU).....	701
Abg. Brumma (SPD)	703
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	704
Senator Lemke	706

Mehr Computer-Netze knüpfen Computerausstattung und -nutzung in den Schulen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 22. November 1999 (Drucksache 15/118)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2000

(Drucksache 15/174)

Abg. Frau Hövelmann (SPD)	708
Abg. Jäger (CDU)	710
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	712
Senator Lemke	714

Tierschutz im Grundgesetz verankern

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 3. Januar 2000 (Drucksache 15/160)

Abg. Tittmann (DVU)	715
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	716
Abg. Tittmann (DVU)	717
Abstimmung	717

Gegen Verfassungsverrat

Antrag (EntschlieÙung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 3. Januar 2000 (Drucksache 15/161)

Abg. Tittmann (DVU)	717
Abg. Röwekamp (CDU)	720
Abg. Tittmann (DVU)	721
Abg. Röwekamp (CDU)	721
Abstimmung	722

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 18. Januar 2000

(Drucksache 15/173)..... 722

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses Performa Nord

722

Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Januar 2000 (Drucksache 15/171)

1. Lesung	
2. Lesung	722

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Kauertz, Manfred Oppermann, Töpfer, Frau Wiedemeyer.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Hoppensack** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Frau **Hauffe** (Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung
der Gleichberechtigung der Frau)

- (A) Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung um 10.03 Uhr.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die zehnte Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir gedenken heute in Deutschland der Opfer des Nationalsozialismus. Heute vor 55 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz in der Nähe des polnischen Städtchens Oswiecim von den vorrückenden Truppen der Roten Armee eingenommen. Sie befreiten rund 7000 Zurückgelassene, die nicht auf den letzten Todesmarsch in andere Lager getrieben worden waren; viele der lebend Befreiten hatten aber in Wahrheit die Grenze zum Tode schon überschritten.

- (B) In Auschwitz hatten Deutsche mehr als eineinhalb Millionen Menschen ermordet; erschlagen, erhängt, getötet durch ärztliche Nichtbehandlung ebenso wie durch ärztliche Behandlung, verhungert, zu Tode gehetzt, vergast, nicht ohne sie vorher ausgeplündert und zutiefst gedemütigt zu haben. Die Opfer waren Männer und Frauen, Kinder — ja Kinder, auch kleine Kinder; ich nenne keine Zahl, eines ist ja schon nicht zu verstehen — und alte Menschen, Juden aus ganz Europa, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, politische Widerständler, alle, die nicht in die nationalsozialistische Wahnidee von Reinheit und Herrenordnung hineinpassten und denen deshalb das Recht auf Leben abgesprochen worden war.

Auschwitz war ein Kosmos des Schreckens. Deswegen gedenken wir an diesem mit Auschwitz verbundenen 27. Januar aller Opfer des Nationalsozialismus. Wir verneigen uns vor den Toten. Wir denken an die Überlebenden, die ihr Leben lang nicht aus dem Schatten des Todes heraustreten konnten, und wir bitten diejenigen um Nachsicht, die bis zum heutigen Tag überlebt haben und sich häufig mit dem Selbstvorwurf quälen, dass gerade sie überlebt haben. Von Gewissensnöten der Täter haben sie wenig hören können.

Meine Damen und Herren, es ist Mode geworden, vor Gedenkritualen zu warnen, oft genug mit dem Hintergedanken, dass es nun langsam genug sei. Dabei mussten doch 50 Jahre vergehen, bis vor vier Jahren der damalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Tag zum Gedenktag erklärt hat. Er hat damit die Hoffnung verbunden, dass das gemeinsame Urteil über diese zwölf Jahre deutscher Geschichte erhalten bleibt und stets erneuert wird. Richtig ist, dass Roman Herzog gleichzeitig die Sorge ausgesprochen hat, dass wir neue, zeitgerechtere Formen des Erinnerns finden müssen, denn das Überleben wird nun bald zu Ende gehen, und nur noch wenige können selbst noch Zeugnis ablegen. Umso wichtiger ist es, dass wir sie fragen und ihnen zuhören!

Die Mahnung Roman Herzogs dürfen wir aber keinesfalls so missverstehen, als wüssten wir schon alles und müssten nur noch dafür sorgen, dass es immer neuen Generationen junger Menschen gut vermittelt würde. Auch das ist notwendig, aber tatsächlich wissen wir immer noch vieles nicht oder nur sehr oberflächlich, weil es lange Jahre mächtige Interessen gegen das Wissen und Erkennen gegeben hat. Es waren ja auch sehr viele beteiligt! So erleben wir weiterhin, wie viel Neues ans Licht kommt, wenn gefragt wird: über die deutsche Wehrmacht, über die Geschichte großer deutscher Unternehmen, über Wissenschaften wie die Geschichtswissenschaften, ja selbst die Historiker haben über sich selbst geschwiegen! Dabei geht es nie ohne heftige Auseinandersetzungen, das muss wohl so sein. Die Vergangenheit ist noch nicht vergangen, wie könnten wir da von einem Ende des Erinnerns sprechen! Wir haben ja noch nicht einmal die Wiedergutmachung ordentlich zu Ende geregelt.

Hinsehen, was vor der eigenen Tür, im eigenen Haus geschehen ist, hinhören auf das, was Menschen erzählen, ein Mensch aus seinem Leben zu erzählen hat, ist die Grundlage von Erinnerung. Auf diesem Feld gibt es in Bremen viele Initiativen, von denen ich heute stellvertretend einige nennen möchte, um ihnen von hier aus für ihre Arbeit zu danken. Ich meine die Schulklassen, die der Geschichte einer verfolgten Familie nachforschen; die Jugendgruppen, die die „Nacht der Jugend“ drüben im Rathaus mitgestaltet haben, indem sie die Verbindung zwischen damals und heute gezogen haben; ich nenne den runden Tisch „Geschichtslehrpfad Lagerstraße“, der den Bunker Farge zu einer Stätte der Erinnerung machen möchte; die Mitarbeiter des Zentralkrankenhauses Ost, die gemeinsam mit Angehörigen, die bei der Gelegenheit das erste Mal darüber sprechen konnten, das Schicksal der Opfer der NS-Psychiatrie erforschen und bekannt machen; und schließlich die Gruppe in Gröpelingen, die dem Leben und Sterben des holländischen Zwangsarbeiters Homme Hoekstra nachgegangen ist und ihm am Schwarzen Weg ein Denkmal gesetzt hat.

Einer der Leidensgenossen Homme Hoekstras war Cees Ruyter aus Rotterdam, den ich sehr herzlich heute unter uns begrüße.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Ruyter wird heute Mittag eine Schule besuchen und heute Abend im Rathaus auf der zentralen Gedenkveranstaltung aus seinem Leben erzählen. Alle Bürgerinnen und Bürger lade ich herzlich ein, zu kommen und ihm zuzuhören.

Sehr geehrter Herr Ruyter, ich danke Ihnen, dass Sie die Last der Reise auf sich genommen haben. Wir brauchen Ihre Stimme.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, nicht nur über Zeiten, auch über Orte der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus sind in den vergangenen Jahren große Debatten geführt worden: um das Holocaust-Mahnmal in Berlin, um den Erhalt der Gedenkstätten in den Todeslagern. Jeder wird die getroffenen Entscheidungen für sich beurteilen, aber niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, dass es neben Zeiten des Innehaltens und Erinnerns auch Orte des Gedenkens geben muss. Das gilt auch für Bremen.

Aber neben den Mahnmalen gibt es auch andere, nicht minder wichtige Orte des Gedenkens: die zentralen Orte unseres Gemeinwesens, drüben das Rathaus und hier das Haus der Bürgerschaft. Hier wie dort sprechen wir darüber, was für unser Gemeinwesen, seine Zukunft wichtig und bedeutsam ist. Hier vergewissern wir uns, was wir gemeinsam als richtig und falsch ansehen. Anders als in anderen Nationen ist das Selbstverständnis der Demokratie in Deutschland untrennbar mit schmerzhafter geschichtlicher Erfahrung verbunden. Deshalb hat die Erinnerung, hat die aus der Erinnerung resultierende Selbstverpflichtung staatlicher Macht ihren Ort gerade auch hier im Haus der Bremischen Bürgerschaft.

(B) Die radikalste Selbstverpflichtung formuliert das Grundgesetz in seinem ersten Artikel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wir sind im Gedenken an die zerschundene Würde der Opfer des Nationalsozialismus aufgefordert, uns und künftigen Generationen die Urteilsfähigkeit über Recht und Unrecht, über Toleranz und alltägliche Ausgrenzung und Fremdenhass auf der anderen Seite, für den Wert jedes einzelnen Lebens, seine Würde und seine Freiheit zu schärfen und hier um den besten Weg dafür zu streiten.

Meine Damen und Herren, der heutige Gedenktag der Befreiung von Auschwitz erinnert auch an die militärische Niederwerfung des deutschen Nationalsozialismus. Am Ende sind die Nazis mit ihren Plänen eines reinrassigen europäischen Militärreiches doch gescheitert. Das verweist auf eine zweite radikale Konsequenz aus Auschwitz und Weltkrieg. Auschwitz war und ist eine europäische Erfahrung. Ich bin überzeugt, nur die fortschreitende europäische Einigung auf der Grundlage gegenseitiger Achtung wird auf Dauer Krisen und Kriege, zumindest in Europa, zumindest unwahrscheinlicher machen. Das ist in meinen Augen die sicherste Lehre, die die Kinder und Enkelkinder der Täter und der Opfer gemeinsam ziehen können. Dann wird auch Erinnerung nicht alte Wunden vertiefen, sondern Kraft für eine gemeinsame Zukunft geben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung für einige Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 10.12 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 10.18 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren und die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf dem Besucherrang begrüße ich eine Gruppe Umschüler vom Arbeiterbildungszentrum.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Entschädigung für NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeiter, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 26. Januar 2000, Drucksache 15/184.

(D) Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Meine Damen und Herren, wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt 24, Bremens Beitrag zur Zwangsarbeiter-Entschädigung, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

„Landesbreitbandnetz in Bremen“

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 26. Januar 2000 (Drucksache 15/182)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

(A) II. Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Bilanz nach In-Kraft-Treten der Insolvenzordnung in Bremen und Bremerhaven

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. Dezember 1999
(Drucksache 15/183)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

**Bremens Beitrag
zur Zwangsarbeiter-Entschädigung**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Januar 2000
(Drucksache 15/163)

Wir verbinden hiermit:

**Entschädigung für NS-Zwangsarbeiterinnen
und -Zwangsarbeiter**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
der CDU und der SPD
vom 26. Januar 2000
(Drucksache 15/184)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge.

(B) Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, es ist heute das letzte Mal, dass wir hier in der Bürgerschaft auf Antrag der Grünen über die Frage der Entschädigung für Zwangsarbeit sprechen müssen, über Entschädigung und Wiedergutmachung für die Menschen, die während des Zweiten Weltkriegs aus allen Ecken Europas zunächst mit Druck und dann mit nackter Gewalt nach Deutschland gezwungen wurden, um gegen Hungerlohn und Barackenlager, wenn es überhaupt so viel war, für die deutsche Militärmaschinerie zu arbeiten.

Mehr als 70.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, meine Damen und Herren, waren allein hier in Bremen. Dies ist auch ein kleiner Hinweis zum Thema Wissen oder Nichtwissen. 70.000 Menschen kann man eigentlich nicht übersehen haben.

Viel zu lange haben die allermeisten, da nehme ich niemanden aus, überhaupt nicht an diese Menschen gedacht. Dann haben einige begonnen, öffentlich darauf zu drängen, und schließlich haben am Ende doch weltweite Geschäfte deutscher Unternehmen und ihr internationales Echo zur Einsicht geführt. Ich weiß, dass die Verhandlungen dann am Ende noch quälend und auch beschämend gewese-

sen sind, aber trotzdem möchte ich klar und eindeutig sagen, ich bin außerordentlich froh darüber, dass die rotgrüne Bundesregierung es Ende vergangenen Jahres doch geschafft hat, eine Einigung über Entschädigungsleistungen für Zwangsarbeit zu erreichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei
der SPD und bei der CDU)

Die Bundesregierung hat damit auch Schaden für das Ansehen Deutschlands abgewendet, nicht nur in den USA, sondern vor allen Dingen auch in unseren osteuropäischen Nachbarländern. Allerdings muss man festhalten, das war nur möglich, weil die Bundesregierung selbst am Ende massiv in die staatliche Verantwortung gegangen ist durch die Übernahme von fünf Milliarden DM des Stiftungskapitals gegenüber den fünf Milliarden DM von den Unternehmen, die ja in Wahrheit nur etwa 2,5 Milliarden DM netto sind wegen der steuerlichen Absetzmöglichkeit. Das ist wirklich von Seiten der Unternehmen, finde ich, kein rühmliches Kapitel, bei allem Respekt für das Engagement und die Initiative einzelner Großunternehmen und auch einzelner großer Banken. Von den fünf Milliarden DM, die zugesagt sind, sind jetzt erst zwei Milliarden DM, wenn überhaupt, zusammengekommen.

Trotz des Durchbruchs Ende 1999 sind die Probleme noch überhaupt nicht gelöst. Wir haben dies auch heute früh in den Zeitungen lesen können. Auch in der Frage der Umsetzung gibt es noch viele Unklarheiten und wird es sicherlich auch noch politischen Streit geben. Verteilung, Anerkennung und Auszahlung sind noch nicht endgültig geklärt.

Ich glaube nicht, dass wir hier heute Einzelheiten dieser Frage diskutieren können. Wir sollten aber doch, so wie es im Antrag formuliert ist, festhalten, dass bei allen Fragen von Anerkennung und Verteilung auf die Wahrung der Würde dieser Menschen geachtet wird, für die diese Stiftung geschaffen wird. Für die allermeisten Opfer kommt sie ja ohnehin viel zu spät.

Meine Damen und Herren, wir haben uns gestern noch auf einen gemeinsamen Antrag mit der Koalition geeinigt, der die ersten zweieinhalb Punkte unseres Antrags übernimmt und dann am Ende zurückhaltender und in meinen Augen auch unschärfer formuliert. Aber wir haben das getan, um uns darauf zu verständigen, weil uns immer daran gelegen war, dass wir in diesen Fragen alle Teile des Hauses Schritt für Schritt mitnehmen.

Umso wichtiger ist es aber, und das sage ich jetzt für die Debatte, dass die Aussagen unseres Antrags deutlich und klar genannt werden, hervorgearbeitet werden, zumal ja auch die Regierungsfaktionen erklärt haben, dass sie diese Aussagen im Grundsatz teilen. Ich gehe davon aus, dass sie dies in der Debatte auch deutlich machen werden.

(C)**(D)**

(A) Wir halten es für unverzichtbar, und da darf es eigentlich keine Diskussion geben, dass sich auch die Länder und Kommunen an der Stiftung beteiligen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Länder und Kommunen haben das Erbe ihrer politischen Vorläufer, auch wenn es die Länder so noch nicht gegeben hat vor 1945, ausdrücklich angenommen, in jeder Hinsicht, im Guten wie im Schlechten. Sie haben selbst in großem Umfang Zwangsarbeit angewendet und davon profitiert. Wir haben ja im Dezember diese Liste von 1944 noch einmal veröffentlicht, die die Gestapo hier in Bremen angelegt hat. Da findet man auch eine Reihe von staatlichen Stellen, zum Beispiel auch die bremische Bauverwaltung mit mehreren Lagern, allein 600 Zwangsarbeiter im Lager am Buntentorsteinweg. Es kann also nicht sein, dass wir uns hier hinstellen und sagen, wir beteiligen uns nicht.

Herr Ministerpräsident Gabriel hat sich in den ersten Tagen seines Amtsantritts im Dezember 1999 klar geäußert, ich darf zitieren: „Natürlich werden wir uns als Land Niedersachsen nicht verschließen.“ Das, denke ich, muss auch bei aller vorsichtigen Formulierung, die wir jetzt gewählt haben, die Botschaft der heutigen Debatte sein, dass das Land Bremen und die Städte Bremen und Bremerhaven sich ihrer politischen Verantwortung stellen.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube einfach, dass dieses Parlament, die Bremische Bürgerschaft, sich klarer und eindeutiger äußern kann, als das vielleicht der Senat kann, dessen Präsident ja gegenwärtig auch Chef der Ministerpräsidentenkonferenz ist.

Der zweite Teil, den ich noch einmal erwähnen möchte, ist der letzte Absatz, der Absatz vier, der in unserer Fassung folgendermaßen gelaute hat: „Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass die bremischen Firmen, kommunalen Unternehmen, Organisationen, Verbände und Einrichtungen, die aus der Ausbeutung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern ihren Nutzen gezogen haben, beziehungsweise deren Rechtsnachfolger der Stiftung beitreten oder in anderer geeigneter Form einen wirksamen Beitrag zur Entschädigung leisten. Sie appelliert an die Kammern, sich der Frage anzunehmen, damit es einen nennenswerten Beitrag der bremischen Wirtschaft gibt.“

Dieser Absatz ist sinngemäß aus einer Erklärung der Hamburgischen Bürgerschaft übernommen, dem nach meinem Wissen auch die CDU zugestimmt hat, in jedem Fall die SPD in der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie haben hier diesen Absatz nicht mitmachen wollen. Sie haben stattdessen eine Formulierung vorgeschlagen, die wir nun auch mitmachen: „Wir erwarten, dass alle Unternehmen, die von der

Zwangsarbeit profitiert haben, der Stiftung beitreten.“ Die bremischen Unternehmen sind nun offensichtlich eine Teilmenge von allen Unternehmen. (C)

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, woher diese Angst, diese logische Binsenweisheit auch auszusprechen, kommt. Wir sind hier das Parlament des Landes Bremen. Wieso reden wir nicht auch von den Betrieben, die hier in Bremen gehandelt haben?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich meine, nach all dem, was in der Geschichte gewesen ist, sind diese Unternehmen nun weiß Gott keine Unberührbaren, über die man nicht einmal sprechen dürfte. Ich finde, die Zeiten des Darumherumredens sind nun wirklich vorbei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich kann auch wirklich nicht einsehen, dass sich ein Unternehmen wie die Bremer Wollkämmerei, um ein extremes Beispiel zu nennen, das mehr als 1000 Zwangsarbeiter beschäftigt hat, immer noch blind und taub stellen kann.

Ich wiederhole, die Bremer Unternehmen, egal ob privat oder im kommunalen Besitz, müssen ihren Beitrag leisten, wie auch immer der aussieht. Die Wahrheit ist doch, dass nur die öffentliche Kritik, das Nennen von Namen und Adressen dazu geführt haben, dass in den letzten Monaten eine Reihe von Betrieben mehr beigetreten ist. Man konnte es verfolgen, nach jeder „heute“-Sendung, nach jeder „Panorama“-Sendung waren es dann wieder zwei, drei mehr. So ist es doch in Wirklichkeit gewesen. Das mag man traurig finden, aber es ist die Wahrheit. Deswegen kommen wir nicht darum herum, auch klar und deutlich zu sagen, welche Erwartungen wir hier in Bremen haben. (D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, im Herbst vergangenen Jahres haben es private Spenden, Spenden von Unternehmen wie auch Mittel des Senats möglich gemacht, ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Ukraine einzuladen. Das war eine ausgezeichnete Initiative, die wir sehr begrüßt haben. Diese alten Menschen haben, glaube ich, alle in Bremen tief beeindruckt durch die Schilderung ihrer Leiden, aber genauso auch durch die Offenheit und den Großmut, mit denen sie uns entgegengekommen sind. Aber klar war bei ihnen auch, dass sie auf ihrem Recht und ihren Ansprüchen bestanden haben, bei allem Großmut und bei aller Bescheidenheit.

Die Grundlagen dafür, dass wir nun auch diesen Ansprüchen genügen können, sind mit der Stiftung

(A) gelegt. Es ist nun an uns, unseren Teil dazuzutun, damit wir, wenn die nächste Besuchergruppe in diesem Jahr dann aus Polen kommt, sie ebenso offen begrüßen und etwas zu ihr sagen können. Deswegen bitten wir Sie um Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag, das ist, glaube ich, ja klar. Unser Antrag ist damit von der Form her erledigt. Der gemeinsame Antrag spricht in der Sache, glaube ich, das aus, was notwendig ist. Ich bitte Sie darum, dies auch ebenso deutlich hier zum Ausdruck zu bringen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind auch sehr froh, dass dieser Antrag heute als gemeinsamer Antrag aller Fraktionen in dieser Bürgerschaft zustande gekommen ist. Das zeigt unserer Meinung nach, dass sich die demokratischen Kräfte in diesem Parlament, und ich möchte hinzufügen, auch in dieser Stadt, der Verantwortung stellen, die wir gemeinsam im gegenwärtigen Deutschland für das haben, was geschehen ist, für den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, der auch hier in Bremen stattgefunden hat.

(B) Der Abgeordnete Kuhn hat vorhin in seiner Erinnerungsrede darauf hingewiesen, dass es in Bremen viele Initiativen gibt, die sich mit der Aufarbeitung dieser Vergangenheit beschäftigen und die Erinnerung wach halten. Ich möchte darauf hinweisen, dass es auch in der Frage der Zwangsarbeiter Initiativen gibt. Ich möchte darauf hinweisen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen von der ehemaligen Klöckner-Hütte, den heutigen Stahlwerken Bremen, sich sehr intensiv mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern beschäftigt haben.

Auch mich hat der Besuch von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus Weißrussland sehr berührt, die in diesem Jahr zum ersten Mal im Rahmen eines Besuchsprogramms für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf Initiative des Vereins Valerjan Wrobel in Bremen waren. Auch mich hat sehr berührt, in wie starkem Maße hier die Bereitschaft zur Versöhnung da ist, die Bereitschaft zu reden über das hinweg, was geschehen ist, auch von Leuten, die selbst persönlich sehr stark dadurch betroffen worden sind, mit uns in Kontakt zu treten, auch für eine bessere Zukunft.

Deswegen finde ich es so wichtig und begrüße es, dass durch die Initiative der rotgrünen Bundesregierung, die endlich zustande gekommen ist, nun die Aussicht besteht, dass wenn auch keine Gerechtigkeit, keine Wiedergutmachung, das kann nicht geschehen, aber wenigstens der Respekt vor den

Opfern, die notwendige Anerkennung und das Helfen dieser Menschen in ihrer ja doch sehr schwierigen materiellen Situation, in der sie häufig leben, zum Ausdruck gebracht wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, dass heute und von dieser Stelle, von diesem Parlament die Botschaft ausgehen muss, dass wir in Bremen alles daran setzen werden, unseren Beitrag dafür zu leisten, dass nun sehr schnell eine Lösung zustande kommt und dass nicht noch durch finanzielle Streitigkeiten weitere Verzögerungen erfolgen.

Ich habe es schon angedeutet, auch Bremer Unternehmen sind beteiligt gewesen, auch in Bremer Unternehmen waren Zwangsarbeiter beschäftigt, sowohl in kommunalen, in öffentlichen als auch in privaten. Deswegen verstehe ich den Antrag so, dass wir sehr deutlich sagen, auch wir als Land Bremen und Stadtgemeinde Bremerhaven werden unseren finanziellen Beitrag leisten. Die Bremer Unternehmen sind aufgefordert, sich an der Initiative dieser Stiftung zu beteiligen und ihren finanziellen Beitrag, wie er ihrer Verantwortung entspricht, zu leisten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Meine Damen und Herren, ich denke, wenn wir es in dieser Einigkeit und mit dieser Botschaft heute so verstehen, diesen Antrag und diese Entschliebung hier zu verabschieden, haben wir einen bescheidenen, aber, wie ich glaube, auch angemessenen Beitrag gerade zu dem heutigen Erinnerungstag und zu dem heutigen Datum geleistet. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass die Rede von Herrn Dr. Kuhn heute zu Beginn der Sitzung des Parlaments, aber auch die Debattenbeiträge, die wir gerade gehört haben, noch einmal deutlich vor Augen geführt haben, auch gerade den Vertretern der jüngeren Generation, dass dies ein Thema ist, welches uns auch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen wird, und dass der Beitrag, den diese Stiftungsinitiative leisten kann, nur ein sehr kleiner ist, dass der Hauptbeitrag insbesondere auch darin bestehen muss, dass dies, was in dem

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) NS-Regime an Gräueltaten verübt wurde, und da sind die Zwangsarbeiter ja nur eine Gruppe, auch die nächsten Generationen weiter bewegen muss, damit solche Sachen nicht in Vergessenheit geraten.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Aus diesem Grunde möchte ich mich auch noch einmal ganz herzlich beim Vizepräsidenten dafür bedanken, dass er uns das heute Morgen auch eindrücklich noch einmal in Erinnerung gerufen hat.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich möchte jetzt gar keinen langen Debattenbeitrag leisten, sondern ich möchte auf einige Punkte noch einmal eingehen, die in den Reden gerade noch einmal deutlich geworden sind. Ich bin froh, dass die Stiftungsinitiative weitestgehend zustande gekommen ist. Ich hoffe, dass insbesondere die fehlenden Mittel der Wirtschaft in den nächsten Wochen und Monaten, lieber wäre mir in den nächsten Wochen, möglichst schnell zusammengetragen werden. Ich finde, dass insgesamt der Bund, auch schon in den ersten Gesprächen mit den Ländern, ein deutliches Signal gesetzt hat und dass es jetzt Zeit wird, dass sich auch die Wirtschaft diesem Signal entsprechend anschließt.

(B)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wohltuend heben sich die Gründer der Wirtschaft dieser Stiftungsinitiative hervor. Die Zuläufe in den letzten Wochen und Monaten sind dann leider nicht so geblieben, wie es beim Start dieser Initiative war. Deshalb, Herr Kuhn, verstehe ich nur bedingt Ihre Kritik, weil ich die Formulierung jetzt in dem gemeinsamen Antrag stärker finde, dass nämlich alle Unternehmen, die dort Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, auch ihren Beitrag leisten müssen. Das beinhaltet natürlich auch die bremischen Unternehmen, das ist doch völlig klar.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hoffe, dass auch trotz der Unklarheiten, die nach wie vor im Gesetzentwurf sind, zu denen es ja auch gerade von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag gestern entsprechende Kritik gab, dieser Gesetzentwurf möglichst schnell auf eine einheitliche parlamentarische Linie gehoben wird. Ich glaube nicht, dass dies ein Thema ist, bei dem es nachher noch zu einem Streit zwischen den einzelnen Fraktionen, egal ob hier in der Bürgerschaft oder im Bundestag, kommen sollte, sondern zu dem möglichst schnell eine einheitliche

che Linie herbeigeführt werden muss, damit das Zeichen, das wir jetzt nach draußen in die ganze Welt geschickt haben, nicht durch kleinkarierte Parteistreitigkeiten kaputt gemacht wird.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte auch eine Bewertung dazu machen, und das muss genauso schleunigst geklärt werden, wie das Engagement beziehungsweise die Auffüllung des Fonds aus dem Bereich der Wirtschaft in den entsprechenden Gesprächen mit den Ländern und wie eine angemessene Beteiligung der Länder aussehen kann. Erste Gespräche sind da bereits geführt worden. Wir bringen in unserem Antrag auch zum Ausdruck, dass diese Gespräche hoffentlich schnell zum Abschluss gebracht werden und man sich dann einvernehmlich auf die entsprechenden Zahlungsmodalitäten einigt, weil natürlich auch auf dieser Seite das Signal sonst genauso gefährdet werden kann, wie ich es gerade beschrieben habe.

Ich glaube, dass dies nur ein kleiner Beitrag ist, dass der Hauptbeitrag da beginnt, wo wir aufgefordert sind, die nächsten Generationen weiter über das zu informieren und aufzuklären und dass wir nicht vergessen dürfen. Das ist der weit wichtigere Beitrag in der Aufklärung dieses dunklen Kapitels der deutschen Geschichte. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es nimmt immer mehr unerträgliche Formen an, wie man mit dem Thema Zwangsarbeiter umgeht.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das stimmt!)

Alle Medien berichten unentwegt über Leiden, die deutscherseits vor 55 bis 65 Jahren anderen zugefügt worden sind oder seien. Täglich sehe, höre und lese ich von Zwangsarbeitern und ihren Forderungen. Meine Damen und Herren, wer aber entrichtet Wiedergutmachung für mehr als zehn Millionen deutsche Zwangsarbeiter, die in den Lagern der Sieger arbeiteten? Wo bleibt die Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter? Deutsche Kriegsgefangene haben bis fünf Jahre nach Kriegsende in Frankreich, England, Kanada und sogar in den USA gegen jedes Völkerrecht zwangsweise gearbeitet.

Meine Damen und Herren, von den Millionen deutscher Kriegsgefangener, die zum Wiederaufbau der Sowjetunion eingesetzt wurden, kehrte nur je-

(C)

(D)

(A) der Zehnte mehr tot als lebendig erst 1954 wieder zurück. Keiner, aber auch keiner von diesen geschundenen und gefolterten Zwangsarbeitern hat jemals auch nur eine Kopeke von den Sowjets erhalten. Ich frage mich mit Millionen von Deutschen: Wie kann es sein, dass kein deutscher Politiker und keine Massenmedien sich um die Menschen unseres Volkes und ihre Toten kümmern? Wo bleibt denn da die Gerechtigkeit, meine Damen und Herren?

Tatsache ist auch, dass die finanzielle Einigung in Sachen Zwangsarbeiterentschädigung erst durch Boykottandrohung aus den USA erzwungen worden ist. Meine Damen und Herren, Boykottandrohungen gegen Deutschland sind ja nichts Neues. Es hat aber auch keinen Zweck, durch Unterwürfigkeit immer mehr und immer neue Forderungen bis in alle Ewigkeit herauszufordern. Je höher die Entschädigungssumme ist, desto höher ist natürlich die Provision der so genannten Opferanwälte, die schon jetzt mehr als 100 Millionen Dollar Honorar kassiert haben.

Meine Damen und Herren, da liegt es doch ganz klar auf der Hand, dass weitere und immer höhere Forderungen an Deutschland, also an die Steuerzahler gestellt und gerichtet werden. Tatsache ist auch, dass die Wirtschaftsunternehmen die größten Schwierigkeiten haben, die zugesagten fünf Milliarden DM aufzubringen. Von den zugesagten fünf Milliarden DM konnten bis jetzt erst zwei Milliarden DM von den Unternehmen aufgebracht werden.

(B) Das heißt also, meine Damen und Herren, ein Minus von sage und schreibe drei Milliarden DM! Man kann also mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Bund, also die Steuerzahler, mit weiteren drei Milliarden DM belastet wird.

Hinzu kommt, dass die Unternehmen ihre Zahlungen von den Steuern absetzen können. Das heißt, dass diese Hälfte ebenfalls zu Lasten der Steuerzahler geht. Man könnte also mit Fug und Recht behaupten, dass der deutsche Steuerzahler wie eine heiße Zitrone gepresst und ausgepresst wird,

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Sie sollten sich schämen!)

und das, wo auf der anderen Seite Politiker der etablierten Parteien laut Aussage des Bundes der Steuerzahler Steuergeldverschwendung in Milliardenhöhe begangen haben! Weitere Steuergeldverschwendungen werden folgen, dessen bin ich mir ziemlich sicher, meine Damen und Herren.

Jedenfalls gegen diese unsozialen Machenschaften gegen das deutsche Volk wird die Deutsche Volkunion, und nur die Deutsche Volkunion, als einzige und wahre Opposition ihre Stimme, die Stimme des deutschen Volkes, in den Parlamenten, in denen sie vertreten ist, unüberhörbar erheben.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Unerträglich!)

Es ist allerdings kein Wunder, dass die meisten Wirtschaftsunternehmen sich finanziell nicht an diesem Entschädigungsfonds beteiligen. Sie sehen nicht ein, dass sie hier bezahlen sollen, ohne Rücksicht darauf, ob sie während des Krieges so genannte Zwangsarbeiter beschäftigt haben oder nicht.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, durch Ihre Wortwahl verletzen Sie die Würde der betroffenen Personen, die unter diesem System gelitten haben!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf!

Abg. **Tittmann** (DVU): Also, ob diese Zwangsarbeiter damals beschäftigt waren oder nicht, ob sie diese angefordert haben oder nicht, ob sie von den damaligen Behörden zugewiesen wurden oder nicht, ob ihre heutige Firma überhaupt noch Rechtsnachfolger des Vorgängers aus der Kriegszeit ist oder nicht, mit dem man vielfach nur noch den Namen gemein hat!

Auch wer während des Krieges in Deutschland arbeitete, war eben nicht automatisch ein NS-Geschädigter. Zahlreiche Beispiele belegen, dass im Krieg viele freiwillige Arbeiter in Deutschland gearbeitet haben, die von den Unternehmen gerecht entlohnt und anständig behandelt worden sind. Darüber hinaus sollte man die Tatsache eines Missbrauchs und Zweckentfremdung von Wiedergutmachungsgeldern und Entschädigungsgeldern nicht außer Acht lassen. Ich erinnere hier nur einmal an einen Fall einer schändlichen Zweckentfremdung, sprich Betrug, von sage und schreibe 30 Millionen DM Wiedergutmachungsgelder durch den ehemaligen Chef des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Sie sind ein Volksverhetzer! — Abg. B e c k m e y e r [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Nachmann hat nachweislich Millionenbeträge aus der deutschen Steuerkasse, gezahlt für NS-Opfer, in sein ruiniertes Unternehmen gesteckt. Der Schaden wird auf 30 Millionen DM beziffert. Bei allen politischen Verzerrungen unserer Zeit sollte endlich wieder mehr Augenmaß gelten und Normalität eintreten, nicht zuletzt sind wir das den unzähligen deutschen Opfern schuldig, die schuldlos erbarmslos verschleppt, geschändet, missbraucht und grausam getötet, namenlos und würdelos irgendwo verscharrt worden sind.

(Glocke)

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Herr Abgeordneter Tittmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Beckmeyer?

Abg. **Tittmann** (DVU): Nein, ich bin noch nicht zu Ende! Herr Dr. Kuhn, Ihre Eingangsrede von heute Morgen — —.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können Sie doch gar nicht beurteilen, die Rede, Sie sind doch hinausgegangen!)

Der musste ich nicht unbedingt zuhören! Ich bin es nämlich leid, wie viele Millionen andere Deutsche auch, mir bis in alle Ewigkeit einseitig, ich betone einseitig, Schuld, Sühne und Buße in der Rede anhören zu müssen! Ich denke, es ist endlich einmal an der Zeit, aller Opfer des schrecklichen Krieges zu gedenken, zum Beispiel auch, laut Schwarzbuch des Kommunismus, weit über einer Million Opfer des kommunistischen Regimes zu gedenken. Selbstverständlich müssen wir als politisch Verantwortliche dafür sorgen, dass wir Krieg, Mord und Vertreibung verhindern und dass dies nicht wieder vorkommt. Das ist selbstverständlich. — Ich bedanke mich!

(B) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

(Abg. Frau **B e r k** [SPD]: Hier stinkt es, wenn Sie hier vorn gestanden haben!)

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mich für diesen schlimmen und unerträglichen Beitrag bei unserem holländischen Gast herzlich entschuldigen.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der so genannte Abgeordnete Tittmann hat heute erneut eindrucksvoll gezeigt, dass er in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen hat.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Tittmann, wir lassen uns durch Ihre Beiträge unsere Initiative, die notwendige und bescheidene Initiative zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, nicht beschmutzen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fällt mir schwer, nach diesem Beitrag von Herrn Tittmann noch zu reden, aber ich will trotzdem für den Senat hier Stellung nehmen. Der Senat hat bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass er die moralische Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt und dieses Landes für das unermessliche Unrecht des Nazi-Regimes anerkennt. Als eines der ersten Bundesländer hat Bremen Mittel zur Verfügung gestellt, um Opfern des Nationalsozialismus, die nach anderen Entschädigungsgesetzen keine Ansprüche geltend machen konnten und können, im Rahmen unseres Härtefonds Unterstützung zu gewähren.

Mit Unterstützung des Senats wurde die Geschichte der Zwangsarbeit in Bremen wissenschaftlich aufgearbeitet und dokumentiert. Durch die in diesem Zusammenhang aufgebauten Kontakte zu Zwangsarbeiterverbänden, insbesondere in osteuropäischen Ländern, gibt es eine Vielzahl von Berichten von Zeitzeugen, so dass wir heute ein relativ verlässliches Bild über die Bedingungen von Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus in Bremen haben.

Die Kontakte zu ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern waren die Voraussetzung für das vom Senat initiierte Besuchsprogramm, das im letzten Oktober mit dem Verein Valerjan Wrobel durchgeführt wurde, übrigens mit Mitteln, die zur Hälfte durch Spenden von Bremer Unternehmen aufgebracht wurden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies war ein Besuch, der auch mich persönlich nachhaltig beeindruckt und beschäftigt hat, und ich will diese Gelegenheit nutzen, all denen, die uns diese Kontakte ermöglicht haben, die durch langjährige, im Wesentlichen ehrenamtliche Arbeit dafür gesorgt haben, dass dieses Thema aufbereitet wurde, und in dieser Stadt nicht in Vergessenheit geraten ist und dass wir diese Begegnungen haben konnten, an dieser Stelle herzlich zu danken!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, der Senat war und ist bemüht, durch humanitäre Gesten seiner moralischen Verantwortung gerecht zu werden und den Opfern Respekt und Anerkennung zu zollen.

Die zwischen den Opferverbänden und den beteiligten Regierungen einerseits und der Bundesregierung und der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft andererseits erzielte Einigung über die Errichtung und Ausstattung einer Stiftung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ist ein wichtiges historisches Datum. Der Senat hofft, dass es sehr

(C)

(D)

(A) schnell gelingen wird, die vereinbarten Mittel den Opfern auszuzahlen. Wir alle wissen, dass wegen des zum Teil hohen Alters der Berechtigten eine rasche Auszahlung notwendig ist. Der Senat wird alles in seinen Möglichkeiten Stehende tun, die Anerkennung von Ansprüchen zu unterstützen.

Die Frage der finanziellen Unterstützung der Stiftung wird zurzeit zwischen der Bundesregierung und den Ländern diskutiert. Bremen hat schon in der Vergangenheit gezeigt, dass es auch bereit ist, finanzielle Hilfe zu leisten, auch wenn der Bund als Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs für das Kriegsfolgenrecht zuständig ist.

Der Senat nimmt vor diesem Hintergrund die in dem von allen demokratischen Fraktionen dieses Hauses getragenen Antrag an ihn gerichteten Erwartungen gern an. Gleichzeitig sind selbstverständlich die Verbände und Vereinigungen der Wirtschaft gefordert, gegenüber ihren Mitgliedern deutlich zu machen, welchen moralischen und politischen Stellenwert die seit langem überfällige Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern hat. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/163 ist durch den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/184 erledigt.

Ich lasse also über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/184 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/184 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(C) Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass wir nach dieser Debatte die Sitzung für eine oder zwei Minuten unterbrechen sollten.

(Unterbrechung der Sitzung 10.55 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.00 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich möchte die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) wieder eröffnen.

Kontrolle und Transparenz der Parteienfinanzierung verbessern

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Januar 2000 (Drucksache 15/164)

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(D) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den Ihnen vorliegenden Entschließungsantrag zur Veränderung des Parteiengesetzes eingebracht, weil auch der Bremer Landtag sich mit dem Thema Parteispenden befassen muss und wir uns hier diesem Thema stellen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie kein anderes Thema der letzten Jahre beschäftigen die Vorfälle der letzten Wochen die Medien, die Öffentlichkeit und die Parteien selbst. Auch wenn wir die Einschätzung, es handle sich um eine Staatskrise, zurzeit nicht teilen, sicher ist aus unserer Sicht, dass es sich um die größte Vertrauenskrise gegenüber Politik, Parteien und letztlich auch dem Staat in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland handelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von Ihrem, aber auch von unserem gemeinsamen Umgang mit dieser Krise hängt viel ab, nicht nur für die CDU. Es hängt davon ab, ob es gelingt, Vertrau-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) en in die Demokratie zurückzugewinnen und das Engagement für das Gemeinwohl, das Politik ja ausschließlich sein soll, von seinem schlechten Ansehen in der Bevölkerung und im Ausland zu befreien. Insofern gibt es ein gemeinsames Interesse aller demokratischen Kräfte. Wir, die Grünen, versuchen, uns ohne Häme oder Schadenfreude diesem Problem zu stellen und unseren Anteil zur Bewältigung der Krise beizutragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Parteien haben in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland eine besondere, hervorgehobene Stellung, es steht darin, dass sie zur politischen Meinungsbildung beitragen. Von einem Monopol, einem weit in gesellschaftliche Gremien, in Institutionen, Vereine, Kirchen, in die Justiz und in die Medienlandschaft und in Unternehmen hineinreichenden Einfluss, so wie er sich heute darstellt, war nie die Rede. Das ist nicht im Sinne der Verfassung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Möglicherweise ist es für uns alle oder Einzelne von uns kurzfristig und machtstrategisch vielleicht richtig. In der Verfassung ist diese Machtstellung der Parteien nicht vorgesehen, und das ist auch gut so.

(B)

Als ich als noch sehr junge Frau nach Bremen gekommen bin, da gab es hier den Untersuchungsausschuss Sankt-Jürgen-Straße. Ich habe das ziemlich intensiv verfolgt, und das, was in diesem Zusammenhang passiert ist, hat mich auch stark geprägt. Es hat ein Richter vom Landgericht hier in Bremen bei den Verhandlungen gegen Herrn Galla, nachdem er sich das alles angeschaut hat, was da passiert ist, gesagt, da haben sich die Parteien des Staates bemächtigt. Ich glaube, dass er Recht hatte.

Was ich damit sagen möchte, ist, dieses Problem ist nicht neu. Insofern muss man dieser Krise auch etwas Gutes abgewinnen. Das, was lange unter der Oberfläche war und was für viel Ablehnung von Politik in der Bevölkerung gesorgt hat, kommt jetzt zu einem Ausdruck, der natürlich für alle Beteiligten, insbesondere für die CDU, eine besondere Herausforderung und bestimmt auch schmerzhaft ist.

Unser Politikverständnis ist nach dieser Sache mit der Sankt-Jürgen-Straße ganz stark davon geprägt gewesen, dass so etwas nicht sein darf. Die lange Alleinherrschaft der SPD in Bremen hat das Bewusstsein für die vorgeschriebene und notwendige Trennung zwischen Parteien und Staat zum Teil verkümmern lassen.

(Abg. G ü n t h e r [SPD]: Werden Sie man nicht unverschämt!)

Das ist doch nun wirklich Fakt. Seien Sie doch nicht so, das können Sie einfach einräumen, und das würde allen auch gut tun! Im Übrigen regieren Sie auch schon lange nicht mehr allein, und Sie wissen auch, dass das Bremen ganz gut getan hat.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Soweit ich mich erinnere, hat auch die CDU als ein Problem angesehen, dass es, wenn über eine längere Zeit die Macht bei einzelnen Personen oder auch bei Alleinregierungen liegt, dazu kommt, dass die vorgeschriebene Trennung eher in den Hintergrund gerät. An dem, was jetzt diese 17 Jahre Kohl ausgelöst haben, kann man auch sehen, dass niemand davor gefeit ist.

Für die Grünen hat die Kritik am Parteienstaat in ihrer Gründungsphase eine große Rolle gespielt. Schon damals waren Partei- und Machtmissbrauch im Bewusstsein vieler in der Bevölkerung ein Begriffspaar. Wir haben versucht, nicht, wie vielfach unterstellt, aus moralischen Motiven, Moral ist allerdings in der Politik bestimmt nicht überflüssig,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

sondern aus der klaren Erkenntnis, dass Macht geteilt, auf mehrere Schultern verteilt und zeitlich begrenzt werden muss, Regelungen einzuführen wie die Rotation, die Trennung von Amt und Mandat und die viel belächelte Basisdemokratie.

(D)

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Rotation? —
Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Wer hat hier zuletzt rotiert?)

Das war sozusagen konstitutiv bei den Grünen, um bestimmte Fehlentwicklungen auch in der eigenen Wahrnehmung zu verhindern. Erst heute, meine Damen und Herren von der CDU, kann ich richtig verstehen, warum gerade Basisdemokratie für viele von Ihnen so eine unheimliche Zumutung gewesen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben einen innerparteilichen Zustand gehabt, bei dem Zustimmung, Loyalität und Parteikarrieren erkaufte wurden. Helmut Kohl, der große Feudalherr, belohnt brave Landesverbände, fördert Günstlinge und verstößt unbequeme Geister aus seiner Umgebung. Für einige, und da sind wir dann bei Ihrem bemerkenswerten Neujahrsempfang, hat die Treue Vernunft und Verantwortungsgefühl außer Kraft gesetzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Da sitzt Herr Eckhoff, erst mutig voran, indem er erklärt, dass Herr Schäuble, der in der Pose des Aufklärers auftritt, in Wahrheit aber immer nur dann das eingesteht, von dem er weiß, dass es die Presse weiß, der brav da applaudiert, applaudiert einer Rede Helmut Kohls, die an Peinlichkeit schwer zu überbieten ist, ein Mann, ein Ehrenwort!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein Gutes hat das doch, in Zukunft wird sich wirklich niemand mehr trauen, Ehrenwörter abzugeben. Ein Mann, ein Ehrenwort, an Gesetze müssen sich leider nur die Bürgerinnen und Bürger ohne Ehrenwörter halten! Ein paar Hiebe gegen Kritikerinnen in den eigenen Reihen und dann fröhliches Rederecycling: Die SPD wollte die Einheit nicht, Rotgrün, wie furchtbar! Das ist sozusagen die Neujahrsrede des ehemaligen Bundeskanzlers.

Unter Freunden wird jemand mit so einer Realitätsverkenning auf den Topf gesetzt. Sie, Herr Eckhoff, klatschen brav. Die Erneuerung der CDU wird doch von Leuten wie Ihnen kommen müssen. Wie wollen Sie das jetzt eigentlich noch glaubwürdig machen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Herr Bürgermeister Perschau, ich freue mich sehr, dass Sie jetzt bei dieser Debatte hier für den Senat sitzen. Die Zwangsarbeiterentschädigung hat ja den Senat nicht übermäßig interessiert und Sie offensichtlich auch nicht. Gut, ich sage jetzt hier ein offenes Wort zu Ihnen, eine klare Position oder eine Distanzierung von irgendetwas haben wir in der Öffentlichkeit nicht gehört. Sie sind hier immerhin Bürgermeister.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Perschau warnt vor Vorverurteilungen. Eigentlich geht es aber darum, dass Ihnen das in der Bevölkerung vorherrschende Urteil, nämlich dass Personen, die das Parteiengesetz mit Füßen treten, in der Politik nichts mehr zu suchen haben, nicht gefällt.

Herr Teiser, haben Sie das wirklich so gesagt, wie es heute in der „taz“ steht? Ein bisschen bezahlen, und dann ist alles wieder gut?

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Lesen Sie doch einmal eine gute Zeitung!)

Haben Sie immer noch nicht verstanden, dass das, was mit Bimbesdemokratie zu tun hat, das ist, was Sie gerade jetzt begreifen sollen? Dann haben Sie wirklich noch einmal die Frechheit, das noch ein-

mal zu erzählen, wir bezahlen, und damit ist es erledigt?

(C)

Herr Landesvorsitzender Neumann, in Vasallentreue fest zu Helmut Kohl! So ein Neujahrsempfang ist doch eine gute Gelegenheit, in der CDU die Stühle wieder geradezurücken. Die Sache soll in alter Tradition ausgesessen werden. Zu viel Eifer schadet nur, zurück zur Tagesordnung! Der CDU Bremen wurde damit ein ziemlich übler Dienst erwiesen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Das beurteilen aber andere!)

Glauben Sie ja nicht, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie ohne präzise Auskünfte über die 370.000 DM Sonderzuwendung an die CDU Bremen so davonkommen! Dass das Geld ordnungsgemäß verbucht wurde, genügt nicht als Auskunft. Entscheidend ist, ob es über die Konten der CDU, über sonstige Konten, über Tüten, Koffer oder Umschläge kam, das ist die Frage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist deshalb entscheidend, weil die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat zu erfahren, mit welchem Geld Sie hier Ihre Wahlkämpfe geführt haben

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und ob Sie Hinweisen auf eine mögliche unrechtmäßige Herkunft hätten nachgehen müssen.

Auch Sie, Herr Dr. Schrörs, halten sich ja vornehm zurück, das ist schade. Auch Sie haben, ebenso wie Herr Eckhoff, einen Ruf zu verlieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß, Sie werden gleich darauf hinweisen, dass andere auch: in Niedersachsen, Herr Schleußer und natürlich die Grünen mit ihren Abgeordnetenspenden! Das ist Ihr gutes Recht, es ist richtig, auf alle Probleme im Verhältnis Parteien und Staat hinzuweisen. Tun Sie sich aber wenigstens den Gefallen, und bringen Sie nicht die Dimensionen durcheinander! Ein amtierender, auf die Verfassung vereidigter Bundeskanzler, der Geld in Umschlägen von Wafenhändlern nimmt und begüterten Bürgerinnen verspricht, gegen Recht und Gesetz zu verstoßen — —.

(Abg. F o c k e [CDU]: Das können Sie doch gar nicht wissen! — Abg. K n ä p p e r [CDU]: Woher wissen Sie das überhaupt? Das behaupten Sie!)

(A) Das wollen wir doch einmal sehen, was jetzt noch herauskommt!

(Zurufe von der CDU)

Das wollen Sie jetzt noch abstreiten? Das hat Herr Kohl doch selbst eingeräumt!

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Das ist schlicht gelogen!)

Nun lassen Sie es einmal gut sein, Herr Pflugradt! Dass er Geld von Herrn Schreiber genommen hat, hat er eingeräumt, natürlich! Also, noch einmal von vorn! Sie werden sich das hier anhören müssen, auch wenn es schmerzt!

Ein amtierender, auf die Verfassung vereidigter Bundeskanzler, der Geld in Umschlägen von Waffenhändlern nimmt oder auf anderem Wege und begüterten Bürgerinnen und Bürgern verspricht, gegen Recht und Gesetz zu verstoßen, der dann wie ein bockiges Kind die gesamte CDU und Deutschland in eine furchtbare Lage bringt, das ist das Problem!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Abtauchen oder auf andere zeigen, zeigt vor allem eines, Sie haben immer noch nicht verstanden, welchen immensen Schaden Sie da angerichtet haben. Die vielbeschworene schonungslose Aufklärung und Offenheit nimmt Ihnen jedenfalls hier nach Ihrem Neujahrsempfang so ziemlich keiner mehr ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Debatte kann aus unserer Sicht nur der Anfang sein. Jetzt endlich muss auch die SPD hier Farbe bekennen. Ich habe mich schon darüber geärgert, wie zurückhaltend Sie damit umgegangen sind. Klar, Sie haben eigene Probleme!

(Zuruf von der SPD)

Ja, natürlich, die haben wir auch, das ändert aber nichts daran, dass wir eine Verpflichtung haben, Ross und Reiter zu benennen, auch die eigenen Probleme zu nennen, aber auch zu denen der anderen Stellung zu beziehen, und zwar klar und deutlich. Wir müssen gemeinsam die Kraft zur Erneuerung der Demokratie aufbringen. Das setzt aber bei Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, ein Mindestmaß an Einsichtsfähigkeit und das Eingestehen von Fehlern voraus. Mit einer Strategie der fest geschlossenen Reihen wird es jedenfalls nicht gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann. (C)

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es verwundert mich doch schon sehr, dass ausgerechnet ein solcher Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen gestellt wurde, jener Partei also, bei der es um sage und schreibe 3,5 Millionen DM aufgrund eines Parteibeschlusses, der klar gegen das Gesetz verstößt, geht. Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, Sie müssen doch zugeben, dass Sie diesbezüglich nicht gerade glaubwürdig sind und keine moralische Instanz darstellen.

(Zuruf von der CDU: Anders als Sie!)

Meine Damen und Herren, täglich und fast stündlich steigen neue Blasen aus dem Spendensumpf an die Oberfläche.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Waschmaschine, Waschmaschine!)

Die Parteifunktionäre hätten eigentlich Wurstverkäufer werden müssen, denn es wird immer nur scheinbarweise das zugegeben, was beim besten Willen nicht mehr zu leugnen ist beziehungsweise was unmittelbar vor der Aufdeckung steht. Klar ist aber, dass hier doppelter Rechtsbruch begangen wurde. Gesetzwidrige Spenden wurden, wenn überhaupt, gesetzeswidrig verbucht und so weiter. Demzufolge stellt die „Bild“-Zeitung richtigerweise fest, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Geldwäsche wie bei der Mafia“. (D)

Nun kommt der größte Hohn, da stellt sich die CDU-Generalsekretärin, Frau Merkel, mit einem weinerlichen Gesichtsausdruck hin und sagt, Ehrlichkeit darf nicht bestraft werden, meine Damen und Herren. Das wäre ja genauso, als wenn ein Schwerekrimineller zugibt, dass er Straftaten begangen hat, und nun müsste man ihn wieder laufen lassen, weil er dies zugegeben hat und damit zur Aufklärung beigetragen hätte. Das kann es ja wohl nicht sein, meine Damen und Herren!

Hier wird versucht, mit rhetorischem Eiertanz armseliger Büttenredner das Volk zu verdummen, um einen eindeutigen Verfassungsbruch zu verharmlosen. Immer mehr Bürger fragen sich deshalb besorgt: Bestimmen etwa Verbrecher deutsche Politik? In der Tat stellt sich der Bürger die berechtigte Frage: Mache ich mich wegen der Unterstützung einer kriminellen etablierten Vereinigung strafbar, wenn ich das nächste Mal zur Wahl gehe?

Meine Damen und Herren, in der „Nationalzeitung“ vom 21. Januar,

(Unruhe)

(A) die sollten Sie einmal lesen, dann wären Sie nicht so unwissend, ich darf zitieren: „Es scheint leider so, dass Volksvertreter aller politischen Richtungen in Deutschland über kurz oder lang nur noch an der Selbstbereicherung interessiert sind.“

(Unruhe)

Ich bin noch nicht am Ende, beruhigen Sie sich, meine Damen und Herren!

„Die zum Teil weit überhöhten Diäten, Aufwandsentschädigungen und sonstige Zuwendungen für Abgeordnete sowie die astronomisch hohen Bezüge der Regierungsmitglieder im Bund und in den Ländern wecken offenbar bei vielen den Appetit auf immer mehr. Dies macht sich nach allen Erkenntnissen auch die organisierte Kriminalität zunutze, die dabei ist, Politik, Justiz, Verwaltung und Wirtschaft zu unterwandern und zu korrumpieren. Dass Spenden aus diesem Bereich in keinem Rechenschaftsbericht von Parteien erscheinen, versteht sich doch dann von selbst. Deutschland, so muss man befürchten, ist auf dem Weg zum Verbrecherparadies.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Bei dem ganzen Spendenskandal dürfen wir die Tatsache nicht vergessen, dass sich unser Bundespräsident, Bruder Johannes, als Ministerpräsident seinen fünfundsechzigten Geburtstag mit 150.000 DM von Sponsoren finanzieren ließ oder den Abzockerskandal von SPD-Glogowski aus Niedersachsen oder die Sonderflüge mit Freundin und Vergünstigungen der Westdeutschen Landesbank für SPD-Politiker, ebenso die Spende an die SPD-Genossin Renate Schmidt in Bayern. Sie sehen, meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben keinen Grund, hier die Moralapostel zu spielen!

(B)

(Zurufe von der SPD: Aber Sie!)

Wer aber glaubt, dass Waffenhändler oder andere Sponsoren ohne eigene Vorteilsnahme immense Summen wahllos spenden, der ist doch ziemlich blauäugig. Wie Herr Schäuble so schön sagt, wir sind nicht am Ende, sondern erst am Anfang vom Ende, und Sie, meine Damen und Herren, sind wahrlich am Ende.

Den Herren Röwekamp und Kastendiek möchte ich noch Folgendes mit auf den Weg geben: Hätten Sie sich damals zusammen mit der NK-Gruppe eine Waschmaschine gekauft, dann hätten Sie heute jedenfalls eine reinere Weste.

(Lachen — Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
Was habe ich mit Ihrer Waschmaschine zu tun?)

Meine Damen und Herren, es ist doch komisch, wenn ich als Privatperson zur Bank gehe, ist immer

weniger Geld auf dem Konto, als ich erhofft hatte. Wenn die CDU zur Bank geht, ist da mehr Geld auf dem Konto, als sie befürchtet. Ich stimme dem Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen zu. — Danke schön!

(C)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tittmann, haben Sie die Zeiten vergessen, in denen es schon einmal eine DVU-Fraktion hier in der Bremischen Bürgerschaft gab, die als einzige Fraktion dieses Hauses schamlos Mittel missbraucht und zweckentfremdet hat?

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen — Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Sich dann hierhin zu stellen und eine solche Rede zu halten, das ist wirklich an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten, Herr Tittmann!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollten uns heute sachlich mit dem Antrag der Grünen auseinandersetzen. Die aktuelle Situation der Parteien erfordert eine kritische Sachlichkeit. Frau Linnert, beim ersten Teil Ihres Beitrags habe ich auch gehofft, dass wir diese sachliche Auseinandersetzung führen und uns über die Inhalte Ihres Antrages hier tatsächlich inhaltlich streiten oder diskutieren können. Ich bedauere außerordentlich den teilweise dann doch unsachlichen Charakter Ihres Beitrages im zweiten Teil.

(D)

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Der hat Ihnen einfach nicht gefallen!)

Frau Linnert, ich kann es verstehen, dass Ihre Situation als Opposition hier in Bremen schon so hoffnungslos ist, dass Sie sich an jeden Strohalm klammern.

(Beifall bei der CDU)

Frau Linnert, um das auch zu sagen, wenn Sie hier schon Behauptungen aufstellen an diesem Rednerpult, dass Altkanzler Kohl Briefumschläge von Waffenhändlern entgegengenommen haben soll, dann legen Sie diese Beweise auch tatsächlich auf den Tisch!

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich war leider nicht dabei!)

(A) Zunächst einmal möchte ich mich mit Ihrem Antrag auseinandersetzen, Frau Linnert, und dann werde ich auch einige allgemeine Anmerkungen machen.

Sie wollen die Grenze für die Veröffentlichung von Spenden auf 10.000 DM herabsetzen. Die aktuellen Probleme, die wir zurzeit diskutieren, wären durch diese Sache nicht gelöst worden.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Es würde für die Parteien schwieriger werden, Sponser zu finden, und dies behindert gerade auch den Punkt, den Sie angesprochen haben, nämlich dass Parteien zur politischen Willensbildung in der Bevölkerung beitragen sollen.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur durch Transparenz!)

Herr Dr. Kuhn, Sponsoring, wie Sie in einem Ihrer Spiegelstriche es schreiben, beinhaltet immer Werbeleistungen, sonst handelt es sich um ein Mäzenatentum. Außerdem: Was heißt sichtbare Werbung? Für wen sichtbar, wie groß et cetera? Fragen über Fragen, die sich aus Ihrem Antrag ergeben, die wir sicherlich an anderer Stelle gern diskutieren können! Oder wie verhält sich Ihr zweiter Spiegelstrich, in dem Sie sagen, wir wollen, dass die Abgeordneten, die Geld bekommen, dies veröffentlichen, mit dem Wunsch, auch von Ihrer Fraktion, insbesondere die direkte Wahl von Abgeordneten in Wahlkreisen oder in einem kumulierenden und panaschierenden System entsprechend zu stärken. Auch diese Fragen müssten diskutiert werden.

(B)

Hierüber hätte ich heute gern mit Ihnen debattiert, aber leider macht es der zweite Teil des Debattebeitrags von Frau Linnert nicht möglich, sich über diese Themen ausführlich auseinanderzusetzen.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Dr. Kuhn, Sie haben doch nur einen Vorwand hier eingebracht mit Ihrem Antrag, um den Debattebeitrag so zu halten, wie Frau Linnert ihn im zweiten Teil gehalten hat.

(Beifall bei der CDU — Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Damen und Herren von den Grünen, ich dachte eigentlich, nachdem ich mit einigen von Ihnen auch in der letzten Woche noch debattiert habe, dass wir heute eine andere Debatte hier im Parlament hinbekommen. Aber ich möchte mich gar nicht davor drücken, auch einige Worte, und zwar deutliche Worte, auch zur Situation der CDU zu finden.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt aber!)

Erstens: Durch das Finanzgebahren von Teilen der CDU Deutschlands ist der parlamentarischen Demokratie ein erheblicher Verlust von Ansehen zuteil geworden. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt deshalb voll und ganz die Linie des Bundesvorstands der CDU Deutschlands und fordert die Aufklärung der gesamten Vorgänge. Der Bundesvorsitzende hat hierzu im Bundestag entsprechende Stellung genommen. Die Aufklärung wird aber CDU-intern durchgeführt werden und nicht durch andere Parteien.

(C)

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es gibt Verfehlungen in der CDU, aber dies ist noch kein Grund, dass andere Parteien mit dem moralischen Zeigefinger auf uns zeigen.

(Beifall bei der CDU)

Aufklärung muss weitestgehend erfolgen. Hierzu wäre es erforderlich gewesen, dass alle ihren Beitrag geleistet hätten. Dies war nicht möglich, auch hierzu hat der Bundesvorstand der CDU Stellung genommen. Gesetzesverstöße sind nicht zu akzeptieren, von niemandem, um das auch ganz deutlich zu sagen!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD — Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Wie mit den Konsequenzen umzugehen ist, meine Damen und Herren, liegt im Abwägungsbereich der CDU Deutschlands.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Diese Abwägung ist getroffen worden, das Ergebnis der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am Montag war hierzu eindeutig. Auch dieses Ergebnis wird von der gesamten CDU-Bürgerschaftsfraktion begrüßt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Parteiengesetz hat eindeutige Maßnahmen und Strafen herausgearbeitet. Diese werden die CDU entsprechend treffen, teilweise auch hart treffen, und die CDU muss die daraus resultierenden Zurückzahlungen und Strafen leisten. Dies ist auch richtig so, um das ganz deutlich an dieser Stelle zu sagen.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(A) Abg. **Eckhoff** (CDU): Nein, sonst komme ich mit meiner Redezeit nicht aus! Liebe Frau Trüpel, Sie können sich ja gleich noch einmal zu Wort melden.

Zu Bremen! In Bremen hat der Landesvorsitzende der CDU Bremen als erster Landesverband die Hilfe der Bundes-CDU zugegeben und deutlich dazu Stellung bezogen, und zwar bevor es irgendwelche größeren Medienberichte darüber gab. Die Einnahmen der Bremer CDU sind entsprechend korrekt verbucht worden.

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Woher sind sie denn gekommen?)

Dies ist für den untersuchten Zeitraum, Frau Linnert, von den Wirtschaftsprüfern Ernst und Young, und Sie können das im Bericht nachlesen, entsprechend bestätigt worden.

(Beifall bei der CDU — Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Weil das für Sie auch ein Thema ist: Die CDU Bremen hatte zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang den Altbundeskanzler bereits im August eingeladen. An dieser Einladung wurde nach einstimmigem Beschluss des Landesvorstandes auch festgehalten.

(B) (Beifall bei der CDU)

Ich weiß zwar, dass alle die, die hier Zwischenrufe machen, wahrscheinlich vor dem Fernseher gegangen haben, um sich das alles anzusehen, aber sie waren leider nicht direkt auf der Veranstaltung.

(Abg. Frau **Dr. Trüpel** [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Doch, Frau Trüpel? Dann nehme ich Sie davon ausdrücklich aus.

Der Neujahrsempfang war eine entsprechende Veranstaltung. 4000 Besucher waren der größte Besuch in der Geschichte dieses Neujahrsempfangs.

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist Ihnen das eigentlich unangenehm oder nicht?)

Die Mitglieder und die Gäste auf diesem Neujahrsempfang, liebe Frau Linnert, haben sehr wohl dort klug bei den verschiedenen Punkten der Rede von Helmut Kohl applaudiert. Es gab unterschiedliche Pegel des Applauses.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das konnte jeder entsprechend verfolgen, der dort im Park Hotel war. Es war somit — —.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit!

Abg. **Eckhoff** (CDU): Es war somit die richtige Antwort, die die Mitglieder und Gäste zu diesem Neujahrsempfang gegeben haben. Ich will das auch ganz deutlich sagen, eine Veranstaltung mit 4000 Gästen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine Veranstaltung wie bei den Fischer Chören, bei der einer vorsingt und alle singen mit. Es war die Stimmung der Gäste und somit auch von Teilen der Bevölkerung, die man zur Kenntnis nehmen muss, ob es einem gefällt oder nicht. Insgesamt war diese Veranstaltung ein wichtiger Beitrag zur Einheit der CDU Deutschlands, um das auch ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, abschließend: Der Patient CDU ist momentan krank.

(Abg. **Käse** [SPD]: Auf der Intensivstation!)

Einzelne Körperteile wie zum Beispiel Hessen sind schwer befallen. Andere Körperteile sind gesund, und dazu gehört auch ausdrücklich der Landesverband Bremen.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Doch, meine Damen und Herren, der Patient ist auf dem Weg der Besserung, weil sein Immunsystem stark genug ist und zurzeit intensiv arbeitet.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses System wird dafür sorgen, dass es nach überstandener Krankheit eine in Teilen erneuerte CDU geben wird.

(Abg. Frau **Linnert** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und welche Medizin empfehlen Sie?)

Was wir momentan gar nicht gebrauchen können, sind irgendwelche Wunderheiler oder Quacksalber, die mit scheinbar guten Ratschlägen dem Patienten helfen wollen und dabei doch nur auf den Tod warten, um seine Organe zu verteilen.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Dabei — es geht hauptsächlich nach außen, wir haben das auch von Frau Linnert — sind es häufig diese Wunderheiler, die bereits von Viren befallen sind und bei denen die Krankheit jederzeit ausbrechen kann. Das muss sich jeder auch in Erinnerung rufen, wenn er hier entsprechende Redebeiträge hält.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir hoffentlich in den nächsten Wochen zu sachlichen Gesprächen kommen werden, dass wir entsprechend —

(Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Dafür haben Sie gerade einen guten Beitrag geleistet!)

ja, Frau Jansen, das liegt daran, dass Sie immer nur Teile hören wollen und andere Teile nicht hören. Das ist Ihr Problem! —

(Beifall bei der CDU)

in diesen sachlichen Gesprächen dann auch gemeinsam überlegen, welche Veränderungen es gegebenenfalls beim Parteiengesetz geben muss. Diese Veränderungen werden wir dann in einem überparteilichen Diskussionsprozess gestalten müssen. Aus diesem Grunde werden wir Ihren Antrag heute ablehnen, aber es wird sicherlich möglich sein, die eine oder andere Anregung in den nächsten Wochen mit Ihnen auf sachlicher Ebene zu diskutieren. — Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Eckhoff, ich fand es schon eine gelungene Rede,

(Widerspruch bei der SPD — Beifall bei der CDU)

dass Sie jetzt die CDU mit einem Patienten bezeichnen, es fehlte nur noch der Antrag, das an die Gesundheitsdeputation zu überweisen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß nicht, ob Sie gestern „Scheibenwischer“ gesehen haben. Da haben Dieter Hildebrandt und

*) Vom Redner nicht überprüft.

Bruno Jonas ernsthaft behauptet, sie würden zurzeit die Reden von den CDU-Politikern schreiben.

(C)

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt!)

Nachdem ich Ihre Rede gehört habe, könnte daran etwas sein!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen das einmal, lassen Sie es ruhig locker angehen! Ich wusste aber wirklich nicht, dass Sie auf diesem Neujahrsempfang solch ein Phonometer aufgestellt und gemessen haben, wann, wo und wie geklatscht wird.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Weil Sie nicht da waren!)

Ja, das ist neu, wir machen das an sich nicht so. Das gehört zur Modernisierung der CDU.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich denke da gerade an die jungen Wilden, die haben schon einen gewaltigen Fortschritt gemacht.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Herr Isola, weil Sie bei Ihren Veranstaltungen keine Besucher haben und keiner klatscht!)

(D)

Nun lassen Sie uns einmal zur Sache kommen! Ich nehme das auch so humorvoll auf, wie Sie es gemeint haben oder vielleicht auch nicht.

Die Dinge, über die wir hier heute reden, sind in der Tat sehr ernst. Da schließe ich übrigens die Vorfälle auch in Nordrhein-Westfalen durchaus mit ein. Das ist hier zu Recht bemerkt worden, finde ich.

Komisch, man soll sich solche Sendung vorher nicht ansehen! Ich meine, da wurde dann auch gesagt, die Millionen, die die CDU nun bekommen hat, würden ausreichen, dass der ganze sechzigköpfige Bundesvorstand der CDU sein Leben lang fliegen kann, ohne einmal zu landen, um nur einmal die Dimension klarzumachen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Abg. T e i s e r [CDU]: Nicht einmal das hält einer Überprüfung stand!)

Sie meinen, noch länger?

Zur Sache selbst! Meine Damen und Herren, das, was wir zurzeit erleben, hat insbesondere jetzt auch im Zusammenhang mit dem Spendenskandal der CDU — das haben Sie hier in bemerkenswerter Klarheit gesagt — der repräsentativen Demokratie Scha-

(A) den zugefügt. Das wird auch so gesehen in Ihrer Partei.

Die Bremer CDU mit ihrem bemerkenswerten Neujahrsempfang, der sicherlich an das Gemüt ging, aber eine Sternstunde in Sachen Demokratie und Recht ist es nun wirklich nicht gewesen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die „FAZ“ schreibt jetzt am Montag, dem 25. Januar, dass Bremen gezeigt habe, dass es eine Zuwendung zu Herrn Kohl gebe, die stärker sei als die Einsicht, dass er gegen Gesetze verstoßen habe. Das ist fatal! Das wird auch in Ihrem Bundesvorstand, da hat es sicherlich Ärger gegeben wegen dieses Vorfalls, Grenzen der Zumutbarkeit sind überschritten, zu erheblichen Verwerfungen und zu erheblicher Kritik geführt haben.

Meine Damen und Herren, der demokratische Rechtsstaat stellt die bemerkenswerteste Leistung unseres Gemeinwesens dar, insbesondere weil sich dieser Staat als Nachfolger von zwei Unrechtsstaaten versteht. Unser ganzes politisches System fußt auf Recht und Verfassung in Abgrenzung zu früheren historischen Vorgängen auf deutschem Boden. Deswegen sind wir besonders sensibel und verpflichtet, Recht, Gesetz und Verfassung zu beachten und diese nicht der Lächerlichkeit preiszugeben!

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die Vorschriften über die Pflicht zur öffentlichen Rechenschaftslegung über die Herkunft und Verwendung der Mittel sowie über das Parteivermögen sind übrigens 1983 in die Verfassung hineingekommen im Zusammenhang mit dem Flick-Skandal und sind nicht irgendwelche Vorschriften im Grundgesetz. Artikel 21 ist die zentrale Schutzvorschrift für einen demokratischen Parteienstaat, eine Vorschrift zur Sicherstellung der innerparteilichen Demokratie! Er soll die Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Interessen offen legen. Artikel 21 schützt die Integrität des demokratischen Willensbildungsprozesses innerhalb der Parteien und will vermeiden, dass sich Ähnliches wiederholt wie am Beispiel der NSDAP am Ende der Weimarer Republik.

Ein Staat, der sich in seiner politischen Willensbildung überwiegend auf Parteien stützt, muss im Interesse seiner Bürger und der Demokratie sicherstellen, dass die Einhaltung dieser Verfassungsvorschrift peinlich genau beachtet und Verstöße mit Sanktionen belegt werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, eine Aufrechnung von zugegeben historischen Leistungen des ehemaligen

Bundeskanzlers Kohl mit Verstößen gegen Recht und Gesetz kann in einem demokratischen Rechtsstaat nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Alle sind vor dem Gesetz gleich! Hierfür einzutreten und dies auch öffentlich einzufordern ist die Pflicht jeder demokratischen Partei in unserem Land! Parteien sollten jeden Anschein vermeiden, dass sie mit diesen Mindestgrundsätzen rechtsstaatlichen Denkens Probleme hätten. Der Neujahrsempfang der Bremer CDU hat hier zumindest keinen überzeugenden Beitrag geliefert.

(Beifall bei der SPD)

Was besonders erschreckt, nicht nur in Bremen, übrigens auch in Hamburg, ist, dass so genannte ehrbare Bürger offensichtlich nicht begriffen haben, dass es nur eine bestimmte Rangfolge von Werten in unserer Demokratie geben kann, nämlich an erster Stelle die unbedingte Bindung an Recht und Gesetz und die Interessen des Landes, an zweiter Stelle die Bindung an die Partei und an dritter Stelle die Bindung an Einzelpersönlichkeiten und meinetwegen auch an Ehrenworte! Angela Merkel hat gesagt, die Demokratie kann nur funktionieren, wenn jeder sich an die Gesetze hält, sonst haben wir eine Anarchie.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Bevor ich gleich auf den Antrag der Grünen eingehe, habe ich zur Vorbereitung dieser Rede darüber nachgedacht, was eigentlich Ehre ist und was ein Ehrenmann ist. Ich habe versucht, das irgendwo einmal nachzublättern. Es gibt zwei Versuche in der Literatur: Minna von Barnhelm. Dort gibt es einen Dialog zwischen dem Major und Minna. Der Major, befragt, was Ehre sei, sagt, er weiß es nicht, und sagt immer, was es nicht sei, worauf sie sagt, Ehre sei eben Ehre.

Dann gibt es einen anderen: Eugen Roth, der da weitergeht und das positiv definiert in seinem Achtzeiler „Der Ehrenmann“, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten würde ich das gern einmal zitieren: „Ein Mensch, der mit genauem Glück geschlüpft durch des Gesetzes Lücke, bebt noch ein Weilchen angstbekommen, doch dann, als wäre er gekommen durchs Haupttor der Gerechtigkeit, stolziert er dreist und macht sich breit, und keiner wacht so streng wie er, dass niemand schlüpft durch Lücken mehr.“ Soweit Eugen Roth!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von den Grünen! Ich halte mit Verlaub angesichts der tief gehenden Problematik diese Angelegenheit für etwas kurzatmig. Er wird der Sache auch nicht gerecht.

Ich meine, wir müssen uns jetzt nicht über Zuständigkeiten hier unterhalten, da war ich etwas verblüfft, dass die Nation nach Ihrer Auffassung nach Bremen schaut, damit es entsprechende Vorschläge macht. Das kann man natürlich tun, aber ich denke, momentan ist der Deutsche Bundestag zusammen mit dem von ihm eingesetzten Untersuchungsausschuss dabei, erst einmal die Sache richtig aufzuklären, zu analysieren und dann entsprechende Vorschläge vorzubereiten.

Der hessische Landtag hat einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Wir sollten das einmal abwarten, uns dann auch über die Parteien an diesen Vorgängen beteiligen, was auch nicht ausschließt, dass dieses Haus sich noch einmal daran beteiligt. Ich hätte Bedenken gegen einzelne Vorschläge, also, 10.000 DM, das ist auch, glaube ich, schon gesagt worden, da sehe ich überhaupt keinen Kausalzusammenhang mit den Vorgängen. Es sind auch die über 20.000 DM nicht angezeigt worden. Von daher bringt das nichts.

(B) Über den Punkt Strafbarkeit werden wir aber sicherlich noch lange reden müssen. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, übrigens in Ihrer Partei auch! Ihr Vertreter im Untersuchungsausschuss, Ströbele, sagt, das sei absoluter Unsinn, denn wenn Sie so etwas machen, haben die sofort ein Auskunftsverweigerungsrecht, und wir kommen überhaupt nicht weiter mit der Aufklärung.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Völlig richtig!)

Man kann diese Auffassung vertreten, man muss es aber nicht. Ich meine nur, Herr Kollege Kuhn, man muss noch etwas mehr darüber nachdenken. Ich warne jetzt vor Schnellschüssen, die auch nicht unbedingt von Bremen erwartet werden!

Da gibt es auch andere Vorschläge, Verkürzung der Amtszeiten! Das ist vom Bundeskanzler und Parteivorsitzenden der SPD Schröder selbst ins Gespräch gebracht worden. Man kann auch ins Ausland sehen: Verwirkung des passiven Wahlrechts bei solchen Vorgängen! Das trifft am härtesten. Dass man auf zehn Jahre ein Verbot bekommt, überhaupt noch zu kandidieren für das Parlament und ähnliche Dinge! Ich denke, dass sollten wir einmal in Ruhe besprechen. Da ist jetzt auch nicht Hektik angesagt. Aus diesem Grunde lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

(C) Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu den Beiträgen, die sich auf unseren Antrag bezogen haben: Das habe ich nicht verstanden, weder das, was Herr Eckhoff gesagt hat, noch Ihren Beitrag. Dann wäre es doch offensichtlich sinnvoll, diesen Antrag zu überweisen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

nicht an die Deputation für Arbeit und Gesundheit, sondern an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Sie haben ja Recht! Erstens wird uns das noch länger beschäftigen, zweitens gibt es dort sehr unterschiedliche Auffassungen, aber Sie werden keinen dieser einzelnen Punkte finden, zu dem ich Ihnen nicht Äußerungen von sehr prominenten Mitgliedern sowohl der CDU als auch der SPD nennen kann, die eben dies fordern. Die Debatte geht in der Tat quer durch die Parteien, das ist richtig. Ich bin auch ganz davon überzeugt, dass dies nicht der Weisheit letzter Schluss ist.

Den Antrag mit der Begründung jetzt abzulehnen, das finde ich nicht in Ordnung. Das wäre nun eine neue Variante. Ich schlage Ihnen ernsthaft vor, dann diesen Antrag zu überweisen. Ich glaube nicht, dass wir ihn im Februar oder März zurückbekommen, das wird etwas länger dauern, aber wir sollten das in Ruhe gemeinsam beraten.

(D) Meine Damen und Herren, es war der Versuch tatsächlich, als wir überlegt haben, auf welcher Ebene wir das diskutieren, etwas vorzulegen, womit dieses Parlament deutlich macht, dass es sich klar ist, dass in Fragen Transparenz und Selbstbeschränkung der Parteien Handlungsbedarf besteht, in welcher genauen Weise auch immer. Ich glaube, darüber sollten wir uns doch einig sein, dass es nach den Vorfällen tatsächlich Handlungsbedarf gibt, was die Akzeptanz der Parteien angeht, was die Transparenz ihres Gebarens angeht, und dass man daraus Regelungen ableiten muss. Ich glaube, das können Sie ernsthaft nicht bestreiten. Deshalb bitte ich Sie herzlich, noch einmal darüber nachzudenken, ob es nicht nach Ihren eigenen Reden sinnvoll wäre, diesen Antrag heute zu überweisen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war in der Tat, Herr Eckhoff, bis letzten Freitag so, dass die Tonlage, die meine Kollegin Linnert in ihrem ersten Teil in der Rede hatte, das war, was wir uns gedacht und vorgenommen haben. Auf der Ebene wollten wir mit Ihnen reden. Wir wollten uns dessen vergewissern, dass wir uns hier einig sind, dass tatsächlich Selbstbeschränkung der Parteien angesagt ist und nicht die Frage, wie kommen wir schnell aus der Krise heraus, und dann machen wir so weiter wie bisher. Das kann nicht sein!

(A) Wir wollten wirklich über die Frage diskutieren und uns die Rolle der Parteien gemeinsam überlegen, aber nach dem Freitag, nach diesem Auftritt in Bremen war das nicht möglich, weil wir nicht den Eindruck hatten, dass bei Ihnen angekommen ist, worum es eigentlich geht, und dass überhaupt der Ernst der Lage nicht begriffen worden ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte heute ganz klipp und klar wissen, in welchem Land ich hier lebe und hier Abgeordneter bin. Ich habe die Rede von Bürgermeister Perschau an dem Abend gehört. Er hat da ja auch geredet. Ich habe kein einziges Wort der Distanz, der Kritik gehört, geschweige denn der Selbstkritik. Kein einziges Wort! Er war dabei. Die Menge hat Herrn Kohl Beifall geklatscht, wenn nicht zugejubelt — das kann ich nicht beurteilen, das ist schwer zu sagen, aber jedenfalls Beifall geklatscht —, und die Resonanz war so zu Kohls Aussage: Ich habe mein Ehrenwort gegeben, deswegen sage ich nichts! Ich will von Bürgermeister Perschau wissen, ob er auch der Auffassung ist, dass man als Altbundeskanzler sein Ehrenwort über Verfassung und Gesetz stellen kann. Das möchte ich hier heute wissen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Der zweite Punkt ist das mit den Geldern! Sie haben noch einmal darauf verwiesen, dass hier im Bericht über die Prüfung der Wirtschaftsprüfer alles in Ordnung ist. Das ist ab 1993! Die 70.000 DM, die Sie von einem Treuhandkonto bekommen haben, okay, die sind da abgebucht, Sie haben es vermutlich, wie Sie sagen, auch alles richtig bei sich verbucht. Ich weise noch einmal darauf hin, Sie haben eben noch einmal gesagt „Aufklärung der gesamten Vorgänge“; das ist nicht Privatangelegenheit der CDU, schon lange nicht mehr. In dieser Frage gibt es ein öffentliches Interesse, und hier dieses Parlament ist der Ort, an dem wir wissen wollen, wann welche Gelder auf welchem Wege an die CDU gegangen sind, die sie auch für Wahlkämpfe verwandt hat, die natürlich die Zusammensetzung und die Politik dieser Stadt bestimmt haben! Es ist doch ganz klar, dass wir ein Recht darauf haben, das endlich von Ihnen zu erfahren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

300.000 DM, ich lasse jetzt einmal die 70.000 DM beiseite, sind in den frühen neunziger Jahren zugegebenerweise an den Landesverband in Bremen geflossen. Da haben Sie nie widersprochen, vielleicht waren es auch mehr, ich weiß nur von diesen 300.000 DM. Ich möchte jetzt erstens von Ihnen wirklich wissen: Wie sind die hergekommen? Ist Ihnen das bar gegeben worden? Ist Ihnen das überwiesen worden?

Von welchem Konto ist das gekommen? Ich sage Ihnen gleich, warum das so wichtig ist.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Und die Nummern der Scheine!)

Bleiben Sie einmal ruhig, Herr Teiser!

Ich sage Ihnen, warum das wichtig ist. Im ersten Interview, als Herr Neumann noch gedacht hat, das wären alles Peanuts, das würde alles aufgebauscht und sonst etwas, das wäre nur ein Ablenkungsmanöver der SPD, das war ja die erste Stellungnahme, da hat er freimütig gesagt: Dieses Geld haben wir nicht etwa von der Partei und nicht etwa auf Beschluss von Organen der Partei bekommen! Nein, weder der Bundesvorstand noch irgendein anderes Parteiorgan hat das bei Ihnen beschlossen, dass der Landesverband Bremen 300.000 DM bekommt, sondern aus der Privatschatulle von Kohl, weil, so Herr Neumann wörtlich, lachend, er sonst dieses Geld nie bekommen hätte, weil die anderen Landesverbände, die nämlich im Vorstand vertreten sind, gesagt hätten, warum bekommen die Geld und wieso wir nicht!

Herr Neumann und Sie haben gewusst, als Sie das Geld bekommen haben, dass das Geld nicht auf Beschluss von Parteigliederungen geflossen ist, sondern auf persönliche Veranlassung von Einzelnen. Da frage ich mich: Wie kommt denn ein Bundeskanzler an Geld, das er verteilen kann in dieser Größenordnung? Das kann doch wohl kein ordentliches, sauberes Geld sein! Das muss doch Geld sein, das aus anderen Quellen stammt! Da muss doch ein Landesvorsitzender, der solches Geld unter solchen Voraussetzungen nimmt — dass er weiß, woher das Geld kommt, das will ich ihm nicht unterstellen —, immerhin nachfragen, woher das Geld kommt.

Diese Äußerung, ich habe nicht fragen müssen, woher das Geld kommt, zeigt mir, dass er überhaupt nicht begriffen hat, was der Artikel 21 des Grundgesetzes eigentlich bedeutet,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

nämlich die Pflicht der Parteien, Transparenz herzustellen und die Dinge offen zu legen. Seit sechs Wochen haben Sie die Sprachregelung: Wir sagen, es ist alles geklärt. Nichts ist geklärt! Sie können belegen, dass Sie das hier verbucht haben! Ich will jetzt endlich von Ihnen wissen, und, ich glaube, die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf: Wie ist das Geld hierher gekommen, unter welchen Bedingungen? Hätten Sie, vielleicht nicht Sie persönlich, Herr Dr. Schrörs, aber hätte der Landesvorsitzende nicht wissen müssen, dass dies kein ehrliches, im normalen Regelwerk der CDU vorhandenes Geld, sondern

(C)

(D)

- (A) Geld aus anderen Quellen war? Das müssen Sie uns einfach hier und heute sagen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU *)): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur einmal einige Punkte hier etwas verdeutlichen. Liebe Frau Linnert, wenigstens den Anschein hätten Sie sich geben müssen, als ob es um Ihren Antrag ginge. Sie haben nicht mit einem einzigen Wort, nicht mit einem einzigen Satz Ihre Forderungen, die Sie in Ihrem eigenen Antrag niedergeschrieben haben, hier erwähnt. Sie haben nichts von dem gemacht,

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe den Hintergrund für diesen Antrag erklärt!)

sondern Sie haben zu diesem Antrag gar nichts gesagt!

Herr Kuhn ist eben zum Schluss noch einmal auf seinen eigenen Antrag eingegangen, wenigstens das, aber Sie haben nichts anderes versucht als das, was Sie gestern in der Fragestunde auch schon versucht haben. Sie haben versucht, sich einen Anlass zu suchen, um das, was in Deutschland diskutiert wird und zu Recht diskutiert wird, hier nach Bremen oder Bremerhaven zu holen, damit auch Sie sich ein kleines Stück von den abfallenden Krümeln, von denen Sie glauben, dass sie Ihnen zugute kommen, hier noch einstecken können!

(B)

(Zuruf der Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich werfe Ihnen das gar nicht vor, das ist Parteitaktik! Dafür habe ich großes Verständnis, aber lassen Sie mich wenigstens sagen, dass wir es durchschaut haben, dass Sie nicht in Sorge um die Grenze von 10.000 oder 20.000 DM hier einen Antrag vorgelegt haben!

(Beifall bei der CDU)

Ich will auch etwas zu der Veranstaltung im Park Hotel sagen. Wissen Sie, Ihnen gefällt ja nicht nur nicht, dass wir Herrn Dr. Kohl eingeladen haben!

(Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Was er gesagt hat, missfällt uns!)

Nicht einmal das! Ihnen gefällt das Ergebnis der Veranstaltung nicht. Wenn da 4000 Leute buh ge-

*) Vom Redner nicht überprüft.

schrien hätten, hätten Sie hier heute diese Veranstaltung ausdrücklich begrüßt und hätten gesagt, es war richtig, dass Sie ihn eingeladen haben.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Jetzt waren da 4000 Bürger dieser Stadt, die sich ein Bild gemacht haben, sich eine Meinung gebildet und sich im Rahmen dessen, was ihnen zusteht, nämlich die Informationsbedürfnisse zu befriedigen, dahin begeben haben.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie hier sagen, und nichts anderes machen Sie, dass diese 4000 Leute sich falsch verhalten haben und nicht in Ihrem Sinne verhalten haben, dann erklären Sie öffentlich, dass die alle falsch liegen und Sie richtig, aber das müssen Sie denen überlassen! Auch das gehört zur Freiheit in diesem Land, dass man sich seine Meinung selbst bilden kann.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, Herr Dr. Kuhn, Ihre Worte können Sie sich an die Brust heften, sieben Mal: Ich verlange jetzt die Auskunft, ich verlange jetzt die Auskunft! Sie und die Öffentlichkeit bekommen die Auskünfte, die vorgesehen sind!

(D)

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht mehr und nicht weniger! Für Bremen bedeutet das, dass wir das, was wir erhalten haben, wie Sie sagen, der Rechenschaftsbericht bezieht sich auf die Zeit seit 1993, rechtmäßig verbucht haben. Jetzt will ich Ihnen zu dem etwas sagen, weil Sie das gerade angesprochen haben, vor 1993. Wissen Sie, bringen Sie andere nicht in die Lage, über die Zeit der Aufbewahrungspflicht von Unterlagen hinaus, denn dass man mit nicht vorhandenen Unterlagen nichts mehr aufdecken kann, ist ja wohl etwas nachvollziehbar, in die Zeit von — ja, da kommt der Ruf von der SPD! — vor 1993, vor 1985!

Meine Damen und Herren, ich will hier gar nicht aufrechnen, ich werde das auch nicht machen, was in anderen Bundesländern mit wem geschehen ist. Ich sage nur, hohe, zweistellige Millionenbeträge und Bargeldkoffer mit sechs Millionen DM sind über Israel und die Schweiz nach Deutschland gekommen, ohne dass die CDU daran beteiligt war, und das war auch alles vor der Frist von sechs Jahren Aufbewahrung von Unterlagen.

(Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und wer war das?)

(A) Wenn jemand von uns fordert, von vor 1993 Rechenschaft zu geben, dann bitte die Forderung an sich selbst, dann an alle Parteien, dann von mir aus von 1993 bis 1975 zurück! Dann können wir mit gleichen Waffen kämpfen und brauchen uns hier von Ihnen nichts vorhalten zu lassen.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

Lieber Herr Isola, so eindeutig ist die Rechtsauffassung nicht, dass es sich um einen Verfassungsverstoß handelt. Richtig ist, es gibt Verstöße gegen das Parteiengesetz, aber die Regelungen, die getroffen werden, die im Belieben des Gesetzgebers liegen, ob er sagt, 10.000 DM Grenze, 20.000 DM, 50.000 DM, mit rechtlichen Folgen oder nicht, ob nur Privatpersonen spenden dürfen, ob Firmen spenden dürfen, ob Gesellschaften spenden dürfen, das regelt alles das Parteiengesetz. Ein Verstoß gegen diese Regelungen ist immer ein Verstoß gegen das Parteiengesetz. Aber ich halte relativ wenig davon, wenn wie ein Gal vor sich hergetragen wird, es handle sich hier, wie ich gestern befragt worden bin, um Hochverrat, um den Verfassungsverstoß an sich, etwas Schlimmeres habe es noch gar nicht gegeben. Wissen Sie, meine Damen und Herren, Verfassungsverstöße in viel gravierenderem Umfang haben sich diejenigen zu Schulden kommen lassen, die über 25 Jahre lang gegen die Wiedervereinigung, obgleich es im Grundgesetz steht, verstoßen haben.

(B) (Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. T i t t m a n n [DVU]: Bravo!)

Meine Damen und Herren, ich wundere mich so ein bisschen bei den Grünen, die sich jetzt hinstellen, obwohl sie wissen, dass es nicht so ist, und rufen im Prinzip nicht nach Strafverschärfung, denn die Strafe gibt es ja nicht. Sie rufen endlich nach Bestrafung, jetzt müssten Strafen her und Strafverschärfung. Da hat das alles gar nichts damit zu tun, was der Mann vorher gemacht hat. Wissen Sie, gerade Sie, und das sage ich auch Herrn Isola, der das auch beruflich kennt, die bei jeder Beurteilung eines Vorganges immer alles in Erwägung ziehen müssen, das ganze Leben eines Menschen, um den es geht, da ist es schon auffällig, wenn Sie auf einmal Ausnahmen machen wollen und hier erklären — —.

(Zuruf des Abg. I s o l a [SPD])

Es gibt kein Strafmaß! Das will ich hier auch noch einmal für die Öffentlichkeit deutlich sagen. Ausdrücklich sieht das Gesetz keine Strafen vor. Es ist keine strafbare Handlung! Es ist ein Parteiengesetz. Die Rechtsfolgen sind darin, welche finanziellen Auswirkungen es hat. Insofern, Frau Linnert, ist meine Aussage, wie auch immer sie heute in der „taz“ steht,

die ich noch nicht gelesen habe, völlig richtig. Die einzige Bewehrung dessen, was ein Verstoß gegen das Parteiengesetz beinhaltet, ist, dass diese Beträge zurückgeführt werden müssen und das Doppelte dieses Betrags aus Wahlkampfkostenerstattungen einbehalten wird. Damit werden Sie sich abfinden müssen! Sie können diese Vorgänge in Diskussionen, wie immer Sie wollen, kriminalisieren, es sind keine kriminellen Handlungen, sie sind nicht strafbewehrt, und nachdem das, was erforderlich ist, bezahlt worden ist, ist der Vorgang erledigt.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich sage Ihnen heute schon, wir werden uns letztendlich nur über die Beträge von nach 1993 unterhalten und nicht über irgendwelche fiktiven Dinge, von denen Sie oder auch manche Medien glauben, damit eine besondere Effekthascherei betreiben zu können, wie heute Professor von Arnim inzwischen hochgerechnet hat, die CDU müsste eine Milliarde DM zurückbezahlen. Das macht sich als Schlagzeile natürlich besonders gut. Das, was vorliegt, was die Bundesebene betrifft, sind 2,14 Millionen DM seit 1993. Das Dreifache davon sind zwölf Millionen DM, das sind nicht 50 Millionen DM, nicht 100 Millionen DM, nicht 400 Millionen DM und ist schon gar nicht eine Milliarde DM!

Hessen wird geklärt werden, und dann wird sich die hessische CDU um die finanziellen Folgen kümmern müssen. Hier in Bremen ist für uns der Vorgang insofern erledigt! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, und das ist auch das größte Problem, das ich heute mit dieser Debatte hier im Hause habe, dass die CDU nicht mit der notwendigen Sensibilität auf die Lage im Lande und auf die Beunruhigung vieler Bürgerinnen und Bürger reagiert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Teiser, Sie versuchen, hier den Eindruck zu erwecken, als ob man das alles so zur Seite schieben könnte. Ich halte das für einen großen politischen Fehler! Seit Wochen ist eine Lage im Land eingetreten, die uns alle sehr beschäftigt, denn alle Politikerinnen und Politiker sind in Misskredit geraten, und das nicht zu Unrecht! Das ist ein gemeinsames Problem, das wir haben, und wir alle sind auf-

(C)

(D)

(A) gefordert, zu einer Erneuerung der Demokratie und zu einer Glaubwürdigkeit der Politik wieder beizutragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Dimensionen der Verfehlungen sind in der Tat unterschiedlich, meine Kollegin Frau Linnert hat darauf eben schon in aller Deutlichkeit hingewiesen.

Ihr Kollege Ole von Beust in Hamburg hat einen ganz anderen Ton in der Debatte gewählt, er hat sich nämlich entschuldigt für das Gebaren in Hessen und auch für das, was Herr Kanther da getan hat. Er hat den Auftritt von Herrn Kohl weder in Hamburg noch in Bremen gutgeheißen. Eine solche Entschuldigung halte ich für angemessen, weil es hier um die Verletzung der Verfassung geht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, warum für uns der Auftritt von Herrn Kohl, Bundeskanzler außer Dienst, hier in Bremen so ein Problem gewesen ist, weil Sie das offensichtlich immer noch nicht richtig verstehen können. Sie haben Herrn Kohl, und das ist das Problem, die Bühne gegeben, mit seinem Ehrenwort, das er hier zelebriert hat, die Verfassung zu verletzen. Das ist genau der politische Punkt, den Sie hier nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Man kann ein Ehrenwort nicht über die Verfassung stellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erwarte auch hier und heute, dass der zweite Bürgermeister dieser Stadt sich hierzu erklärt. Herr Nölle hat schon über die Presse dieses Ehrenwort gutgeheißen. In welchem Land leben wir denn! Es kann sich doch nicht ein Bundeskanzler a. D. hinstellen und sein eigenes Gebaren über die Grundlagen unserer Gesellschaft stellen. Das ist ein eklatanter Mangel an republikanischer Gesinnung! Das ist es, was wir kritisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich kann auch in Bezug auf die Rede von Herrn Eckhoff nur feststellen, es handelt sich für mich, so, wie Sie hier heute agiert haben, um politische Schizophrenie. Einerseits haben Sie mit einer gewissen Vorsicht das Ehrenwort kritisiert, und gleichzeitig haben Sie bei dem Auftritt im Park Hotel sich davon in keiner Weise distanziert. Das ist unglaublich!

(C) Wir verlangen von Ihnen, dass Sie dieses Ehrenwort hier und heute kritisieren und sich zu einer wirklich republikanischen Gesinnung bekennen!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Haben Sie meiner Rede zugehört, Frau Dr. Trüpel?)

Ja, ich bin deswegen extra da gewesen, um mir das anzuhören, weil es mich auch interessiert hat.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Nein, ich habe gar nicht geredet im Park Hotel! Ich habe heute geredet!)

Ich habe heute der Rede zugehört, und ich möchte noch einmal sagen, in unserem Land mit der Geschichte, die wir haben, kann man nichts anderes tun, als die Verfassung über alle anderen Erwägungen zu stellen. Deswegen ist es auch erschreckend, wenn so viele Menschen im Park Hotel Herrn Kohl, wenn er dieses Ehrenwort über die Verfassung stellt, zustimmen. Es waren in der Tat nicht alle, es hat auch leise Kritik gegeben, aber die große Mehrzahl derjenigen, die da gewesen sind, hat das gutgeheißen. Das ist ein politisches Problem. Das lässt tief blicken, das heißt nämlich, dass Ehrenworte von Einzelnen über die Verfassung gestellt werden. In unserem Land zeugt das davon, dass es immer noch ein Denken gibt, das sich nur auf Personen, auf Gemeinschaften und auf Cliquen bezieht und das sich nicht so weit wirklich demokratisiert und modernisiert hat, dass man die Grundlagen eines Verfassungsstaates für unantastbar hält.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Ich finde auch, dass es von der SPD nach dem Auftritt von Herrn Kohl und der Art, wie er hier geredet hat, angemessen gewesen wäre, den Koalitionspartner aufzufordern, sich von diesen Äußerungen zu distanzieren, weil es für die Bremer große Koalition ein schwerer Schaden ist, wenn man das unkommentiert im politischen Raum stehen lässt. Das haben Sie leider getan. Ich halte das für einen großen politischen Fehler.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Herr Perschau!)

Ich habe gesagt, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(A) Es ist Überweisung an den Verfassungs- und Geschäftsausschuss beantragt worden von Herrn Dr. Kuhn. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

Wer der Überweisung des Entschließungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/164 zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. T i t t -
m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Überweisungsantrag ab.

Dann lasse ich über den Antrag in der Sache abstimmen.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/164 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) (Dafür Bündnis 90/Die Grünen und Abg.
T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

3. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 87. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983 (Wohnbauflächen Bremen-Borgfeld)

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000
(Drucksache 15/165)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Aussprache über die Punkte zwei bis vier der Stadtbürgerschaft einfließen soll.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg. (C)

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, es fällt ein bisschen schwer, nach dieser Debatte, die eigentlich bundespolitische Bedeutung hatte und von der CDU in eine Provinzbunkerposse versucht wurde umzubiegen, jetzt ein kommunalpolitisches Thema zu behandeln, das nur hier auf der Tagesordnung des Landtags steht, weil es sich beim Landschaftsprogramm um ein Landesprogramm handelt, das Grundlage eines Teils der Beratung ist.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt
den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, im Jahre 1991, ich muss so weit zurückgehen, hat die damalige Regierung aus SPD, Grünen und auch FDP vereinbart, ein Wohnungsbauprogramm aufzulegen, in dem im vergangenen Jahrzehnt 16.000 Wohnungen gebaut werden sollten und bis zum Jahr 1996 10.000 Wohnungen gebaut werden würden. Zumindest solange diese Regierung bestand, hat Frau Senatorin Lemke, damals war sie es, dieses Programm mit großem Erfolg in die Wirklichkeit umgesetzt, und es sind 10.000 Wohnungen allein bis 1995 in diesem Land, mehr als 10.000 Wohnungen, gebaut worden. (D)

(Beifall bei der SPD)

Damals bestand im Land eine ziemlich große Euphorie über das Wachstum der Bevölkerung und auch über das Wachstum der Wirtschaft, denn wir lebten im Zeitalter des Booms, der in Folge der deutschen Einheit hier in Bremen entstanden war. Deshalb gab es damals auch solche Planungen.

Zu diesen Planungen gehörte auch der Nachweis von Flächen für 24.000 Wohneinheiten bis weit in das jetzt schon begonnene Jahrhundert hinein, die sich damals die Regierung vorgenommen hatte. Zu diesen Flächen, die damals angepeilt wurden, gehörte auch das dann später in ein Entwicklungsgebiet umgewidmete Gebiet Borgfeld-West, Borgfeld-Ost gehörte dazu und noch manches andere, Arsten ist weitgehend schon längst bebaut. Die Themen, über die wir heute reden, betreffen auf jeden Fall Borgfeld. Es geht darum, das Landschaftsprogramm zu ändern und den Landschaftsschutz für die verschiedenen Gebiete in Borgfeld aufzuheben.

Die damalige Euphorie und die damaligen Planungen bezüglich des Wohnungsbaus haben sich in Bremen nicht verwirklicht. Das weiß jeder. Die Zahlen der Fertigstellung im Wohnungsbau sind weit abgesunken, keine knapp 3000 mehr, wie in den Jahren

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) 1992 und 1993, sondern wenn wir die Tausendergrenze erreichen, sind wir mittlerweile schon froh und glücklich. Wer die Zahlen in der Bauindustrie liest, sieht, dass Jahr für Jahr nicht nur die Zahl der Fertigstellungen, sondern im Moment auch die Zahl der Beschäftigten und der neuen Bauanträge nicht steigt, sondern stagniert und abnimmt. Das ist nicht gut für Bremen, aber das ist so! Das ist die reale Lage auf dem Wohnungsmarkt.

Zugleich hat sich ein Programm der Innenentwicklung und der Nachverdichtung in vielen Stadtteilen als sehr erfolgreich erwiesen, das immer noch fortgesetzt werden muss, und der Sanierung und des Wiederaufbaus von Wohnungen, die vor 100 oder 80 Jahren oder auch zur Zeit der modernen Plattenbauten der Neuen Heimat gebaut worden sind.

Meine Damen und Herren, die Einwohnerzahl von Bremen stagniert nicht nur, sondern sie sinkt. Es gibt in dieser Stadt im Prinzip genug Wohnungen, es gibt genug Neubaugebiete, und es gibt genug Flächen innerhalb der Stadt, so dass heute keine Notwendigkeit mehr besteht, in großem Umfang großflächige Neubaugebiete auf der grünen Wiese auszuweisen. Das ist die Tatsache. Es gibt erst recht nicht die Notwendigkeit, am Stadtrand großflächige Neubaugebiete wie Borgfeld-West — Borgfeld-Ost ist in Ordnung, das ist im Grunde im Innenbereich — auszuweisen, weil diese Gebiete, das wissen wir alle aus den bisherigen Gebieten, Weidedamm hatten wir gestern, erhebliche Folgekosten nach sich ziehen.

(B) Sie brauchen nämlich eine intakte Infrastruktur. Bei einer sinkenden Bevölkerungszahl heißt das, bei Kosten für eine neue Infrastruktur in dem Bereich gleichzeitig eine vorhandene Infrastruktur in der Stadt aufzugeben, denn weniger Menschen brauchen nicht mehr Schulen, sondern höchstens die gleiche Anzahl von Schulen, nicht mehr Kindergärten, sondern nur die gleiche Anzahl von Kindergärten, nicht mehr Altentageseinrichtungen, sondern nur die gleiche Zahl. Leider liegen die in Stadtgebieten, wo nicht neu gebaut wird. Deshalb ist es natürlich vernünftig, auch unter ökonomischen Gesichtspunkten, dort anzusetzen und nicht großflächig auf der grünen Wiese neue Kosten entstehen zu lassen, die Innenstadt zu zerstören und an die inneren Gebiete von außen anzubauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was heute noch außen gebaut wird, das sind dann auch im Wesentlichen Eigenheime. Ich will hier keine Debatte über Eigenheime führen, aber es führt zu einer großflächigen Zersiedlung und zu nichts anderem, dass die Struktur, die Lilienthal oder Oytten haben — meine frühere Kollegin Frau Krusche hat immer gesagt Veroytisierung —, in diese Stadt großflächig einbezogen wird. Das kostet Platz, Landschaft und Infrastruktur, das ist aber für die städtische

Struktur insgesamt eher zerstörerisch als positiv. Es wird uns auch nicht helfen, den Einwohnerschwund ernsthaft zu bekämpfen in dieser Stadt.

(C)

Meine Damen und Herren, deshalb ist Bündnis 90/Die Grünen heute, und das waren wir auch schon in der letzten Legislaturperiode, der gleichen Auffassung wie der Beirat Borgfeld, wie alle politischen Kräfte in Borgfeld, dass es derzeit keinen Sinn macht, die Fläche, die für Borgfeld-West vorgesehen ist, zu besiedeln.

Deshalb glauben wir, ist es auch heute nicht notwendig, dafür die Voraussetzung mit der Aufhebung des Landschaftsschutzes zu schaffen, weil, wenn überhaupt wieder eine Situation kommt, in der so großflächiger Wohnungsbau in Stadtgrenzen nötig ist, dann Zeit genug ist, dort anzufangen, und wir müssen nicht heute schon Maßnahmen treffen, die zwangsläufig dazu führen, dass da gebaut werden muss, damit das nicht verfällt und sich das ökonomisch rechtfertigt. Deshalb lehnen wir die Aufhebung des Landschaftsschutzes ab, deshalb werden wir auch in der Stadtbürgerschaft entsprechende Bauleitplanungen und Bebauungspläne ablehnen, meine Damen und Herren!

Die Zeiten haben sich geändert, deshalb hat sich unsere Meinung dazu geändert. Wir werden das auch in der CDU sehen. Damals hat uns die CDU heftig bekämpft und damals schon, als noch Notwendigkeit zum Bauen in dieser Stadt bestand, weit-sichtig hier von dem Rednerpult aus erklärt, ich sage heute, Herr Kollege Focke — er war es damals —, das war durchaus weitsichtig, es lohne sich nicht, das dörfliche Bild von Borgfeld durch eine großstädtische Planung zu erweitern, weil diese Planung an dieser Stelle völlig überflüssig sei, weil dafür kein Bedarf bestehe. Wir schließen uns dieser Meinung der CDU an, die auch der Meinung der CDU vor Ort ist, und lehnen die Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 ab.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch mir fällt es schwer, jetzt nach den vorangegangenen Debatten über Einfamilienhäuser zu reden, aber die Damen und Herren von den Grünen wollten das jetzt so.

Über Wohnbebauung in Borgfeld-West pro und kontra haben wir, glaube ich, schon lange in den verschiedensten Gremien hin und her gestritten. Ich will das hier jetzt nicht wiederholen, aber wie wir gestern bei der Debatte zur Hemelinger Marsch schon gemerkt haben, geht es den Damen und Herren von den Grünen eher um das Prinzip als um das

- (A) konkrete Projekt, Herr Mützelburg hat das eben auch gesagt, also darum,

(Beifall bei der SPD)

ob Wohnbebauung in Borgfeld sinnvoll ist oder nicht. Über die Wohnungsbaukonzeption insgesamt will ich jetzt auch nicht debattieren vor halb leeren Reihen. Dazu, finde ich, ist das Thema zu wichtig.

Es geht hier offensichtlich prinzipiell um die Frage, wie viel unserer freien Landschaft wir für die Sanierung von Bremen hergeben, oder um es mit den Worten des Borgfelder Beiratssprechers Herrn Carlsson anlässlich der Ablehnung dieser Bebauung zu sagen: „Wie viele Kühe, die wir noch melken wollen, wollen wir noch schlachten?“

In der Frage von Borgfeld-West haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns in der Abwägung für eine Änderung des Landschaftsprogramms, also für eine Bebauung entschieden.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl ist Bremen eine grüne Stadt, und das ist auch ein wichtiger Standortfaktor Bremens. Verschiedenste Investoren werben in ihren Broschüren immer wieder mit diesem Image Bremens. Mit diesem Standortfaktor müssen wir sorgsam umgehen. Das steht auch für uns außer Frage.

- (B) Auf keinen Fall geht es meines Erachtens, wenn der Wirtschaftssenator Herr Hattig gemeinsam mit der BIG, wir haben das gestern auch besprochen, wiederholt seinem privaten Hobby nachgeht und, wie letzte Woche im „Weser-Kurier“ geschehen, das Hollerland per se zum florierenden Gewerbegebiet erklärt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das gibt nicht einmal der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU her!

(Beifall bei der SPD)

Die Signale aus Brüssel, wie damit dann umgegangen wird, sind wohl mittlerweile eindeutig.

Für die SPD ist die Innenentwicklung in den nächsten vier Jahren eindeutiger Schwerpunkt der Flächenpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben da letzte Woche in der Baudeputation auch entsprechende Beschlüsse gefasst. Wir sind der Meinung, dass wir mit den inzwischen ausgewiesenen Flächen im Außenbereich vorerst eigentlich kei-

ne weitere Landschaft mehr bebauen müssten, so dass zu hoffen ist, dass wir in Zukunft nicht noch weitere Kühe und zu viele Kühe schlachten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen!

(Abg. Frau **Hammeström** [SPD]:
Das ist gefährlich!)

Die große Koalition hatte sich vorgenommen, einen Schwerpunkt auf Eigenheimbau zu setzen, auf Einfamilienhäuser, Reihenhäuser. Daher haben wir den Plan von Herrn Senator Fücks, in Borgfeld-West bis zu 3000 Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau zu errichten, in ein Eigenheimprogramm abgewandelt. Ich finde, das ist eine sehr gute Maßnahme.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Jetzt ist es so weit, die Voraussetzungen sind alle geschaffen worden. Wir können die Beschlüsse mit der Änderung zum Landschaftsprogramm fassen und in der Stadtbürgerschaft nachher die Flächennutzungsplanänderung und sogar den Bebauungsplan. Es ist alles fertig, die Investoren warten, Borgfeld-Ost ist angefangen, alle freien Grundstücke, die wir auf dem Markt bekommen haben, sind verkauft.

(Abg. **Dr. Sieling** [SPD]: Schon lange!)

Schon lange verkauft, ja! Auch die Wohnungsbau-gesellschaften, die dort jetzt mit den Reihenhäusern und Doppelhäusern anfangen, haben sehr gute Verkaufszahlen. Wir können davon ausgehen, dass das Gebiet wesentlich schneller vollläuft, als wir es erwartet haben.

(Abg. Frau **Hammeström** [SPD]:
Das ist doch nicht volllaufen!)

So nennt man das, Frau Hammerström! Ich will heute auch ganz friedlich sein! Deswegen wird es auch Zeit, dass Borgfeld-West so weit vorbereitet wird, dass die Maßnahmen dann auch beginnen können.

Ich möchte nur noch zu Herrn Mützelburg eine Sache sagen, die Infrastruktur ist angesprochen worden! Wir haben hier eine Entwicklungsmaßnahme, die Infrastruktur ist in dieser Entwicklungsmaßnah-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) me enthalten. Das heißt also, Kindergarten und Schulneubau werden sich aus der Maßnahme heraus finanzieren. Das ist auch eine sehr schöne Sache.

(Beifall bei der SPD — Abg. Frau H ö - v e l m a n n [SPD]: Ja, finde ich gut! Deshalb klatsche ich ja!)

Ja, das muss man sagen! Das sind nicht die Probleme, die wir jetzt im Weidedamm haben!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Machen Sie das jetzt aber immer so!)

Ja, wir versuchen es, dass es in Zukunft bei größeren Gebieten immer so ist!

Aber Frau Kummer hat ja eben auch gesagt, dass wir auch Innenentwicklung machen wollen. Das wollen wir auch, das haben wir uns vorgenommen. Aber es ist eben so, und das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass wir an den Rändern unserer Stadt, wo die Speckgürtel entstanden sind, auch Angebote für den Einfamilienhausbau vorhalten müssen, denn es ist immer noch besser, die Leute ziehen nicht von uns weg, und wir werden nicht noch weniger, sondern wir wollen ja mehr Einwohner bekommen, weil sie nämlich dann hier die Steuern zahlen. Sonst würden sie sie nämlich in Oyten, Stuhr oder in Lilienthal bezahlen.

(B)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Gerade Lilienthal tut alles dafür, um mit Ausweisung von neuen Wohngebieten und Entwicklungsgebieten uns die Einwohner wegzunehmen.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Und ihr wollt noch eine Straße bauen!)

Ich finde, wir können ganz froh sein, dass wir die Möglichkeit haben, hier in Borgfeld gut 1200 Wohneinheiten in Einfamilien- und Reihenhäusern zu errichten, denn da haben wir einen Puffer, dass die Leute nicht wegziehen, sondern hier in unseren Grenzen bleiben. — Danke!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der 3. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 87. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983 mit der

Drucksachen-Nummer 15/165 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(C)

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der 3. Änderung des Landschaftsprogramms Bremen 1991 im Zusammenhang mit der 87. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen 1983 zu.

Schutz vor Gewalt im häuslichen Bereich

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 16. Dezember 1999
(Drucksache 15/154)

Wir verbinden hiermit:

Den Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Januar 2000
(Drucksache 15/181)

(D)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf, ihr beigeordnet Frau Hauffe.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wulff.

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gewalt gegen Frauen ist kein Phänomen, das etwa nur im öffentlichen Raum, also auf der Straße oder am Arbeitsplatz, stattfindet. Gerade in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld, in ihrer Familie oder Partnerschaft, werden Frauen und auch Kinder häufig Opfer von Gewalt. Wir müssen davon ausgehen, dass Gewalt im sozialen Nahbereich die in unserer Gesellschaft am weitesten verbreitete Gewaltform überhaupt darstellt.

Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführte Untersuchung hat ergeben, jede siebte Frau war mindestens einmal in ihrem Leben Opfer einer Vergewaltigung und sexuellen Nötigung. Zwei Drittel dieser Fälle fanden in der Familie oder Partnerschaft statt. Nach Schätzungen der genannten Studie erleiden Frauen in jeder dritten Partnerschaft körperliche Gewalt.

Dieses Ausmaß ist einer breiten Öffentlichkeit kaum bewusst. Auch die polizeiliche Kriminalstatistik hilft wenig weiter, solange ein großes Dunkel-

(A) feld verbleibt. Die Betroffenen wenden sich nur selten an die Polizei, um ihren Partner, Verwandte oder andere Gewalttäter ihres unmittelbaren privaten Umfeldes anzuzeigen.

Einer der Gründe hierfür ist, dass die Opfer von häuslicher Gewalt sich durch die Rechtsordnung nicht ausreichend geschützt fühlen. Entschließen sie sich dennoch zu einer Anzeige, fehlen der herbeigerufenen Polizei häufig geeignete Eingriffsbefugnisse, um bedrohte Frauen und Kinder unmittelbar und nachhaltig gegen die in derselben Wohnung lebenden Täter zu schützen.

Tatsache aber ist und bleibt, Gewalttaten sind strafbare Handlungen, auch und gerade wenn sie durch den Partner erfolgen. Die SPD-Fraktion hat daher gleich zu Anfang dieser Legislaturperiode eine erneute Initiative ergriffen, damit von Bremen aus alles erdenklich Mögliche geschieht, um zur Verbesserung der Situation der Opfer beizutragen.

(Beifall bei der SPD)

Die grundsätzliche Nichteinmischung des Staates in private und partnerschaftliche Angelegenheiten darf nicht so weit führen, dass die private Wohnung als rechtsfreier Raum missverstanden wird, sondern Gewalt in den eigenen vier Wänden muss ebenso entschieden verfolgt werden wie Gewalt im öffentlichen Raum.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die SPD-Fraktion hat sich daher dafür eingesetzt, dass sich Bremen an der EU-weiten Kampagne zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen beteiligt, wie sie unter deutscher Ratspräsidentschaft im März 1999 in Köln beschlossen worden ist. Wir begrüßen es sehr, dass sich mit Bürgermeister Dr. Henning Scherf nicht nur ein hoher Repräsentant unseres Bundeslandes, sondern vor allem eine bei nahezu 100 Prozent der Bremerinnen und Bremer bekannte Persönlichkeit in der Öffentlichkeit zur Ächtung von Gewalt gegen Frauen bekennt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir auch ausdrücklich die Initiative der Landesfrauenbeauftragten Ulrike Hauffe zur Herausgabe einer Sonderbriefmarke zu diesem heiklen Thema, die vom zuständigen Bundesfinanzministerium aufgegriffen worden ist.

(Beifall)

Diese Sonderbriefmarke ist seit kurzem in den Postämtern zu erwerben. Ein Hinweis an Sie, liebe Kol-

leginnen und Kollegen: Sollten Sie einmal in Verlegenheit geraten, ich habe immer eine Briefmarke zur Hand!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die notwendige gesellschaftliche Ächtung von Gewalt gegen Frauen in privaten Beziehungen zu erreichen, ist eine wichtige Voraussetzung auf dem Weg zur Verbesserung der Situation der Opfer. Es werden aber immer noch viel zu wenige Gewalttaten aus dem häuslichen Bereich angezeigt. Für die meisten betroffenen Frauen ist die strafrechtliche Verfolgung der Täter immer noch von zweitrangiger Bedeutung, denn an erster Stelle steht für sie der Schutz vor der Gewalt ihres Partners. Dies zeigen Untersuchungen, die in den Frauenhäusern in Deutschland — es gibt übrigens ungefähr 400 Frauenhäuser in der Bundesrepublik — durchgeführt wurden.

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass Frauen- und Mädchenhäuser sowie Schutzwohnungen nicht länger die alleinige Alternative für misshandelte Frauen und Kinder sein dürfen, auch wenn wir in absehbarer Zeit nicht auf solche Zufluchtsstätten werden verzichten können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich möchte darum gleich dieser Debatte den Wind aus den Segeln nehmen, wenn uns unterstellt wird, dass es uns nur um Sparüberlegungen in diesem Bereich geht. Wir wissen um die Probleme bei der Verabschiedung des Sozialhaushalts, es ist aber nicht so, dass bei den Frauenhäusern gespart werden sollte, denn sie sind zurzeit voll belegt, und es gibt sogar Erwägungen über Anbauten, um ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion verträgt es sich nicht mit dem Selbstverständnis eines sozialen Rechtsstaates, dass die betroffene Frau mit ihren Kindern ihre vertraute Umgebung verlassen und fliehen muss, um vor weiteren Angriffen Schutz zu finden, während der Täter in der vormals gemeinsamen Wohnung verbleiben darf. Wir setzen uns daher für eine vereinfachte Zuweisung der Wohnung an die Ehefrau ein. Es müssen aber weitere Schutzanordnungen hinzukommen, die den gewalttätigen Partner wirksam daran hindern, in die Nähe der Wohnung zu kommen und Frau und Kinder dort weiter zu bedrohen. Dazu gehören zum Beispiel Belästigungs-, Kontakt- und Annäherungsverbote, die vor allem schnell und wirkungsvoll umgesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

In der fachlichen Diskussion befinden sich derzeit insbesondere zwei Schutzanordnungen, die sich in

(C)

(D)

(A) Österreich seit ihrer Einführung vor nun gut zwei Jahren bewährt haben: einmal die sofortige Wegweisung von Gewalttätern aus der gemeinsam mit dem Opfer beziehungsweise den Opfern bewohnten Wohnung sowie zweitens ein zeitlich befristetes Rückkehrverbot. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche sind besondere Regeln für Eilverfahren vor den Familiengerichten in der fachlichen Diskussion. Der Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sieht hier ausdrücklich Handlungsbedarf. Gesetzesnovellen sind seitens der Bundesfamilien- sowie der Bundesjustizministerin in Vorbereitung.

Die SPD-Fraktion begrüßt den nationalen Aktionsplan ebenso wie die Empfehlungen auf EU-Ebene, die sich gerade auch und unter anderem an die Bundesländer richten. Wir meinen, die in Arbeit befindliche Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes bietet eine gute Gelegenheit, wirksame polizeiliche Maßnahmen zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt auch im Land Bremen festzuschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Interessant war für die Öffentlichkeit, dass sich gerade auch Polizeipräsident Lüken bereits im November 1999 öffentlich zustimmend zu dieser Initiative geäußert hat. Ich möchte mit Genehmigung des Präsidenten noch ein kurzes Zitat aus einem Schreiben der Leiterin eines der Bremer Frauenhäuser, das ich gerade heute erhalten haben anfügen, die zu dieser Gesetzesinitiative Stellung genommen hat:

(B)

„Das Gesetz würde also keine Alternative zu Frauenhäusern darstellen, jedoch eine gute Ergänzung. Jetzt schon ist es in leichter Zunahme der Fälle bei Polizeieinsätzen im häuslichen Bereich Praxis, die Männer für ein paar Stunden aus der Wohnung zu entfernen. Die Frau hat während dieser Zeit die Möglichkeit, in größerer Ruhe als bisher zu entscheiden, ob sie mit den Kindern in ein Frauenhaus gehen möchte. Sie kann sogar persönliche Dinge zusammenpacken, wozu bis vor kurzem keine Zeit blieb.“

Wir Sozialdemokraten freuen uns daher, dass es gelungen ist, unseren Koalitionspartner davon zu überzeugen, dass die positiven österreichischen Erfahrungen mit dem so genannten Wegweisungsrecht sowie einem Rückkehrverbot von gewalttätigen Partnern bei der Erarbeitung der bremischen Polizeigesetzesnovelle vom Senat berücksichtigt werden sollen. Wir erwarten vom Senat die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs.

Zweitens fordern wir den Senat auf, auf Bundesebene an den notwendigen Schutzregelungen konstruktiv mitzuwirken. Drittens erwarten wir die Vorlage des in der Koalitionsvereinbarung angekündigten ressortübergreifenden Präventionskonzepts gegen häusliche Gewalt zum 31. März 2000.

Auf dieses Konzept möchte ich nicht näher eingehen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat dazu einige inhaltliche Vorschläge in ihrem Antrag gemacht. Wir sind aber der Auffassung, dass uns der Senat dieses Konzept zunächst einmal vorlegen sollte und wir dann in einer weiteren Debatte, die dann voraussichtlich noch vor der Sommerpause stattfinden wird, diese Einzelpunkte noch einmal behandeln. Sehr wichtig wird dabei die Fortbildung im gesamten Bereich der Polizei, der Justiz und so weiter sein. Aber ich glaube, meine Redezeit ist auch inzwischen abgelaufen, wir werden das Thema sicherlich in Kürze dann wieder hier behandeln. — Danke schön!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Windler.

Abg. Frau **Windler** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir alle lehnen Gewalt ab, Gewalt in der Schule, Gewalt in den Medien, Gewalt auf der Straße, Gewalt gegen Senioren, um nur einige Beispiele zu nennen. Eine besondere Form der Gewalt ist die Gewalt gegen Frauen. Sie kommt in allen gesellschaftlichen Schichten vor und ist kein Privileg der angeblich gering Qualifizierten, der Menschen mit geringen Einkünften.

Gewalt gegen Frauen findet überwiegend im vermeintlichen Schutzraum der eigenen vier Wände, also zu Hause statt. Häusliche Gewalt wird fast ausschließlich von Männern ausgeübt und reicht von Drohungen, Erniedrigungen und sozialer Isolation bis hin zum Erzwingen sexueller Handlungen, körperlichen Misshandlungen, Nötigungen, ja sogar zu Tötungen.

(D)

Durch repräsentative Untersuchungen in den alten und neuen Bundesländern wurde ermittelt, dass fast jede dritte Frau Gewalt durch ihren Ehemann oder Partner erfährt, also ein Phänomen, das nicht hin und wieder zwischen Frauen und Männern abläuft, sondern Tag für Tag in unserer Gesellschaft stattfindet. Wir geben in Bremen jährlich 1,7 Millionen DM nur für Frauenhäuser aus, die eine gute und wichtige Arbeit leisten.

Den Bund allein kostet die häusliche Gewalt jährlich 29 Milliarden DM. Das sind Summen, die nicht zu begreifen sind. Die Spitze des Eisbergs erleben täglich die Mitarbeiterinnen in den Frauenhäusern. Knapp 50.000 Frauen suchen jährlich Schutz vor ihren gewalttätigen Ehemännern, Partnern oder Freunden in den Frauenhäusern. Die Frauen suchen Schutz für sich und ihre Kinder in einer ausweglosen Situation.

In Bremen gab es 1998 rund 800 Fälle, in denen weibliche Gewaltopfer Anzeige erstatteten. Seit 1999 gibt es in Bremen die Kampagne der ZGF gegen Ge-

- (A) walt an Frauen. Ich glaube, dass diese Kampagne wachrüttelt und zum Nachdenken anregt.

(Beifall)

In jeder Straßenbahn ist das Plakat „Du kannst der Nächste sein!“ zu sehen. Auch das ist eine Kampagne gegen Gewalt.

Meine Damen und Herren, wir dürfen auch die Mitbetroffenheit der Kinder nicht vergessen. Allen Mädchen und Jungen, die mit ihren Müttern ins Frauenhaus kommen, ist gemeinsam, dass sie von Misshandlungen betroffen sind. Über ein Drittel der Mütter gab an, dass ihre Kinder, meist die Töchter, auch misshandelt worden sind, ob seelisch, psychisch oder körperlich.

Die vereinzelt Antworten geben sicher nur einen Teil des Problems wieder, weil hier die Tabuisierung noch größer ist als bei anderen Gewaltformen. Bei rund der Hälfte der Frauen hatten die Kinder die Misshandlung der Mutter unmittelbar miterlebt und nach Einschätzungen der Mütter sehr darunter gelitten.

Misshandlung kann die Mädchen und Jungen plötzlich und unerwartet treffen, sie kann aber auch ein Bestandteil ihres Lebens von Anfang an sein. Die unmittelbare Erfahrung und Mitbetroffenheit von Gewalt und das erzwungene Schweigen darüber belasten die seelische und soziale Entwicklung von Mädchen und Jungen massiv.

(B)

Meine Damen und Herren, wenn Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, sich an die Polizei wenden, dann ist das für sie häufig der letzte Ausweg. Sie sehen zumeist keine Chance mehr, sich und ihre Kinder zu schützen und die unerträgliche Situation zu beenden. Dabei spielt bei den Hilfesuchenden die Angst vor der Existenz und der Zukunft eine gewichtige Rolle. Gleichzeitig haben diese Frauen große Schuldgefühle, weil sie sich für den Erhalt der Familie verantwortlich fühlen.

Polizeibeamte wissen, dass sie mit diesen zwischenmenschlichen Problemen zumeist an Wochenenden, Feiertagen oder zur späten Nachtzeit konfrontiert werden. Der Anruf kommt meist von Nachbarn, die sich durch lautstarke Auseinandersetzungen gestört fühlen. Aber auch besorgte und der Frau helfen wollende Nachbarn sind es, die die Polizei verständigen. Sehr selten wird die Polizei von Freunden oder nahen Verwandten gerufen, weil Wegschauen und Nichteinmischen einfacher ist. Nur keine Probleme, na, so schlimm wird es schon nicht sein!

Aber was macht die Polizei bei uns in Bremen derzeit, wenn genau so ein Fall der Lärmbelästigung vorkommt? Über Funk bekommt die Streifenwagenbesatzung den Auftrag: Fahren Sie in die Straße X zu Y, dort Familienstreit! Dort treffen die Beamten nach mehrfachem Klingeln auf einen in der Wohnung stehenden Mann, der die provozierende Fra-

ge stellt: Was wollen Sie denn hier? Bei uns ist doch alles in bester Ordnung! Die Ehefrau reagiert häufig mit dem Satz: Es ist schon wieder alles in Ordnung, wir waren nur ein bisschen laut! Danach werden die Polizisten wieder abziehen und im Wachbuch erfolgt der Austrag mit dem Satz: Familienstreit erledigt, kein Einschreiten!

(C)

Werden die Beamten häufiger zu dieser Familie gerufen, so ändert sich an der polizeilichen Vorgehensweise nichts. Vielleicht erfolgt im Wachbuch die zusätzliche Eintragung: Wurden schon des Öfteren wegen Familienstreitigkeiten zu dieser Familie gerufen. Dieses polizeiliche Handeln ist dem Beamten nicht anzulasten, weil keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist, der sein Handeln absichert.

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die Polizei oft sehr gern eingreifen würde, aber leider von der gesetzlichen Seite nicht kann. Deshalb wäre es an der Zeit, im Rahmen der Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes neue, konkretere Regelungen zum Thema „Gegen Gewalt im häuslichen Bereich“ zu treffen.

(Beifall)

Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Familie ist eine fundamentale Menschenrechtsverletzung und wird erst dann aufhören, wenn die Gesellschaft nicht mehr das Verhalten der Täter tabuisiert, bagatellisiert oder entschuldigt.

(D)

(Beifall)

Zum besseren Schutz der Frauen und ihrer Kinder ist eine rechtliche Grundlage erforderlich. Die häusliche Gewalt, die zu Hause stattfindet, muss verfolgt werden! Wie sonst passt es in unser Rechtsverständnis, wenn unsere Gesetze zu Recht zum Beispiel gegen Ladendiebe, Drogenabhängige, Verkehrssünder oder auch gegen Schläger außerhalb der vier Wände vorgehen und Gewaltdelikte gegen Frauen als Familienstreitigkeit ohne Konsequenz für den Täter bleiben?

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, im polizeilichen wie im gesellschaftlichen Sprachgebrauch wird häusliche Gewalt als Familienstreitigkeit, Ehekrach oder Familienkonflikt beschrieben. Das verharmlost die Wirklichkeit, weil Täter häuslicher Gewalt fast immer Straftatbestände begehen. Seit dem 1. Mai 1997 ist das Wegweisungsgesetz, das heißt Bundesgesetz zum Schutz bei Gewalt in der Familie, in Österreich in Kraft. Für sieben Tage weist die zur Hilfe gerufene Polizei gewalttätige Männer aus der Wohnung. In dieser Zeit kann die Frau, wenn sie länger Schutz benötigt, bei einem Zivilgericht einen Antrag stellen.

(A) Die einstweilige Verfügung kann auch das Verbot enthalten, sich an bestimmten Orten aufzuhalten, zum Beispiel dem Arbeitsplatz der Frau, an Kindergärten oder Schule der Kinder. Auch ein völliges Kontaktverbot kann beantragt werden, so dass der Gewalttäter der Frau weder auflauern noch sie anrufen darf, was besonders wichtig ist, da viele Straftäter die Frau oft monatelang nach der Trennung verfolgen und terrorisieren. Eine einstweilige Verfügung kann für drei Monate erlassen werden. Sie verlängert sich, wenn anschließend die Scheidung oder bei Lebensgefährten ein Verfahren zur Aufteilung der Wohnung beantragt wird.

2673 Wegweisungen und Rückkehrverbote wurden 1998 gegen gewalttätige Männer in Österreich verfügt, Tendenz leider steigend. Die wenigsten von ihnen werden obdachlos. Die Mehrzahl der weggewiesenen Männer findet bei Bekannten oder Verwandten Unterkunft. Verstöße gegen die Wegweisungen sind erstaunlich selten. Das hängt damit zusammen, dass Verstöße zu weiteren Sanktionen führen würden, bis hin zur Inhaftierung.

Das Gesetz wird von einem Begleitprogramm ergänzt. Nicht nur, dass die Polizei nach einer Wegweisung per Fax das zuständige Zivilgericht informiert, auch die Interventionsstellen, die aus Finanzgründen nicht gesetzlich verankert, aber staatlich finanziell abgesichert sind, werden umgehend per Fax von dem Einschreiten in Kenntnis gesetzt.

(B) Das Netz der Interventionsstellen ist derzeit noch im Ausbau. Fünf bestanden 1998. Ziel dieser Einrichtung ist die Vorsorge. Die Mitarbeiterinnen nehmen Kontakt mit den Opfern auf und bieten aktive Hilfe an. Die Frauen reagieren sehr positiv auf dieses Angebot. Viele Frauen bekunden, sie hätten es nie allein geschafft, Hilfe zu suchen. Für die Frauen wirkt Gewalt oft lähmend, und die Misshandelten haben oft keine Energie mehr oder zu viel Angst, sich zur Wehr zu setzen.

Die Opfer werden in regelmäßigen Abständen wieder kontaktiert. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass ihr Problem wieder zur Privatsache wird und der Kreislauf der Gewalt weitergeht. Ziel des Gesetzes in Österreich ist, die Gewalt zu beenden, nicht die Ehe oder die Beziehung. Das ist auch uns sehr wichtig.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, für Bremen fordert die CDU-Fraktion deshalb folgende Maßnahmen: Erstens, Erhalt der Frauenhäuser, deren Notwendigkeit seit langem unumstritten ist!

(Beifall)

Zweitens, Einbeziehung der österreichischen Regelung in die Novellierung des Bremischen Polizei-

gesetzes mit dem Ziel, die Familiensituation wieder zu entlasten!

(Beifall)

Drittens, Vorlage eines Präventionskonzeptes gegen häusliche Gewalt bis zum 31. März! — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, das war eine Erstrede! Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Mai letzten Jahres hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier eine Große Anfrage gestellt mit dem Thema „Häusliche Beziehungsgewalt“. In der Beantwortung der Anfrage stand erstens, dass ein Ausbildungskonzept für die Polizei unter Beteiligung der ZGF vorgelegt wird. Für Bremerhaven sollte dies ebenfalls geschehen. Das ist aber bis heute nicht geschehen! Deshalb ist es überfällig, dies bis zum 31. März des Jahres 2000 einzufordern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens: Spezielle Fort- und Weiterbildung für die Polizei zum Thema „Häusliche Gewalt“ sollte dieses Jahr auf dem Fortbildungsprogramm stehen. Auch hier ist uns noch nichts vorgelegt worden. Drittens: Es wurden bestehende rechtliche Probleme bei dem Interventionsprojekt der Polizeiinspektion West mit dem Verein Neue Wege beschrieben. Diese Probleme bestehen immer noch, nämlich in der Weitergabe von Adressen von Tätern und Opfern, die die effektive Arbeit dieses Vereins mit der Polizei behindern.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Ihnen heute einen Dringlichkeitsantrag, der den Schutz von Frauen und Kindern verbessern soll, vorgelegt, weil wir meinen, dass Ihr Antrag den Stand der derzeitigen Debatte auf Bundes- und auf Länderebene nicht widerspiegelt

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und ebenfalls in gewissen Punkten gewisse Klärungen nicht darstellt. In beiden Reden meiner Vorrednerinnen habe ich eigentlich diese Punkte gehört. Ich kann deshalb eigentlich nicht verstehen, dass der Antrag, ich will einmal sagen, so amorph abgefasst wurde.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Er hat keine feste Gestalt, die sich wie eine Amöbe verändern kann. Das ist nichts Ganzes und nichts Festes!

Ich will diese Punkte jetzt noch einmal darstellen! Die so genannte Wegweisung und das Rückkehrverbot des Täters sind für uns unbedingt zu installieren. Das wurde auch von meinen Vorrednerinnen gefordert. Ebenfalls ist es für uns unbedingt notwendig, ein flächendeckendes Netz an Hilfsangeboten sowie Frauenhäuser und Beratungsstellen und Notrufmöglichkeiten zu erhalten sowie die Beratung für Täter, die auf Änderung des gewalttätigen Verhaltens abzielt. Darüber hinaus ist die Aus- und Weiterbildung der mit der Intervention und Prävention von häuslicher Gewalt befassten Berufsgruppen zu regeln. Besonderer Wert ist hierbei auf die Aus- und Fortbildung von Polizei, Staats- und Anwaltschaft zu legen. Die Einführung von Statistiken und aussagekräftigen Dokumentationen von Fällen häuslicher Gewalt ist zu organisieren.

Ich denke, meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr in einer Prüfungsphase.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen nicht mehr darüber reden, ob diese Gesetzesänderungen notwendig sind oder nicht. Wir müssen an dieser Stelle die richtigen Schritte tun und nicht mehr auf der Stelle treten.

- (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dem Slogan „Das Private ist politisch“ wurde die häusliche Gewalt durch die deutsche Frauenbewegung öffentlich thematisiert und zunehmend enttabuisiert. Die Frauengruppen machten durch ihre Aktivitäten deutlich, dass Gewalt gegen Frauen leider auch zum bundesdeutschen Alltag gehört, wobei die Erscheinungsformen vielfältig sind. Gewalt gegen Frauen beschränkt sich nicht allein auf die Angriffe körperlicher Gewalt, sondern die seelische Unversehrtheit wird hier ebenfalls nicht berücksichtigt.

Über das tatsächliche Ausmaß von Gewalt gibt es keine Statistiken, darauf hat Frau Wulff schon hingewiesen. My home is my castle, dieser Satz, der Sicherheit und Geborgenheit des eigenen Zuhauses ausdrücken soll, gilt für viele Frauen nicht. Erst durch die Einrichtung von Frauenhäusern, die von Frauen für Frauen erkämpft wurden, ist es misshandelten Frauen möglich geworden, den Schauplatz der Gewalt, nämlich ihre eigene Wohnung, zu verlassen und dies oft nicht nur für kurze Zeit.

Für die Kinder, die mit ihren Müttern in die Frauenhäuser gehen, bedeutet das oft zugleich den plötzlichen Verlust des sozialen Umfeldes, Verlust des Vaters, der Wohnung, des Kindergartens, der Schule, der Freundinnen und Freunde. Dazu kommt die Verunsicherung durch die unbekanntere Situation im

Frauenhaus und eine unabsehbare Lebensperspektive, eine ungewisse Zukunft. Meist sind auch sie Opfer körperlicher und seelischer Gewalt. Sie machen die eklatante Erfahrung, dass die Misshandlung für Täter oft keine Folgen hat. Das finde ich sehr wichtig, denn Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem und verlangt deshalb auch gesellschaftliche Lösungen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dem Recht auf seelische und körperliche Unversehrtheit muss mit einem effektiven Rechtsschutz nachgekommen werden. In der akuten Gefährdungssituation ist eine strafrechtliche Verfolgung der Täter für viele Frauen nur zweitrangig. An erster Stelle steht für die meisten Frauen der gegenwärtige und zukünftige Schutz vor der Gewalt des Partners. Der rechtliche Schutz von Frauen ist unerlässlich, um häusliche Gewalt wirkungsvoller bekämpfen zu können. Gesetzesänderungen werden daher ein wichtiger Bestandteil sein. Diese Chance hat jetzt Bremen mit der Novellierung des Polizeigesetzes.

Rechtliche Möglichkeiten der Bekämpfung von häuslicher Gewalt waren auch Gegenstand der EU-Konferenz „Gewalt gegen Frauen“, wie auch schon von meinen Vorrednerinnen gesagt wurde. In den dort erarbeiteten Empfehlungen werden die Mitgliederstaaten aufgefordert, ausdrücklich effektive und klare Regelungen bei häuslicher Gewalt zu schaffen, die auf sofortige Trennung von Opfer und Täter durch die umgehende Entfernung des gewalttätigen Mannes aus der Wohnung und der Umgebung der betroffenen Frau und ihrer Kinder gerichtet ist. Deshalb ist es jetzt Zeit, Butter bei die Fische zu tun, wie wir das hier in Bremen sagen.

(Zuruf der Abg. Frau J a n s e n [SPD])

Dann sagen wir es in Bremerhaven!

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Bremen darf nicht hinter den EU-Empfehlungen zurückstehen. Die Kampagne „Gewalt gegen Frauen“ darf nicht nur eine Kampagne bleiben, meine Damen und Herren.

Umfassende Trainings- und Fortbildungsmaßnahmen der Polizei sowie Trainingskurse für die Täter sind wichtige Zukunftsaufgaben. Interventionsprojekte, wie sie schon seit Jahren in Berlin erarbeitet werden, haben da schon sehr gute Vorarbeit geleistet. Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache, sondern eine Straftat. Das ist Fakt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genauso müssen wir sie auch verfolgen, wie Henning Scherf es auf den Plakaten ja auch andeutet.

(C)

(D)

- (A) Dieses eindeutige Signal müssen wir auch aus diesem Hause geben. Deshalb bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen. — Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass sich die Bürgerschaft mit dem Thema häusliche Beziehungsgewalt befasst. Gewalt in der Familie unterliegt immer noch einem Tabu und wird in der Öffentlichkeit nicht als das behandelt, was sie ist, nämlich Gewaltausübung, zu meist von Männern gegenüber Frauen und Kindern. Es ist noch viel Aufklärungsarbeit nötig, damit Gewalt gegen Frauen nicht mehr als Kavaliersdelikt behandelt wird. Es ist nämlich weder ein Phänomen, noch kommt es unerwartet über die Frauen. Es ist Ausdruck gesellschaftlicher Machtstrukturen, und wir werden noch eine Menge Bewusstseinsarbeit zu leisten haben, und auch Veränderungen von Machtstrukturen werden vielen nicht erspart bleiben, um an diesem Thema ernsthaft voranzukommen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Ich will mich jetzt zu Zahlen, zu Ursachen und zu Ausprägungen dieser Gewalt nicht mehr lange äußern, sondern Ihnen vielmehr mitteilen, was der Senat zu diesem Thema ganz konkret bereits getan hat und beabsichtigt zu tun. Dabei ist auf der einen Seite, was ich eben angesprochen habe, die Bewusstseinsarbeit erforderlich, auf der anderen Seite aber auch ganz konkretes Handeln.

Der Bremer Senat hat im Herbst eine Kampagne zum Thema häusliche Beziehungsgewalt gestartet. Es ist bereits erwähnt, ich will Ihnen aber noch einmal genau schildern, was diese Kampagne beinhaltet. Von Mitte November bis Mitte Dezember 1999 gab es in Bremen und Bremerhaven eine Plakataktion an Litfaßsäulen mit dem Bild des Präsidenten des Senats und der Aufschrift „Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache, sondern eine Straftat. Genauso wird sie auch verfolgt.“

(Beifall)

In Bremerhaven wurden gleichzeitig 30 Busse der VGB mit diesem Plakat ausgestattet, in Bremen zeigen ab dem 18. Januar 2000 die Stellflächen der Bremer Marketinggesellschaft dieses Plakat noch einmal. Der Bürgermeister selbst hat damit zum Ausdruck gebracht, dass er die Enttabuisierung des Themas und die Verfolgung solcher Straftaten will.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Mit dieser Plakataktion ist Bremen auch ein Teil der europäischen Kampagne „violence free cities“ der European Women's Lobby. Die anderen beteiligten europäischen Städte an dieser Kampagne sind Amsterdam, Berlin, Brüssel, Dublin, London, Madrid und Paris. Bremen befindet sich hier also in guter Gesellschaft.

Mit Datum vom 23. November 1999 hat der Senat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt, bestehend aus meinem Ressort und den Ressorts Bildung und Wissenschaft, Inneres, Kultur und Sport sowie Justiz und Verfassung, um unter der Federführung der ZGF bis Ende März ein Präventionskonzept und Konzepte zum Umgang mit häuslicher Beziehungsgewalt zu erarbeiten. Der Senat hat in seinem Beschluss zum Einsatz dieser Arbeitsgruppe auch ausdrücklich vorgesehen, dass sie in ihre Beratungen den Sachverstand von Verbänden und Vereinen, die in dem Bereich häusliche Beziehungsgewalt arbeiten, einbezieht. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit noch im Dezember aufgenommen. Bereits am 21. Januar hat eine Anhörung von Expertinnen und Experten stattgefunden, die im Moment durch schriftliche Stellungnahmen der Beteiligten ergänzt wird.

Der Magistrat Bremerhaven hat beschlossen, auch ein solches Konzept zu erarbeiten, was mich sehr freut, und den dort existierenden runden Tisch „Gewalt gegen Frauen“ mit dieser Aufgabe zu betrauen. Frau Hoch, ich glaube, ob man es nun Interventionskommission oder wie auch immer nennt, der runde Tisch Bremerhaven zum Beispiel kann sich sehen lassen und bietet mindestens so viel wie der vergleichbare runde Tisch in Berlin. Wir haben uns da also, glaube ich, nicht zu verstecken.

Teilnehmende an diesem Arbeitskreis in Bremerhaven sind unter Federführung der dortigen ZGF die Polizei, die Staatsanwaltschaft, das Sozialamt, das Frauenhaus Bremerhaven, Pro Familia, das Gesundheitsamt und die evangelische Beratungsstelle. Ich bin der Meinung, wir haben da eine Menge angeschoben und sollten diesen Gremien jetzt angemessene Zeit für ihre Arbeit lassen, deren Berichte sorgfältig auswerten

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

und die Vorschläge der Expertinnen und Experten zu diesem Thema dann auch natürlich im Hinblick auf Konsequenzen prüfen.

Im Vorfeld dieser Aktivitäten zum Problembereich „Gewalt gegen Frauen“ ist von Bremen aus eine Briefmarke, das ist schon erwähnt worden, im Wert von 1,10 DM mit der Aufschrift „Keine Gewalt gegen Frauen“ initiiert worden, die ab dem 13. Januar 2000 jetzt im Handel ist. Wer sich schon einmal bemüht hat, sich schlau zu machen, was es bedeutet, eine Briefmarke zu bekommen, der weiß, wie schwierig das ist und wie viel Kreativität das verlangt. An

(C)

(D)

- (A) dieser Stelle deswegen der Dank an die Landesfrauenbeauftragte Frau Hauffe und ihre Mitarbeiterinnen!

(Beifall)

Ich habe nicht nur solch eine Briefmarke zur Hand, sondern ich kann darüber hinausgehen und Sie alle durchaus auffordern, als Ihren persönlichen Beitrag zur bremischen Kampagne alle Ihre persönliche und auch Ihre Geschäftspost mit dieser Marke zu versehen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zum Thema Wegweisungsrecht! Ich gehe davon aus, dass die bremische Arbeitsgruppe, die ich eben beschrieben habe, im Rahmen ihrer Arbeit auch prüfen wird, ob und inwieweit ein Wegweisungsrecht der Polizei nach österreichischem Vorbild sinnvoll ist und machbar erscheint. Ich gebe allerdings zu bedenken, dass es nach österreichischem Vorbild nicht allein genügt, die Männer aus der Wohnung zu verweisen, sondern dass damit auch ein verbindliches Beratungssystem verbunden sein muss für Täter und Opfer, dessen Inanspruchnahme staatlich zu kontrollieren ist. In jedem österreichischen Bundesland gibt es eine zentrale Interventionsstelle, die alle Fälle von häuslicher Beziehungsgewalt registriert und darauf achtet, dass die notwendigen Maßnahmen auch umgesetzt werden.

(B)

Dieses System fehlt in der Bundesrepublik. Deswegen sind aus meiner Sicht alle Gesetzgebungsentscheidungen sorgfältig abzuwägen und die Rahmenbedingungen genau zu prüfen. Als kleines Beispiel vielleicht das Thema Datenschutz: Bei uns kann die Polizei nicht einmal eben ein Fax irgendwo hinschicken und sagen, wir haben da etwas, und kümmert euch einmal darum. Wir alle wollen den Datenschutz, wir finden ihn richtig und wichtig. Wir müssen da noch eine Menge Probleme lösen, weil es nicht schlicht mit einer Regelung eines Wegweisungsrechtes getan ist.

Die uns jetzt unterstellte Diskussion, wir würden das Wegweisungsrecht nutzen wollen, um Schutzeinrichtungen für Frauen zu schließen, zum Beispiel die Frauenhäuser, oder um Beratungseinrichtungen einzusparen, ist völlig unsinnig und schadet uns in der Sache.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde deshalb auch darum bitten, nach dem, was ich vorher gesagt habe über das, was ich im Zusammenhang mit Wegweisungsrecht an Rahmenbedingungen für erforderlich halte, dieser Unterstellung dann in Zukunft, wo sie denn gemacht wird, entgegenzutreten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Bundesjustizministerium beabsichtigt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die erleichterte Zuweisung der gemeinsamen Wohnung an das Opfer durch die Familiengerichte geregelt werden soll. Wenn dieser Entwurf vorliegt, und das wird in Kürze der Fall sein, dann können wir auch in Bremen noch genauer absehen, wie weit Regelungen auf Bundesebene getroffen werden und was wir zur Verbesserung der Situation von Frauen in Bremen noch regeln müssen. Ich möchte allerdings bereits der Deutlichkeit und Redlichkeit halber darauf hinweisen, dass das Wohnungszuweisungsverfahren nicht mit einem direkten Wegweisungsrecht identisch ist. Das Wegweisungsrecht geht darüber hinaus.

(C)

Dem Senat und mir insbesondere ist es ein großes Anliegen, alles zum Schutz der Opfer zu tun, was notwendig ist, und die Täter entsprechend zur Verantwortung zu ziehen, ihnen aber auch Möglichkeiten zu geben, sich von ihren Gewaltmustern zu entfernen. Ich bitte deshalb, den Bericht der Arbeitsgruppe bestehend aus Expertinnen und Experten abzuwarten, vielleicht liegen bis dahin schon die Entscheidungen der Bundesregierung vor, und dass wir uns dann mit dem Thema erneut befassen und über konkrete Konsequenzen reden. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(D)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/154 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/181 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, bevor ich Sie in die Mittagspause entlasse und die Sitzung unterbreche, möchte ich darauf hinweisen, dass wir um 14.30 Uhr mit der dritten Lesung der Änderung der Landesverfassung Bremen fortfahren.

Ich bitte um pünktliches Erscheinen. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.00 Uhr)

★

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 14.32 Uhr.

(B) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, ich darf die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) eröffnen.

Zuerst darf ich eine Gruppe von Lesern des „Weser-Kurier“ als Gäste auf den Rängen ganz herzlich begrüßen.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Mir ist gesagt worden, dass Sie ausgesucht worden sind und unsere Arbeit und unsere Diskussionen hier kritisch betrachten werden. Weitere Auskünfte kann ich nicht geben.

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

3. Lesung

Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes

2. Lesung

Antrag des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung vom 19. November 1999 (Drucksache 15/117)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Januar 2000 (Drucksache 15/172)
1. Lesung

(C)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, ihm beigeordnet Staatsrat Mäurer.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer achten Sitzung am 16. Dezember 1999 das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in zweiter Lesung und das Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen jetzt zur dritten Lesung des Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, gleichzeitig zur zweiten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Senatsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes und zur ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich dränge mich ja sonst nicht in Debatten, sondern warte immer, dass Sie alle Ihre Debattenbeiträge abgearbeitet haben, aber diesmal will ich mich zu Beginn entschuldigen. Beim letzten Mal bei der zweiten Lesung ist der Eindruck entstanden, als ob ich überhaupt kein Interesse an dieser, im Wesentlichen auch von mir angeregten Verfassungsänderung habe.

(D)

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Am Parlament vor allem nicht!)

Besonders mein Freund Horst Isola hat den Eindruck erweckt, als ob er nicht gebührend in dieser Debatte respektiert wird.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Parlament!)

Das genaue Gegenteil ist meine Absicht. Ich habe mich bei ihm persönlich entschuldigt. Er nimmt das auch so, weil wir uns schon gut kennen, aber die anderen sollen das auch wissen!

Nichts liegt mir ferner, als dass ich vor Ihnen ausreiße, und schon gar nicht in dieser Frage. Es ging bei Ihren beiden Sitzungstagen darum: An dem einen Tag war Vermittlungsausschuss, ich habe da 17 Stunden verhandelt. Ich wäre lieber bei Ihnen gewesen, dann wäre ich eher ins Bett gekommen. Das Schöne an dieser Vermittlungsausschusssitzung ist

(A) gewesen, dass wir uns zum Schluss geeinigt haben. Das war für die Bundesrepublik eine wichtige Entscheidung, und meine Rolle war da aktiv.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Eben, sage ich ja, Herr Scherf!)

Ja, aber jetzt müssen Sie sich doch sortieren, lieber Herr Kuhn! Sie können doch nicht sagen, wir kritisieren ihn, weil er nicht in der Bürgerschaft ist, sondern weil er im Vermittlungsausschuss ist!

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Habe ich nicht gemacht!)

Jetzt will ich einen Weg finden, dass wieder jemand in den Vermittlungsausschuss kommt, der nicht ständig in der Bürgerschaft sein muss. Ich bin fest davon überzeugt gewesen, dass ich einen plausiblen Entschuldigungsgrund hatte. Es wäre ein Fehler gewesen, wenn ich da geschwänzt hätte.

Am zweiten Tag war Ministerpräsidentenkonferenz, deren Vorsitzender ich im Augenblick bin. Da kann ich auch nicht weg. Ich kann doch den anderen nicht sagen, das Bremer Parlament lässt es nicht zu. Das geht nicht! Die würden alle denken, wir hätten hier eine Regierungskrise, und das genaue Gegenteil ist die Wahrheit. Wir haben keine Regierungskrise, sondern wir vertragen uns außerordentlich gut.

(B) (Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich sehe das jedenfalls so. Ich stehe auch dazu und sage das auch überall! Nun müssen wir uns einfach verständigen. Arbeitsteilig vorzugehen ist eigentlich in einem so überschaubaren Gemeinwesen wie der Freien Hansestadt Bremen gar nichts Unmögliches und auch gar nichts Ungehöriges.

Die Frage ist, ob wir dazu den Senat erweitern müssen. Das ist, glaube ich, Hermann Kuhns Vorschlag. Der will Geld ausgeben. Nett, dass er als Oppositioneller einen von uns mit Staatsrat und mit Apparat und so weiter noch zusätzlich mit auf die Staatskasse bringt. Ich werde ihn immer wieder daran erinnern, denn wir wollen doch alle sparen. Es muss also ein Weg gefunden werden, ohne dass wir Geld ausgeben, im Gegenteil, wir wollen Geld sparen, lieber Herr Dr. Kuhn. Hier wird Geld gespart! Wir werden nämlich mindestens 35.000 DM Reisekosten im Jahr nicht mehr aus dem Bremer Landeshaushalt bezahlen, sondern sie werden aus dem Haushalt des Bundesrats gezahlt werden. Das ist Ihnen egal. 35.000 DM sind mir nicht egal!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es ist eine Sparversion und keine Idee, Geld auszugeben.

Auf der anderen Seite müssen wir einen Weg finden, wie wir die Rolle, die dieses Land Gott sei Dank in der Bundesrepublik hat, optimal ausnutzen. Man muss, ich finde auch als Opposition kann man das machen, feststellen, dass sich die Bremer im bundespolitischen Spektrum von einem anstrengenden Außenseiter zu einem Konsensbildner gewandelt haben.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Seit Freitag ist das besonders deutlich!)

Ja, dass Sie keine Ahnung davon haben, das wusste ich ja schon ziemlich lange.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie haben doch niemals versucht, den Konsens zu organisieren, lieber Herr Zachau! Ich bin nun Gott sei Dank dabei, und es gelingt mir ständig.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Koalition ist groß genug!)

Ihr Grünen müsst euren Wählern das klarmachen, nicht der CDU und der SPD. Bisher haben die das nicht begriffen, um das einmal klar zu sagen, dass die Rolle der Grünen hier zu schwach ist, sondern genau im Gegenteil.

Sie wollen, wenn ich das richtig sehe, dass wir aus einer starken, auf Konsens angelegten bremischen Position jede Möglichkeit nutzen, um auf der Bundesebene Konsense zu schaffen. Das ist eine wichtige, zentrale Aufgabe, die übrigens auch, wenn man sie schafft, eine zusätzliche inhaltliche Begründung für die Selbständigkeit dieses Landes ist. Wir wollen ja nicht den anderen auf die Nerven gehen, sondern wir wollen immer wieder neu belegen, dass es Charme hat, dass diese Freie Hansestadt als Land auf der Bundesebene agiert, arbeitet, argumentiert, präsent ist. Das ist auch der Grund, warum wir diese Vertretung gebaut haben. Die haben wir doch nicht gebaut, damit ein Architekt viel Geld verdient, sondern damit wir dort präsent sind, und zwar täglich präsent sind.

Ich komme gerade aus Brüssel. Das Gebäude, das wir in der letzten Legislaturperiode gekauft haben, ist genau richtig platziert. Es ist eine Einladung für die Übrigen, die in Brüssel mit uns die Brüsseler Kommission, das Europäische Parlament angehen wollen. Darum muss es zu einer Verstärkung kommen, ohne dass die Kosten im Haushalt zu Lasten — jetzt will ich nicht polemisch werden — aller möglichen anderen gehen, und darum war diese Idee mit unserem Bevollmächtigten richtig. Nun haben wir auch noch Glück, weil wir so brave Koalitionäre sind, und heben zwei Funktionen heraus. Das ist keine

(C)

(D)

(A) Schande, lieber Herr Kuhn, das ist Koalitionspolitik, dass man solch eine Sache ausbalanciert macht.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Nein, ich finde es gut, dass wir auf diese Weise zwei — —. Ja, schätzen Sie Ihren früheren Kollegen nicht? Das sagen Sie ihm bitte einmal direkt!

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grü-
nen]: Das ist wirklich eine Unverschämtheit!)

Ich finde es gut, dass wir zwei zusätzliche Akteure auf der Bundesebene haben, ohne einen zusätzlichen Apparat aufbauen zu müssen, ohne eine zusätzliche Finanzierung in die Hand nehmen zu müssen, sondern dass wir sie im Sinne dieser Verfassungsänderung aufwerten können, und das passiert. So ist das auch diskutiert worden bei allen anderen Ländern, so ist das auch im Bundesrat diskutiert worden. Die begreifen das als eine Verstärkung bremischer Präsenz auf der Bundesebene und auf der europäischen Ebene.

Jetzt noch ein verfassungsgeschichtlicher Rückgriff, damit Sie nicht den Eindruck haben, das ist so eine Laune! Es gab über die Jahrhunderte in Bremen immer Syndizi, die Mitglieder des Senats waren. Sie haben entscheidende Verhandlungen geführt, entscheidende Vertretungsaufgaben über Jahrhunderte wahrgenommen. Wieso ist es eine Schande, daran anzuknüpfen und eine solche Privilegierung, um auf der Bundesebene präsent zu sein, zu organisieren?

(B) Ein letzter Charme in dieser Sache, aber ich weiß gar nicht, ob ich das in der Bürgerschaft sagen soll! Wir bekommen durch diese Verfassungsänderung die Federführung auf der A-Seite im Bundesrat. Wir werden die Koordinierung übernehmen, allein durch die Verfassungsänderung, weil durch die Privilegierung unseres Bevollmächtigten wir ihn an den übrigen A-Ländervertretern vorbeiziehen. Ich hoffe, dass das gleiche Herrn Metz gelingt. Stellen Sie sich einmal vor, wenn es gelingt, dass unsere beiden Vertreter die A- und die B-Seite auf der Bundesratsseite koordinieren! Das ist die beste Arbeitsgangssituation, die wir uns für die zukünftigen schwierigen Konsensprozesse in der Bundesrepublik denken können. Also, mir geht es nur und ausschließlich und allein darum, in der Sache stärker zu werden und den Haushalt zu schützen.

Ich danke Ihnen für die konstruktiven Beratungen, die Sie gemacht haben. Ich danke Ihnen dafür, dass das hoffentlich heute in dritter Lesung beschlossen wird. Wenn die Grünen mehr Geld ausgeben, müssen wir sie ärgern und anderen das sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn. (C)

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Erstes vorweg: Ich habe es nicht nötig, mir von irgendjemandem, von wem auch immer, sei es der erste Bürgermeister der Stadt, sagen zu lassen, ich würde irgendeinen früheren Präsidenten dieser Bürgerschaft schätzen oder nicht schätzen. Ich weise das zurück!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist nicht Ihre Aufgabe, zumal es nicht den Tatsachen entspricht. Es ist einfach eine Frechheit, die Sie hier hineinbringen, die sich nicht gehört!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe in der letzten Sitzung im Dezember nicht kritisiert, dass Sie nicht anwesend waren, Herr Dr. Scherf. Ich habe das nicht gemacht. Das hat Herr Isola gemacht, ich habe kritisiert, dass diese beiden Fraktionen, obwohl Sie aus guten Gründen nicht anwesend waren, aus guten Gründen, die ich kannte und die ich auch respektiere, dennoch die zweite Lesung gemacht haben. Das habe ich kritisiert und nichts anderes, um das festzuhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Glocke) (D)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Isola?

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, gern!

Präsident Weber: Bitte, Herr Isola!

Abg. **Isola** (SPD): Herr Kollege Kuhn, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich laut Protokollauszug aus der letzten Sitzung zu Beginn Folgendes gesagt habe — ich zitiere —: „Es sei denn, es liegen triftige Entschuldigungen vor. Wir haben gehört, der Präsident des Senats als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz ist heute entschuldigt. Das ist korrekt.“

Das war das Zitat, das ist offenbar auch nicht bis zum Bürgermeister vorgedrungen, deswegen habe ich auch vorhin seinen Beitrag dazu nicht ganz verstanden. Niemand hat hier die Abwesenheit von Herrn Scherf kritisiert, es ging um einen ganz anderen Punkt, dass sich nämlich niemand aus dem Senat imstande sah, diesen Gesetzentwurf zu begründen. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

(A) Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr freundlich, dass Sie mir beige-sprungen sind, Herr Kollege! Das wäre der nächste Punkt gewesen. In der Tat, wir haben erstens kritisiert, dass Sie das trotzdem durchgezogen haben, und Sie haben kritisiert, dass sich der Senat nicht genötigt sah, dass ihn überhaupt jemanden vertritt. Es ist völlig richtig, was Sie sagen.

Jetzt haben Sie doch tatsächlich dieses Argument mit dem Geld gebracht, und da bin ich nun wirklich verblüfft.

(Bürgermeister **Dr. Scherf**: Das habe ich aufgegriffen!)

Ich habe meine Rede jetzt nicht da, aber ich habe schon in der letzten Sitzung dem Haus vorgerechnet, wie das mit den Senatoren und den Staatsräten ist. Ich bin, ich weiß da nicht so ganz genau Bescheid, auf eine Summe von 20.000 DM gekommen, und dann darf ich Ihnen einmal vortragen, was der Kollege Teiser hier im Haus dazu gesagt hat. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Ich halte auch nichts davon,“ – sagte Herr Teiser – „den Punkt der Einsparung, da gebe ich Ihnen recht,“ – also mir – „irgendwo auch nur ansatzweise in den Vordergrund zu rücken,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) weil, wer sagt, dass wir diese Verfassungsänderung aus Einspargründen machen, glaube ich, das Thema verfehlt.“ So ist es, Herr Bürgermeister, in der Tat!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da hat der Kollege Teiser einmal Recht!

Wer diese Verfassungsänderung, die so tief in die Tradition bremischer Verfassung eingreift, ernsthaft mit 30.000 oder 35.000 DM begründen will, da fehlen mir ehrlich gesagt die Worte!

(Abg. **Teiser** [CDU]: Das hat Herr Scherf nicht gesagt! — Bürgermeister **Dr. Scherf**: Als Antwort auf Ihren Vorwurf, dass das zu teuer wird!)

Herr Dr. Scherf, ich habe nicht vorgeworfen, dass das zu teuer wird! Ich habe gar nicht von Geld geredet. Ich habe nur gesagt, es ist unsinnig, über eine Einsparung zu reden. Die einzige Summe, die Sie gebracht haben, war vorhin 35.000 DM, und Sie wollen ja offensichtlich irgendwie erklären, die Grünen wollten Geld ausgeben. Ich sage Ihnen, in der Tat, wenn es darum geht, die Verfassung zu schützen und vernünftige Prinzipien aufrecht zu erhalten, dann bin ich allerdings dafür, möglicherweise

auch 35.000 DM im Jahr auszugeben, allerdings! Ich glaube, das ist nicht zu viel Geld für die Bewahrung unserer Verfassung, wenn sie an diesem Punkt vernünftig ist. Ich hoffe, Sie nehmen auch zurück, dass Sie aus diesem Grund die Verfassung ändern wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn überhaupt, dann haben Sie damit argumentiert, dass der Senat schlagkräftig vertreten wird. Das war mein Zuruf. In der Tat, es war ja gut, dass Sie in Berlin beim Vermittlungsausschuss waren, das ist doch gerade das, was ich sage. Der frühere Präsident des Rechnungshofs, Herr Meyer-Arndt, hat Ihnen einen Brief geschrieben. Er hat darin unter anderem völlig zu Recht darauf hingewiesen, wie die Länderchefs, die sich durch Staatssekretäre vertreten lassen können, es gibt ja Länder, die sich vertreten lassen können, das wirklich handhaben. In den Jahren 1997 und 1998, das hat er herausgefunden, haben sich Bayern und Sachsen nicht einmal durch den Staatssekretär, der es machen könnte, vertreten lassen, und Baden-Württemberg hat sich von zweiunddreißigmal dreimal vertreten lassen.

Meine Damen und Herren, so handeln Länder, die etwas im Bundesrat vorhaben. Meine Frage ist: Was haben Sie vor? Warum muss sich denn ausgerechnet Bremen in der jetzigen Situation von einem Nicht-Senator vertreten lassen? Ernsthaft wegen 35.000 DM Reisekosten, die dann nicht wir, sondern der Bundesrat bezahlt? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Dafür wollen Sie die bremische Verfassungstradition brechen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Teiser hat auch in einem anderen Punkt dankenswerter Weise klar gesagt, worum es geht, im Kern, hat er gesagt, um den Proporz zwischen SPD und CDU. Das ist der Kern der Sache. Sie haben das ja noch einmal lobend hervorgehoben, sozusagen als gutes Management. Ich sage Ihnen nur, es gibt viele Bereiche, in denen Koalitionen gut arbeiten können, das gut managen können, dazu gehört selbstverständlich auch die Verteilung von Macht, Posten und Einfluss. Das ist so in der Politik, so lange sie demokratisch legitimiert und kontrolliert wird. Ich sage bloß, dazu gehört nicht der Bereich der Verfassung im Innersten und im Kollegialprinzip des Senats. Das steht für Proporzabwägungen und -gedanken nicht zur Verfügung. Das ist außen vor, das ist unsere Meinung. Ich kann nicht verstehen, dass Sie wirklich glauben, dass Sie die Öffentlichkeit irgendwie mit Geldfragen beeindrucken können, wenn Sie jetzt gegenüber der vorherigen Legislaturperiode einen Senator weniger und dafür einen Staatsrat mehr haben.

Wir bieten Ihnen einen ganz einfachen und klaren Ausweg aus dieser Situation an, nämlich unsere

(C)

(D)

(A) Gesetzesänderung zur Änderung des Gesetzes über die Zahl der Mitglieder des Senats. Wir sagen, erhöhen Sie die Zahl von sieben auf acht, dann sparen Sie auf der anderen Seite einen Staatsrat, die Kosten sind in Wahrheit faktisch gleich. Sie lösen das Problem, das Sie haben, dann möglicherweise auf andere Weise. Dass Sie auch noch hervorheben, dass es gerecht sei zwischen den Koalitionsfraktionen, ich muss ehrlich sagen, das finde ich umgekehrt, wie auch die ganze Diskussion Herrn Bettermann ja nicht nützt, sondern bedauerlicherweise sehr schaden wird, und dass der frühere Präsident der Bremischen Bürgerschaft diese Diskussion um Staatsräte de luxe auch noch mitmachen muss, das tut mir ehrlich gesagt eher ein bisschen leid für ihn.

(Bürgermeister Dr. Scherf: Erst greift er sie an, dann entschuldigt er sich! Sie sind ja scheinheilig!)

Nein, ich bin nicht scheinheilig! Herr Dr. Scherf, ich schätze Herrn Metz, und ich bedaure es, dass er durch diese Diskussion über die Staatsräte de luxe in seiner politischen Laufbahn auf so eine Art und Weise ins Gerede kommt. Das bedaure ich in der Tat! Das hätte er nicht nötig!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Zuruf von Bürgermeister Dr. Scherf)

(B) Sie können sich ja gleich noch einmal zu Wort melden. Es ist ja schön, dass Sie einmal wirklich hier sind und mit dem Haus diskutieren. Dafür kann man ja schon dankbar sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage Ihnen gleichzeitig, machen Sie, wenn Sie einen Senator mehr bestimmen, mehr wählen, Herrn Bettermann dazu, in den Funktionen, die er jetzt hat, machen Sie in gleichzeitig auch zum Justizsenator, dann haben wir endlich auch einen Justizsenator, der im Senat unabhängig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich habe in der letzten Debatte schon gesagt, Sie missbrauchen Ihre übergroße Mehrheit, die Sie hier haben. Ich sehe ja, wer jetzt hier nicht da ist, ich will die Namen nicht nennen, denn die Kollegen wissen es ja selbst, wer aus welchen Gründen heute nicht kommt, weil er es nicht mitmacht.

(Zuruf des Abg. Teiser [CDU])

Natürlich sind einige krank, deswegen differenziere ich ja nicht, ich nenne keine Namen, ich weiß

aber, wer es ist. Ich sage Ihnen nur, es ist ja eine Situation, es können 20 Leute — —. (C)

(Abg. Pflugradt [CDU]: Das ist scheinheilig, wenn Sie hier so etwas andeuten!)

Was ist denn los? Ich weiß doch, dass Herr Dr. Lutz nicht hier ist, weil er das nicht mitmacht. Das ist doch kein Geheimnis, das wissen Sie doch so gut wie ich!

(Abg. Pflugradt [CDU]: Ja, dann nennen Sie doch weitere Namen!)

Ich sage ja nur, dass 20 Leute fehlen können, und Sie haben immer noch eine Mehrheit.

(Abg. Herderhorst [CDU]: Das hat die Bevölkerung so gewollt!)

Nein, ich rede davon, dass man Mehrheiten hat — wissen Sie, Herr Herderhorst, das ist nicht der Punkt —, ich rede davon, dass Sie mit der Begründung die große Koalition fortgesetzt haben, und nur mit der Begründung, auch öffentlich von den Parteivorsitzenden, dass es darum ginge, eine Ausnahmesituation, die Sanierung Bremens zu bewältigen. Das war überall in der Republik die einzige Begründung, die Sie gebracht haben, um eine so große Koalition zu bilden.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Die Wähler haben das gewollt!)

Die Wähler haben Parteien gewählt, und wie die sich einigen, darüber haben sie, wie Sie wissen, nichts ausgesagt! Ich erinnere Sie nur daran, dass Sie immer gesagt haben, wir machen das noch einmal vier Jahre, weil es um die Sanierung Bremens geht, und ich frage Sie, was diese Verfassungsänderung mit der Sanierung Bremens zu tun hat!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie diese Mehrheiten dafür brauchen, dann sage ich, dass Sie das missbrauchen.

Ich sage noch einmal, ich habe in der ersten Debatte, in der zweiten Debatte und in der heutigen dritten Debatte keine Abgeordnete und keinen Abgeordneten gehört, die diese Verfassungsänderung wollen, unterstützt und öffentlich dafür eintreten. Ich appelliere noch einmal an Sie, Ihren eigenen Kopf zu gebrauchen.

Herr Bürgermeister, und wenn Sie heute schon einmal hier sind, dann würde ich Sie um Folgendes bitten, dass Sie vielleicht doch noch ein Wort oder zwei Sätze zu der Debatte von heute Vormittag sagen, an der Sie nicht teilnehmen konnten, das weiß ich. Wir haben hier öffentlich den Bürgermeister, Ih-

(D)

(A) ren Kollegen Herrn Perschau, aufgefordert, klar zu sagen, ob er auch der Meinung ist, dass Ehrenwort über Verfassung und Gesetz geht. Herr Perschau hat sich hier nicht geäußert. Ich möchte Sie fragen — —.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Was hat das damit zu tun?)

Ich rede dazu, was ich heute Vormittag nicht sagen konnte. Er war heute Vormittag nicht da, das muss ich akzeptieren!

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Dr. Kuhn, wir beraten jetzt den Tagesordnungspunkt 17, dritte Lesung, den behandeln wir jetzt. Dass Sie jetzt noch einmal den Tagesordnungspunkt von heute Morgen aufrufen möchten, gestatte ich nicht.

(Beifall bei der CDU — Zurufe)

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich rede von dem Punkt der Behandlung der Bürgerschaft durch den Senat, und dies hat sehr wohl etwas damit zu tun. Wenn sich der Senat in dieser Zusammensetzung nicht in der Lage sieht, hier richtig vertreten zu sein und auf Fragen der Bürgerschaft zu antworten, die ihm gestellt werden, dann hat das auch etwas mit der Zusammensetzung und der Größe des Senats zu tun.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Zuruf von Bürgermeister P e r s c h a u)

Jetzt ist es aber wirklich gut, Herr Perschau, wenn Sie mir in einem Zwischenruf des Senats absprechen, was ja ohnehin nicht üblich ist,

(Zurufe — Unruhe)

debattieren wir jetzt über Zwischenrufe mit dem Senat, Herr Präsident?

(Glocke)

Präsident Weber: Zur Geschäftsordnung hat sich der Abgeordnete Zachau gemeldet!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch das Wort, jetzt keine Meldung zur Geschäftsordnung, ich bin noch nicht fertig!

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Also, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich darauf geeinigt, dass der Abgeordnete Dr. Kuhn weiterredet!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, das ist keine Einigung, sondern es ist ganz einfach die Frage, wer das Wort hat. Das habe ich noch, und das führe ich auch zu Ende! Anschließend kann er sich zur Geschäftsordnung melden, und dann wird er wahrscheinlich auch das Wort erhalten.

(C)

Wir debattieren hier über die Frage der Verfassung des Senats, über die Frage, wie der Senat zum Parlament steht, und ich habe heute Vormittag eine Frage gestellt, auf die ich keine Antwort bekommen habe, das akzeptiere ich nicht, und deshalb wiederhole ich sie hier gegenüber dem Präsidenten des Senats. Das ist der einfache Vorgang.

Wenn Sie diese Verfassungsänderung beschließen, dann wird sich hier ein System etablieren, das sich mehr und mehr von der bremischen Verfassungstradition entfernt, und das ist der einzige Grund, warum wir dafür kämpfen, dass Sie das nicht tun. Verstehen Sie, ich habe nichts gegen Herrn Betermann, ich habe nichts gegen Herrn Metz. Wir kämpfen darum, dass Sie beim Kern der bremischen Verfassungstradition bleiben und sie nicht für irgendwelche koalitionstaktischen Erwägungen aufs Spiel setzen. Um mehr geht es nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

(D)

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Präsident!)

Sie halten Ihre Meldung zur Geschäftsordnung aufrecht? — Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Teiser, entschuldigen Sie bitte, auch wenn Sie schon aufgerufen worden sind! Sehr geehrter Herr Präsident, nach meiner Information und Kenntnis ist es absolut unüblich, dass von der Regierungsbank — und dann noch in dieser massiven Form — ständig beim Redner interveniert wird. Ich möchte Sie im Namen meiner Fraktion ausdrücklich darum bitten, dieses Verhalten künftig zu unterbinden! — Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Teiser.

Abg. **Teiser** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bedauerlicherweise hat die Debatte jetzt einen Verlauf genommen, Herr Kollege Kuhn, der eigentlich der Sache nicht angemessen ist.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Wir haben in der zweiten Lesung und auch in den Ausschussberatungen sehr sachlich diese Dinge, die im Zusammenhang stehen, diskutiert, und Sie wissen — Sie haben das vorhin auch zu Recht erwähnt —, dass wir dem, was der Senat in seiner Ursprungsfassung eigentlich begehrte, sehr kritisch gegenüberstanden und das auch abgeändert haben. Nach vielen Beratungen und Anhörungen sind wir dann in der letzten Debatte mehrheitlich zu einem Ergebnis gekommen. Insofern ist das, was Sie vorhin noch einmal eingeworfen haben, es gibt keinen Abgeordneten, der das vertritt und der dazu steht, falsch!

Wir sind zu einem Ergebnis gekommen, zu dem die Mehrheit der Abgeordneten dieses Hauses steht und das sie auch vertritt, indem wir zu einer Regelung gekommen sind, die in ihren Facetten so weit geht, dass wir diese Verfassungsänderung für annehmbar halten. Wir halten sie für vertretbar, und insbesondere Herr Bürgermeister Scherf hat hier eben auch noch einmal nachdrücklich die Hintergründe des Wunsches des Senats deutlich gemacht. Ich glaube, diese Wünsche waren nachvollziehbar.

Wenn Sie behaupten, der Bürgermeister hätte deutlich gemacht, dass es in erster Linie und im Vordergrund ausschließlich um Einsparungen ginge, dann haben Sie den Beitrag von Herrn Scherf willkürlich falsch interpretiert.

(Beifall bei der CDU)

(B) Auch ich habe in der letzten Bürgerschaftssitzung sehr deutlich gemacht, dass man diesen Punkt nicht an die erste Stelle, in den Vordergrund rücken darf. Ich glaube, ich brauche niemandem zu sagen, dass es ja absurd wäre zu erklären, wir ändern die Landesverfassung wegen des Betrages X, der sich bei 30.000 DM oder 35.000 DM einpendelt.

Wenn Sie aber, Herr Dr. Kuhn und die Grünen, mit dem Begriff Mehrkosten in die öffentliche Diskussion gehen, dann müssen Sie sich allerdings gefallen lassen, dass dann jemand nachrechnet und sagt, dass es letztendlich noch zu Einsparungen kommt, nur um in diesem Punkt dann die Gegenposition deutlich zu machen!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo haben wir denn über Mehrkosten geredet?)

Daraus dann aber zu machen, es wäre von uns oder von Herrn Scherf in den Vordergrund gerückt worden, ist falsch!

Was ich an Ihrem Beitrag überhaupt nicht verstanden habe, Herr Dr. Kuhn, ist der klägliche Versuch, die Debatte von heute Morgen aufleben zu lassen, indem Sie Herrn Scherf noch einmal auffordern, er möge jetzt Stellung zu Debattenpunkten nehmen, die längst abgehandelt sind. Sie müssen auch im Zu-

sammenhang mit der Debatte von heute Morgen zur Kenntnis nehmen, dass es Ihnen als einzelner Abgeordneter nicht zusteht, Sie können es verbal fordern, Sie haben aber keinerlei Recht dazu, zu verlangen, dass ein bestimmter Senator hier, weil Sie es persönlich wünschen, zu irgendetwas Stellung nimmt. Das ist nach der Geschäftsordnung so nicht vorgesehen. Wenn Sie sagen, es ist so, dann stellt sich die Frage, warum handeln Sie nicht danach und suchen sich andere Wege!

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Debatte, weil keine neuen Argumente von den Grünen gekommen sind, eigentlich nicht noch einmal in ihrer ganzen Breite zu führen. Ich glaube, dass durch den Beitrag von Herrn Scherf noch einmal sehr deutlich geworden ist, worum es geht. Es liegt in der Gestaltungsfreiheit, und ich glaube, Sie werden alles tun, nur nicht die Rechtmäßigkeit dieser Verfassungsänderung bezweifeln.

Wir haben letztes Mal schon festgestellt, es gibt im Prinzip nur einen einzigen Punkt, über den man reden kann, das ist das Kollegialprinzip, das Sie in Frage gestellt sehen. Wir haben seinerzeit gesagt, dass diese Änderung der Landesverfassung selbstverständlich das Kollegialprinzip berührt, aber in einem Umfang, den wir für vertretbar halten. Insofern werden Sie Verständnis dafür haben, dass wir, nachdem Sie auch nichts Neues vorgetragen haben, dieser Gesetzesänderung und dieser Änderung der Landesverfassung zustimmen.

Vielleicht noch zum Abschluss einen Punkt! Herr Dr. Kuhn, Sie reden natürlich, wenn Sie darauf schimpfen, dass hier Rücksichten auf die Koalition genommen würden und wie unglaublich es sei, dass man bei der Gestaltung der Gesetze und der Verfassung auch Rücksichten auf Koalitionen nehmen müsse, an der Wahrheit vorbei, denn Sie wissen, dass das immer mit in den Begründungen und in den Ursachen liegt. Das zu bezweifeln wäre doch völlig absurd. Nur die Schlussfolgerungen, die Sie daraus ziehen, sind falsch.

Wenn Sie beantragen, den Senat auf acht zu erweitern, dann würde das, was gewollt wird, nämlich die Arbeitsmöglichkeiten des Senats in der Vertretung in Berlin zu verbessern, nicht erreicht. Gehen Sie einmal davon aus, dass es nicht so sein wird, dass Sie nach vier Jahren feststellen werden, dass Herr Scherf und Herr Perschau seitdem nie wieder in Berlin gewesen sind, nie wieder im Bundesrat gewesen sind, sondern dass bei wichtigen Fragen die Herren Bürgermeister Scherf und Perschau in Berlin anwesend sein werden.

Die Frage ist letztendlich oftmals nur, ob es bei Sitzungen, die 15 Stunden dauern und bei denen die ersten anderthalb Stunden für Bremen sehr wichtig sind, die letzten zwölf Stunden aber nicht mehr

(C)

(D)

(A) so sehr wichtig, erforderlich ist, dass Herr Scherf oder Herr Perschau 14 Stunden im Bundesrat sitzen,

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt noch mehr Senatoren!)

um diesen Platz für Bremen zu besetzen. Da können dann auch die Staatsräte sehr wohl ihre Aufgabe wahrnehmen. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich entschuldige mich für die Zwischenrufe! Herr Dr. Kuhn hat uns direkt angesprochen, und da haben wir beide gemeint, wir dürften ausnahmsweise einmal direkt antworten. Das gehört sich nicht, ich weiß, aber vielleicht ist das ja auch gar nicht schlecht, wenn wir Temperament zeigen.

Herr Dr. Kuhn, ich glaube, Sie haben so etwas wie ein Novum in der deutschen Verfassungsgeschichte versucht, dass Sie als Opposition meinen, Sie hätten ein Mandat dafür, die Zahl der Senatsmitglieder und dann auch noch die Besetzung zu entscheiden. Das haben Sie eben gemacht. Sie haben gesagt, wir schlagen ihnen vor, das zu erweitern, und wir wählen Bettermann. Das ist, ich habe das ja studiert, in der Verfassungsgeschichte und in der Verfassungspolitik und -wirklichkeit ohne Beispiel. Ich weiß gar nicht, wer Ihnen das zugetragen hat. Das muss Ihr dichterisches Talent gewesen sein, das Sie auf diese Idee gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist eine klassische Regierungsaufgabe. Wenn ich auch nur den Eindruck erwecken würde, ich müsste Herrn Dr. Kuhn fragen, wie wir unseren Senat zusammensetzen und zusammenschneiden, dann wäre ich von allen guten Geistern verlassen. Das ist und bleibt Regierungsaufgabe, und zwar klassisch. Da kann Karoline Linnert sagen, was sie will, das ist unsere Aufgabe, und wir haben das entschieden.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Senatsgesetz wird vom Parlament beschlossen!)

Herr Kuhn, jetzt bin ich an der Reihe! Nichts mit Zwischenrufen!

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, wir dürfen das!)

Ich muss doch einen Zwischenruf genehmigen!

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Präsident Weber: Herr Bürgermeister, darf ich fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Bürgermeister Dr. Scherf: Ich möchte jetzt erst einmal seine ersten Fragen beantworten! Wenn er dann noch Lust hat, kann er sich gern wieder melden!

Die Tatsache, dass ein Oppositionspolitiker meint, er hätte ein Mandat, die Zusammensetzung und Größe der Regierung zu bestimmen, ist ohne jedes Beispiel. Lieber Herr Dr. Kuhn, ich würde Ihnen gern einmal einen guten Beratungskurs anbieten, damit Sie so etwas nicht wiederholen.

Das Zweite mit dem Geld ist eine defensive Argumentation. Sie haben das öffentlich gemacht, ich habe das aus dem „Weser-Kurier“. Ich habe mich mit Direktzitataten aus dem „Weser-Kurier“, die Sie produziert haben, auseinandergesetzt. Dazu habe ich gesagt, sein Vorschlag ist teuer, unser Vorschlag ist kostenbewusst. Das ist wichtig. In einer Zeit, in der wir vorn und hinten und eigentlich überall kürzen, will ich von niemandem, auch nicht von der Opposition, nachgesagt bekommen, die organisieren ihre Arbeit auf Kosten des Steuerzahlers. Das genau ist nicht unsere Absicht.

Die dritte Sache begreife ich à la bonne heure auch nicht, dass der Vizepräsident dieser Bürgerschaft meint, er könne fröhlich über die Geschäftsordnung einen Tagesordnungspunkt, der abgeschlossen ist, an dem ich nicht teilgenommen habe, deren Debatteverlauf ich gar nicht kenne, einmal eben durch Zuruf wieder eröffnen und mich hier zitieren. Das hat überhaupt nichts mit Parlamentarismus und Geschäftsordnung zu tun. Wir müssen uns vor solchen Initiativen schützen, damit das ganz klar ist! Das ist eine Missachtung der Geschäftsordnung durch den Vizepräsidenten der Bürgerschaft.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Das kann ich nicht akzeptieren! Da mache ich nicht mit, Karoline Linnert! Da können Sie reden, was Sie wollen, wir halten uns an die Geschäftsordnung, und das ist auch gut so.

(Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich bin durch die Geschäftsordnung der Bürgerschaft geschützt, so dass nicht hier zu jedem beliebigen Tagesordnungspunkt einer kommen und sa-

(C)

(D)

(A) gen kann, ich greife einmal den Tagesordnungspunkt von heute Vormittag wieder auf, bei dem ich gar nicht anwesend war. Das geht nicht! Nein, Karoline Linnert, wenn das bei den Grünen geht, à la bonne heure! Seht zu, wie ihr eure Parteitage durchbekommt! Wir machen hier eine ordnungsgemäße Geschäftsführung, und damit findet das nicht statt, schon gar nicht mit mir.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD —
Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Klären Sie das mit Herrn Weber!)

Ich habe Parteitage der Grünen bisher nur über das Fernsehen verfolgt, aber dabei soll es auch bleiben. Das kommt dabei heraus, wenn man sich nicht an die Ordnung hält. Dann geht es durcheinander, und es weiß zum Schluss keiner mehr, wer an der Reihe ist, wozu gesprochen wird und wann ein Punkt in einer Sache ist. Das führen wir hier nicht ein! — Ich danke Ihnen für die Debatte!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Isola.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Das ist das Verständnis von Ge-
waltenteilung! Das ist ungeheuerlich! —
Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist Monarchie ganz unten!)

(B) Abg. **Isola** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass die Debatte einen so emotionalen Verlauf nehmen würde, habe ich nicht gedacht. Ich hatte an sich gehofft, der Bürgermeister begründet noch einmal diesen Gesetzentwurf, und dann ist die Sache klar. Es hat sich aber doch gezeigt, dass beide Beiträge noch einmal Anlass geben, etwas zu sagen.

Ich glaube, Herr Kuhn, wir müssen uns nicht darüber streiten, da hat der Bürgermeister nun einmal Recht, dass man die Tagesordnung nicht während einer Debatte verändern kann.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die
Grünen]: Aber das ist Sache des Präsi-
denten der Bürgerschaft! Da sind wir uns doch
einig!)

Der Tagesordnungspunkt ist heute Morgen abgehandelt worden, da bedarf es auch keiner Diskussion. Das ist nun so, da hat man Pech gehabt, oder man muss ihn wieder auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftssitzung setzen lassen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Im Übrigen darf ich Ihnen sagen, Sie verwechseln Zitierrecht mit dem Zwang, Sie reden zu lassen. Wir können als Bürgerschaft beschließen, dass der Senat hier erscheint, aber mehr nicht, dann kann er hier sitzen wie jetzt und schweigen. Das kann er natürlich machen. Was sollen wir denn machen? Wir können ihn ja nicht in Beugehaft nehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und
bei der CDU)

Ich meine jetzt in Bezug auf heute Morgen, er hat hier jetzt geredet. Weil sich jetzt verschiedene Verfassungsinterpretationen entwickeln, müssen wir das wieder hineinholen, Herr Vizepräsident, immer ein bisschen ruhiger, denke ich, dann kommen wir da auch klar!

Ich habe vorhin nicht so ganz verstanden, Herr Bürgermeister, wie hier in Bremen ein Senat entsteht. Also, wir als Parlament haben natürlich schon etwas damit zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist lange her, als der Senat sich selbst ergänzt hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D) Ich habe das einmal gelesen. Klatschen Sie nicht alle, aus der Zeit von 1854, das war die reaktionäre Verfassung, stammt immer noch unser Deputationsrecht, das die eigenen Abgeordneten verbissen verteidigen, nach dem ja kein Bericht der Deputation direkt in die Bürgerschaft gelangt. Aber nun muss ich aufpassen, das gehört hier auch nicht direkt zum Tagesordnungspunkt. Aber ich finde, es hat einen gewissen Charme, dass man in diesem Parlament das auch nicht so ganz streng nimmt, ein Zwischenruf belebt ja auch.

Es ist klar, der Senat wird von der Bürgerschaft gewählt, und die Bürgerschaft sind alle, egal, wer gerade zufällig in der Opposition ist oder regiert. Herr Dr. Kuhn, die Wähler nun zu kritisieren, dass das Wahlergebnis so ausgefallen ist, wie es ist, das sollte man auch nicht tun.

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das hat er doch gar nicht!)

Wir müssen uns auch nicht dafür entschuldigen, dass wir nun die stärkste Fraktion geworden sind, das ist die zweitstärkste mit Abstand. Wir haben immer gesagt, wir regieren zusammen weiter, darüber gab es auch kein Vertun.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Herr Scherf hat das gesagt!)

(A) Aber jetzt zur Verfassungsänderung selbst! Ich habe da ja auch das letzte Mal schon einen schwierigen Part gehabt, aber ich möchte es einmal allen Ernstes sagen: Die Position, die Sie vertreten, ist die, wir wollen die Tradition dieser Verfassung in diesem Bereich erhalten. Wie ist die innere Verfassung des Senats, Stichwort: Kollegialverfassung? Diese Position kann man vertreten, das heißt, man kann eine bewahrende, konservierende Position einnehmen.

Ich habe Ihnen, wenn Sie sich erinnern, das letzte Mal vorgetragen, dass in den Stadtstaaten, die ähnliche Strukturen haben, die Diskussion weitergegangen ist. Ich erinnere an das Stadtstaatengutachten! Aus diesem Gutachten haben vor vier, fünf Jahren die Stadtstaaten Hamburg und Berlin bezogen auf das Regierungsmodell Konsequenzen gezogen. Im Sinne einer Modernisierung der Verfassung hat der Erste Bürgermeister in Hamburg inzwischen die Richtlinienkompetenz, weil es durchaus Gründe gibt, einmal trefflich darüber zu diskutieren: Entspricht unser Senatsverfassungsmodell noch den Anforderungen an ein schnelles Reagieren und Regieren in den heutigen Zeiten? Dazu kann man unterschiedlicher Auffassung sein, das ist damals in dem Gutachten besprochen worden.

(B) Eine neuerliche Schrift, die hier im Parlament ausliegt, kritisiert sogar Bremen und sagt, ihr habt euch nicht richtig bewegt. Nun kann man allerdings sagen, was ihr jetzt macht, ist nur ein halber Schritt. Ihr führt ja nicht die Richtlinienkompetenz ein. An diesem Punkt muss man seine Kritik etwas differenzieren. Wir belassen es im Prinzip beim Kollegialprinzip, jeder Senator ist künftig weiterhin — übrigens auch die Staatsräte — gegenüber dem Parlament verantwortlich. Das soll ja überhaupt nicht geändert werden. Intern wird die Verfassung in diesem Punkt nicht angetastet. Wir organisieren die Delegation der Arbeit um. Professor Schefold hat uns im Ausschuss gesagt, das ist an sich vernünftig.

Wenn man den Senat verkleinert, das ist jetzt diese Voraussetzung, muss man natürlich die Arbeit, die dann vorhanden ist, anders verteilen. Die Lösung ist dann, diese an Staatsräte zu übertragen, natürlich nachvollziehbar und rechtlich übrigens völlig korrekt, darauf hat Herr Kollege Teiser noch einmal hingewiesen. Wir reden hier über eine verfassungspolitische, nicht über eine rechtliche Problematik.

Nun haben wir gesagt, wir werfen einmal einen Blick in andere Verfassungen, zum Beispiel in die von Baden-Württemberg und von Bayern, in denen es dieses Modell gibt. Wir haben dann nach der Abwägung gesagt, wir können es verantworten — rechtlich allemal, auch nach Beratung durch Professor Schefold, dieses Modell, das ja verschiedentlich im Laufe der Diskussion geändert worden ist, es ist ja immer besser geworden — und vertreten.

Es ist Ihr völliges Recht zu sagen, wir hätten sie lieber so gelassen. Aber im Zusammenhang mit der

Begründung, die auch der Präsident des Senats hier noch einmal gegeben hat, dass, der Name ist ja hier genannt worden, Herrn Bettermann, der faktisch die Rolle als Bevollmächtigter des Landes Bremen schon hat, jetzt auch das Stimmrecht im Vermittlungsausschuss und im Bundesrat gegeben wird, ist sie doch nicht völlig abwegig, im Gegenteil. Sie sagen das ja auch, aber Sie wollen den Weg über den achten Senator wählen.

(C)

Wir wählen diesen Weg, weil er zulässig ist, weil er schon Vorbilder in der Bundesrepublik hat und weil er, aber das kommt zum Schluss, sicherlich auch kostengünstiger ist. Deswegen wird unsere Fraktion und auch die Koalition dieser Verfassungsänderung in der dritten Lesung zustimmen. — Danke schön!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Dr. Scherf, Hochmut kommt meistens vor dem Fall! Wenn Sie glauben, mir einen Grundkurs in Verfassungsrecht anbieten zu können, dann darf ich Sie darauf hinweisen, die Größe des Senats, die Zahl der Mitglieder des Senats bestimmt nicht der Senat, sondern das bestimmt dieses Haus. Wenn Sie jetzt die Opposition von der Bestimmung dieser Zahl ausschließen wollen, dann darf ich darauf hinweisen, dass dies von unserer Verfassung nicht gedeckt ist.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Recht, hier zu diskutieren und Vorschläge zu machen, wie groß der Senat ist, das müssen Sie diesem Haus und in diesem Haus auch der Opposition wohl zugestehen. Da haben Sie nun mächtig danebengeht!

Mein Redebeitrag, wenn ich sage, wenn Sie dann Herrn Bettermann wählen, dann ist das in Ordnung, weil er es ohnehin macht, war nun wirklich nicht so gemeint, dass ich Ihnen jetzt in Ihr Geschäft hineinreden wollte. Ich wollte Ihnen nur zeigen, dass es für die Lösung des sachlich vielleicht vorhandenen von Ihnen gedachten Problems sinnvoll sein kann, auch an diese Person zu denken, aber dass dieses Haus hier darüber entscheidet, und dass die Verfassungsänderung oder aber die Vergrößerung des Senats eine reale Alternative ist, das bestreitet keiner, schon keiner hier von den Parlamentariern. Das zum Ersten!

Sie haben in Ihrem Beitrag noch einmal darauf hingewiesen, dass die Frage des Geldes für Sie das Wesentliche ist. Ich sage noch einmal mit dem Kollegen Teiser, das kann es einfach nicht sein!

(Zurufe von der CDU)

(A) Na ja, er hat mehrfach darauf hingewiesen, wir werden allen Leuten draußen erzählen, die Grünen wollen das teurer machen. Ja, da sage ich Ihnen noch einmal, und dazu stehen wir auch, wenn es die verfassungsmäßig bessere Lösung ist, dann sind wir bereit, auch dafür ein paar Zehntausend Mark auszugeben. So ist das! Ich glaube auch, dass es vernünftig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letztes Argument! Wenn ich mir ernsthaft überlege, dass Sie die Änderung der bremischen Verfassung damit begründen, dass vielleicht Bremen für eine Zeit lang die Koordination der A-Länder bekommt, also eine rein parteiinterne Fragestellung der SPD, wer die Koordination innerhalb der so genannten A-Länder auf Bundesebene macht, das geht doch ziemlich weit! Sie können auch sicher sein, dass die B-Länder, dass Baden-Württemberg und Bayern sich dies sicherlich nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Bürgermeister D r . S c h e r f : Das werden die Sie nicht fragen, da bin ich sicher!)

Ja, da bin ich auch sicher, dass sie mich nicht fragen werden, ich bin aber sicher, dass die Ansicht, aus diesem Grund die Verfassung in Bremen zu ändern, im Bundesgebiet kein Wohlwollen, keine Hochachtung, sondern nur ein Stirnrunzeln, das ist noch gering gesagt, ernten wird. Die dafür genannten Gründe sind eher im Laufe der Debatte schlimmer geworden.

(B)

Wir lehnen diese Verfassungsänderung ab. Ich sage noch einmal, wir können entweder gemeinsam die Verfassung ändern, Sie können es auch gegen uns machen, wenn es um politische Sachfragen geht, ist das alles in Ordnung, aber wenn es um reine Organisationsfragen geht und Kalkül innerhalb einer Koalition, dann lassen Sie die Hände weg von der Verfassung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats in erster Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats, Drucksache 15/172, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab.

Damit unterbleibt gemäß Paragraph 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Bevor wir zur Abstimmung über das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen in dritter Lesung kommen, möchte ich noch auf Folgendes hinweisen: Gemäß Artikel 125 Absatz 3 der Landesverfassung kommt ein Beschluss auf Änderung der Verfassung außer durch Volksentscheid nur zustande, wenn die Bürgerschaft mit der Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder zustimmt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, Drucksache 15/117, in dritter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Jetzt lasse ich noch über das Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes in zweiter Lesung abstimmen.

Wer das Gesetz zur Änderung des Senatsgesetzes und des Bremischen Beamtengesetzes, Drucksache 15/117, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmenthaltungen?

(A) Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Damit wäre dieser Tagesordnungspunkt abgehandelt.

Bewertung des Lern-, Arbeits- und Sozialverhaltens von Schülerinnen und Schülern durch so genannte Kopfnoten

Große Anfrage der Fraktionen
der CDU und der SPD
vom 25. Oktober 1999
(Drucksache 15/89)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 23. November 1999

(Drucksache 15/122)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, dass Herr Senator Lemke das nicht tut.

(B) Meine Damen und Herren, auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Das ist der Fall.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die Bewertung des Lern-, Arbeits- und Sozialverhaltens in Zeugnissen reden, so sind wir der Auffassung, dass diese Begriffe mehr umfassen als die früher gebräuchlichen wie Fleiß, Betragen und Mitarbeit. Auch Fehlzeiten wurden früher penibel genau eingetragen.

Der Reformpädagogik der sechziger Jahre mit ihrem kritisch-emanzipatorischen Ansatz erschien diese Beurteilung als repressiv autoritär, und deshalb ließ man sie später weg. Heute werden, und wir begrüßen das ausdrücklich, deutlich wertende Aussagen über das Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten von Schülern zunehmend stärker aus dem Tabufeld der Bildungspolitik herausgenommen.

(Beifall bei der CDU)

Meinungsumfragen zu den Kopfnoten bestätigen das, meine Damen und Herren. Forsa stellt 62 Prozent Zustimmung zu Kopfnoten fest, der Landesverband Erziehung und Bildung in Nordrhein-Westfa-

len hat über 17.000 Eltern, Lehrer und Schüler befragt, Ergebnis fast 90 Prozent dafür. Drei von vier Ausbildungsbetrieben befürworten die Kopfnoten. Bei einer TED-Umfrage in Bremerhaven gab es zirka 90 Prozent Zustimmung.

Wir haben in Bremen seitens der CDU Anfang November 1999 ein Hearing dazu durchgeführt. Das Ergebnis war sehr aufschlussreich: Es reichte im Meinungsspektrum von möglichst schneller flächendeckender Einführung über sehr differenzierte Aussagen in Modellversuchen bis hin zur einzigen Ablehnung durch die GSV.

Ich darf in dem Zusammenhang erwähnen, dass die Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein und in Sachsen durchaus den Kopfnoten positiv gegenüberstehen und einer Beurteilung in den Zeugnissen zugestimmt haben. Auch der Berufsverband deutscher Psychologen hat sich Anfang Dezember für eine Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens ausgesprochen.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Bürger, eine Sekunde bitte! Ich stelle eine große Unruhe und Unaufmerksamkeit fest! Ich bitte, doch dem Redner zuzuhören und die Unterhaltung einzustellen!

Abg. **Bürger** (CDU): Insbesondere bei den Grünen!

(Abg. **Mützelburg** [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht wegen Ihres Beitrages!)

Danke schön! Dann hören Sie aber doch bitte zu, Herr Mützelburg!

Die von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft erhobene Forderung an die Bildungspolitik, an den Schulen Schlüsselqualifikationen zu vermitteln, und die Lehrpläne tragen dem zunehmend Rechnung, muss zur Konsequenz haben, dass diese erreichten oder auch nicht erreichten Qualifikationen dann auch beurteilt und testiert werden. Wenn Schule ihren Erziehungsauftrag ernst nimmt, muss sie auch die Möglichkeit haben, das Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten von Schülern durchgängig zu bewerten.

Erziehungswissenschaften und Fachdidaktiken haben der Schule eben diesen erweiterten Lern- und Leistungsbegriff näher gebracht. Oft sind diese Bewertungen in den Fachnoten verborgen. Der Senat stellt richtig fest, dass das ungerecht sei. Schüler haben ein Anrecht auf unvermischte Fachnoten. Ein schwacher Schüler kann durchaus durch eine zusätzliche Bewertung ermuntert werden, ein anderer Schüler muss auch einmal schriftlich durch ein Lob angesprochen werden. Warum soll nicht bei einem Schüler mit guten Noten auch gesagt werden dür-

(C)

(D)

(A) fen, dass er nur mit dem geringsten Einsatz arbeitet? Auch das könnte für einen zukünftigen Lehrherrn durchaus sehr aufschlussreich sein.

Neben dem unabdingbaren präsenten fachlichen Wissen und Können gewinnen zunehmend die Fähigkeit und Bereitschaft zu sozialer Kooperation und Kompetenz, zur Teamarbeit, Selbstdisziplin, Selbstständigkeit, Selbstverantwortung, Konfliktfähigkeit, zu konzentriertem und ausdauerndem Arbeitsverhalten an Bedeutung, meine Damen und Herren. Das Einfordern von Fachwissen, Grundfertigkeiten und Schlüsselqualifikationen muss Gegenstand von Gesprächen und Verständigung zwischen Schule, Politik und Wirtschaft sein. Die Beteiligten müssen sich gemeinsam auf bewährte Kategorien verständigen. Dieses Vorhaben des Senats begrüßen wir ausdrücklich!

Diese zusätzlichen Bewertungen, meine Damen und Herren, sollen kein Disziplinierungsinstrument darstellen, sondern Eltern und Schülern ergänzende Anhaltspunkte über Fortschritte der Persönlichkeitsentwicklung des Schülers geben. Deshalb sollte der Aussagewert dynamisch angelegt sein, so dass Veränderungen von einem zum nächsten Halbjahr erkennbar werden und bei der Lernberatung des Schülers auch genutzt werden können.

(B) Die ergänzende Bewertung, meine ich, meine Damen und Herren, muss zur Alltagskultur von Schule gehören, muss von der Schule auch akzeptiert werden, und die Schüler müssen ihr Verhalten auch darauf einstellen. Es ist zu beobachten, dass die Schüler dies auch zunehmend tun. Gerade gestern Abend gab es in „buten un binnen“ einen sehr interessanten Bericht von einem Schulzentrum, in dem probeweise Kopfnoten verteilt wurden. Da sagte ein Schüler etwa sinngemäß, man versuche, sich besser zu benehmen, wenn man das im Hinterkopf habe. Meine Damen und Herren, wenn wir das erreichen, dann, meine ich, sind wir einen großen Schritt im Sinne von Schülerinnen und Schülern vorangekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Senat schreibt, die Beurteilungen dienen so auch der Betonung des gemeinsamen Erziehungsauftrags von Schule und Elternhaus und einer darauf gerichteten Zusammenarbeit, meine Damen und Herren, so ist dem nichts hinzuzufügen. Wir unterstreichen das.

Der Senat macht in der Antwort deutlich, dass er die Debatte um Zusatzqualifikationen sehr ernst nimmt, gerade auch im Hinblick auf die Verantwortung gegenüber den Kindern und Jugendlichen und die Anforderungen der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeits- und Berufswelt. Deshalb hätte die CDU es begrüßt, wenn die Bewertung des Lern-, Ar-

beits- und Sozialverhaltens gleich flächendeckend eingeführt worden wäre. (C)

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Echt?)

Das wissen Sie ja, Frau Hövelmann, aber Sie und Ihre Fraktion waren dagegen!

Man hätte auf die geleistete Arbeit und Erfahrungen anderer Bundesländer zurückgreifen können, aber ebenso auf Erfahrungen einiger Schulen, die sich mit dieser Thematik seit geraumer Zeit auch auseinander setzen.

Wir haben uns jetzt auf zirka 30 Schulen geeinigt, die im Rahmen von Modellprojekten Erfahrungen sammeln und diese dann auch auswerten sollen. Ich bin ganz sicher, dass der Druck nachher so groß sein wird, dass man nicht mehr davon Abstand nehmen wird. Wir sind damit einverstanden, dass die Bewertungen der Zusatzqualifikationen als Anlage zum Zeugnis auf einem verpflichtenden Beiblatt als Bestandteil des Zeugnisses geführt werden.

Positiv hervorheben möchte ich, dass auch wieder die unentschuldigsten Fehltagelagen vermittelt werden und der Senat hierin sowohl eine positive erzieherische Wirkung als auch einen verbesserten Informationswert der Zeugnisse insbesondere gegenüber den Erziehungsberechtigten sieht. Ich füge hinzu, meine Damen und Herren, auch gegenüber den Ausbildungsbetrieben! (D)

Es ist erfreulich, dass die vorliegende CDU-Initiative, diese Große Anfrage, der sich die SPD dann angeschlossen hat, vom Senat und insbesondere vom Bildungssenator — vielleicht hört er auch einmal freundlicherweise zu — so positiv bewertet und beantwortet worden ist. Bei einigen Antworten, Herr Senator, ist durchaus ein Umdenken innerhalb der Behörde gegenüber der Vergangenheit zu beobachten. Das ist durchaus positiv.

(Beifall bei der CDU)

Einer Sorge möchte ich allerdings Ausdruck verleihen, meine Damen und Herren! Zirka 50 Prozent der Auszubildenden in bremischen Betrieben kommen aus Niedersachsen. Dort werden die Kopfnoten flächendeckend zum 1. August dieses Jahres eingeführt. Hoffentlich führt das nicht zur Benachteiligung der bremischen Schülerinnen und Schüler, die Ausbildungsplätze suchen und möglicherweise nicht finden, weil die niedersächsischen Zeugnisse für den einen oder anderen Lehrherrn beziehungsweise Ausbildungsbetrieb aufschlussreicher sein könnten als die bremischen, wenn ein Schüler oder eine Schülerin sich bewirbt ohne diese Beurteilung der Zusatzqualifikation.

Meine Damen und Herren, Herr Senator, bis zu Beginn des neuen Schuljahres, da waren wir uns einig, dass das auch an den 30 Schulen dann umge-

(A) setzt werden wird, gibt es noch eine Menge Arbeit zu erledigen. Ich hoffe, dass Sie und Ihre Behörde möglichst schnell an die Umsetzung gehen, dass es nicht zu Verzögerungen kommt ähnlich wie bei der verlässlichen Grundschule. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Kopfnote wird in allen Parteien und Bevölkerungsschichten kontrovers diskutiert. Das bestreiten wir nicht. Es gibt auch in Niedersachsen demnächst Beurteilungen der Schlüsselqualifikationen, allerdings sollten wir uns ein Bild machen und selbst darüber entscheiden, denn wir haben immer noch die Kulturhoheit.

(Beifall bei der SPD)

Den Begriff Kopfnote sollten wir hier in der Bürgerschaft einmal etwas genauer darstellen. Es wird nämlich sehr viel verwechselt. Was sind denn Kopfnote? Kopfnote gab es früher im Kopf des Zeugnisses. Da standen die Beurteilungen Mitarbeit, Fleiß, Ordnung und Betragen. Das war in den fünfziger und sechziger Jahren in Westdeutschland. In der ehemaligen DDR gab es diese Benotung bis zur Wende 1989. In den siebziger Jahren wurde diese Benotung bei uns abgeschafft. Seit dem Herbst wird in Sachsen diese Art der Benotung wieder verwandt. Man hofft, damit der gestiegenen Gewalt gegenüber den Lehrern wirkungsvoll begegnen zu können.

(B)

Wir als SPD-Fraktion in Bremen sehen diese knappe Art der Beurteilung allerdings sehr kritisch.

(Beifall bei der SPD)

Wir meinen, Kopfnote in der alten Form nähren Illusionen, denn sie lenken den Blick auf das Bewerten und weit weniger auf die Veränderung des Verhaltens. Sie informieren kaum, ermöglichen Willkür und gaukeln dem Lehrpersonal ein Disziplinierungsmittel vor.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, im Sinne einer europäischen Entwicklung ist es unserer Meinung nach sinnvoller, individualisierte Lernentwicklungsberichte zu verfassen. Diese Möglichkeiten nutzen in Bremen bereits Gesamtschulen und auch sehr viele Grundschulen.

(Beifall bei der SPD)

In modernen demokratischen Gesellschaften und im Interesse einer neuen betrieblichen Organisation

können aus unserer Sicht Teile der Schlüsselqualifikationen individuell beschrieben werden in der Hoffnung, dass die Schüler in ihrer weiteren Persönlichkeitsentwicklung gestärkt werden.

(C)

Was sind nun aber diese Schlüsselqualifikationen? Darüber sollten wir uns einmal klar werden, dieser Begriff taucht häufiger auf — auch auf dem Saarbrücker Bildungsparteitag der CDU —, aber er wird nie deutlich definiert. Es ist erstens die Fachkompetenz, die heute schon beurteilt wird, zweitens die Methodenkompetenz, das heißt selbständig planen, durchführen, kontrollieren, und drittens die so genannte Sozialkompetenz, das heißt Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Toleranz, Hilfsbereitschaft, Fähigkeit zur Selbsteinschätzung, Kreativität, Mitverantwortung und so weiter.

Diese Methoden- und Sozialkompetenzen werden bereits heute in den Fachnoten berücksichtigt. Weil aber diese Kompetenzen immer wichtiger werden, sind wir der Meinung, dass man sie getrennt beurteilen und sie als Gesprächsgrundlage zwischen Eltern, Lehrern und Schülern nutzen sollte, denn, meine Damen und Herren, Erziehung bedeutet Resonanz! Aufgrund dieser verbalisierten Berichte können Reaktionen in Form von positivem Ermuntern oder konstruktiver Kritik bei den am Erziehungsprozess Beteiligten geweckt werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Beurteilungsform verlangt allerdings moderne Lehr- und Lernformen, damit sich die genannten Fähigkeiten zielgenauer beurteilen lassen. Das heißt, der Unterricht muss vor allem handlungsorientiert und fächerübergreifend sein und jederzeit die Möglichkeit eines sinnvollen Methodenwechsels gewährleisten. Die Schule muss weg vom permanenten frontalen Belehren hin zum handlungsorientierten Lernen, denn Lernen benötigt immer wieder Nähe und Distanz zum Handeln. Es besteht aus laufendem Experimentieren, aus Umwegen und Fehlversuchen.

(D)

Die Zukunft benötigt keine Schüler mit dem Bewusstsein eines Dienstes nach Vorschrift und einer dauernden Anpassung, sondern Schüler, die vor allem selbständig im Team denken und handeln lernen.

(Beifall bei der SPD)

Als Fraktion begrüßen wir deshalb, dass der Senat einen Modellversuch über Beurteilungsmöglichkeiten in den Schlüsselqualifikationen an zirka 30 Schulen aller Stufen durchführen will. Wir erwarten aber hierzu eine wissenschaftliche Begleitung und die Einbeziehung der Erfahrungen aus den anderen Bundesländern.

Wir stellen aber noch zusätzliche Anforderungen, zum Beispiel die Beurteilung gegenüber den Betrie-

(A) ben! Die Beurteilung des Schulverhaltens ist immer etwas anderes als die Beurteilung des Arbeitsverhaltens im Betrieb. Von daher sollten die Beurteilungen nicht am Ende der Bewerbungsjahrgänge stattfinden, da die Arbeitgeber genug Möglichkeiten besitzen, das Verhalten des künftigen Auszubildenden zu testen, sei es durch das Anbieten von Praktika, durch Einstellungstests und -gespräche oder als dritten Punkt die dreimonatige Probezeit. Ich denke, das ist ausreichend, einen Schüler zu beurteilen.

Fehlzeitenanzeigen werden nicht benötigt, denn Fehlzeiten sollten umgehend angemahnt werden. Ich erwarte von der Schule, dass die Eltern umgehend informiert werden, wenn jemand fehlt. Dann muss man die Fehlzeiten nicht gesondert ausweisen.

(Beifall bei der SPD)

Auch an den Teilzeitberufsschulen, meine ich, sollten wir diese Beurteilung entfallen lassen, denn die Schüler werden permanent in ihrem Betrieb beurteilt. Das würde nur zusätzliche Arbeit erzeugen.

Auch sollte der Arbeitsaufwand für die Lehrkräfte ermittelt werden, damit die Beurteilungsform weiterhin individuell vonstatten gehen kann und nicht aus Zeitgründen Textbausteine verwendet werden. Es ist auch möglich, die Beurteilung in Rasterform durchzuführen.

(B) Doch nun eine kleine Bemerkung zum Schluss! Wir haben heute Morgen sehr viel über neue Werte und Werteverfall gehört. Falls jemand die Hoffnung hat, durch diese Kopfnoten in alter Form diese Werte neu zu definieren, dem kann ich nur sagen, der täuscht sich! Werte müssen nicht dauerhaft proklamiert werden, sondern von uns, den Erwachsenen, auch tatsächlich gelebt werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn wir dies beherrschen, dann sehe ich für die Zukunft und für das Wertebewusstsein unserer Jugend keine Probleme. — In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin etwas verunsichert, was den Beginn dieser Debatte angeht, weil mir gesagt worden ist, dass Radio Bremen seit heute Morgen meldet, dass es diese Debatte gibt und die Grünen gegen Kopfnoten seien. Ich kann mich überhaupt nicht daran erin-

nern, mich bisher überhaupt dazu geäußert zu haben.

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Es gibt ja noch andere Grüne!)

Das ist durchaus möglich, aber ich finde, dass es irgendwie auch typisch für die Situation ist. Diese Debatte wird ein bisschen nach dem Motto geführt: Die Antwort ist Ja, aber wie, bitte, lautet die Frage? Frei nach Woody Allen!

Es ist in dem Beitrag des Kollegen Brumma deutlich geworden, dass sich unter dem Begriff Kopfnote ganz verschiedene Strategien verstecken, und die Einigkeit der großen Koalition in dieser Frage, auch das konnte man den Redebeiträgen entnehmen, bezieht sich auf den Begriff Kopfnote, und alles das, was sich unterhalb dessen abspielt, ist kontrovers, wie etwas kontroverser eigentlich nicht sein kann.

(Abg. Frau **H ö v e l m a n n** [SPD]: Es ist ein Modellversuch!)

Aufgekommen ist diese Debatte in Sachsen, das wurde auch schon gesagt. Ich möchte, weil das ganz nett ist, noch einmal kurz darauf hinweisen, was dort als Kopfnote verstanden wird, nämlich Ordnung, Mitarbeit, Betragen und Fleiß. Dann ist in der Pressemitteilung, damit das nicht ganz so hoffnungslos erscheint, Folgendes gesagt, ich zitiere mit der Genehmigung des Präsidenten: „Vergeben werden die Ziffernnoten ‚Eins‘ bis ‚Fünf‘, die Note ‚Sechs‘ wird nicht erteilt, um dem Ziel einer ermutigenden, zur Besserung anhaltenden Erziehung gerecht zu werden.“

Ich glaube, das kennzeichnet es ganz gut. Wenn wir über den Begriff Kopfnoten reden, dann reden wir über Beurteilung von Schlüsselqualifikationen bis hin zur traditionellen Werteeziehung, was auch immer das heißt, also das, was früher in den Zeugnissen meiner Generation oben darüber stand mit dem Schwatzen, mehr Aufmerksamkeit und was das alles ist.

(Abg. **B e c k m e y e r** [SPD]: Allgemeine Beurteilung hieß das!)

Das stand jedenfalls im Kopf meines Zeugnisses. Wir können unsere Zeugnisse einmal austauschen, Herr Beckmeyer, wenn wir uns gegenseitig verpflichten, diese nicht an Dritte weiterzugeben!

Natürlich hat die Debatte einen sehr ernsten Hintergrund. Ich glaube, dass der Hintergrund deutlich ernster ist als nur der Wunsch, das haben zu wollen, wie es früher einmal war. Ein wesentlicher Punkt ist das, was die Wirtschaft an Anforderungen setzt, das muss man ganz klar sagen. Die Wirtschaft möchte gern einen Teil ihrer eigenen Beurteilungspraktiken schon als Indikator, nicht als endgültigen Maßstab,

(C)

(D)

- (A) in das Vorfeld verlagern. Das heißt, sie möchte bei der Bewerbung schon sehen, wie die jungen Menschen in der Schule beurteilt werden. Da muss ich an der Stelle sagen, das halte ich auch erst einmal für ein legitimes Interesse, obwohl ich es nicht richtig finde, dass man Schule nur an der Verwertbarkeit im Arbeitsleben ausrichten sollte. Bildung ist schon noch etwas mehr!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich finde, das ist für die Jugendlichen an sich zum heutigen Zeitpunkt kein großes Problem, weil das Leitbild in den meisten Betrieben ein durchaus demokratisches ist, das sich orientiert auf den selbständig handelnden Menschen und nicht auf den anweisungsbezogenen Automaten. Gerade dieses Leitbild hat es möglich gemacht, dass eine der wichtigsten pädagogischen Schriften dieser Zeit, nämlich das Gutachten von Nordrhein-Westfalen, sowohl von Reformpädagogen als auch Wirtschaftsleuten getragen wird. Genau dieser fortschrittliche pädagogische Ansatz drückt sich auch in dem Wunsch der Wirtschaft aus. Ich würde da keine Gefahr sehen, dass nun gesagt wird, die Wirtschaft will die Jugendlichen nur unter Kapitalverwertungsbedingungen beurteilen. So einfach ist die Welt an der Stelle nicht. Das würde ich auch als Anspruch durchaus akzeptieren.

- (B) Ein zweiter Gesichtspunkt ist, was das Bewusstsein der Schüler und Schülerinnen ausdrückt. Da fangen aber auch gleichzeitig die Probleme an. Jeder, der mit Jugendlichen zu tun hat und sich vielleicht an seine eigene Universitätszeit erinnert, weiß, dass oft die Dinge wichtig sind, die auch in Beurteilungen eingehen, das heißt also, es ist durchaus zwiespältig, was dort passiert. Auf der einen Seite wollen wir alle eine Veränderung des Schullebens in Richtung Schlüsselqualifikationen, eigenständiges und eigenverantwortliches Arbeiten, mehr Qualität in der Schule, auf der anderen Seite sagen wir aber, wenn das auch beurteilt werden soll, dann wird das ganz schwierig.

Ich finde, man muss sich hier letztlich entscheiden, in welcher Form man damit umgehen will. Es ist, glaube ich, auf Dauer eine Illusion zu sagen, wir beurteilen nur Mathematik und Deutsch, also die klassischen Fächer, und das, was wir eigentlich wollen, beurteilen wir lieber nicht, weil man damit natürlich den Stellenwert zerstört. Das ist völlig klar.

Das Dritte, das ich anmerken möchte, ist, dass ich die Debatte teilweise nicht so ganz verstehe. Wir haben nämlich, das ist angesprochen worden, Lernentwicklungsberichte, und das sind genau solche Formen von Beurteilungen, in den Grundschulen. Nun haben verschiedene Schulen in der Sekundarstufe I versucht, die Praxis der Lernentwicklungsberichte nach oben hin fortzusetzen, und das ist auf heftigen Widerstand gestoßen, und zwar hauptsächlich

ausgerechnet von der CDU und auch von der Bildungsbehörde. Die CDU reagierte heftiger, weil sie gesagt hat, sie wolle Ziffernnoten, „Eins“ bis „Sechs“, durch alle Kategorien, das ist so schön einfach, so einen Menschen einzuteilen.

Ich finde, an dieser Tradition anzuknüpfen, dass sich also dort eine Reform von unten entwickelt, das ist die Aufgabe und nicht etwa, top to down, von oben ein neues Modell zu propagieren und aufzusetzen. Das ist für mich die Aufgabe.

(Beifall bei der SPD — Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe bei Ihnen so lange Beiträge bezahlt, da können sie hin und wieder auch wenigstens einmal klatschen.

(Heiterkeit)

Wenn man einen solchen Anspruch formuliert, dann muss man sagen, man kann natürlich nur etwas beurteilen, was auch Realität in der Praxis ist. Da fangen bei uns die Probleme an. Die heutigen Schulen sind eben nicht die, die in erster Linie Schlüsselqualifikationen vermitteln. Die heutigen Schulen sind nach wie vor die, die im Fünfundvierzigminutentakt im Wesentlichen eindimensional, lehrerzentriert ablaufen.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]:
Nur gegen die Kollegen!)

Nein, das geht nicht gegen die Kollegen, das geht dagegen, wenn Sie so wollen, dass sich die Schulen bei weitem noch nicht im ausreichenden Maße verändert haben. Die Qualität von Schule steht nicht unbedingt im Mittelpunkt, auch nicht in den öffentlichen Debatten manch jetziger Schulreform, sondern ganz andere Sachen. Ich sage Ihnen nur, wenn man die Klassenverbände immer größer macht, zum Beispiel Gymnasialklassen in der Sek I 33 Schüler mit einer Lehrkraft, und dann im Zweistundentakt die Lehrkraft wechselt, dann ist eine sachgerechte Beurteilung von individuellen Verhaltensweisen und Fähigkeiten in dieser Form nicht möglich. Das muss man einfach akzeptieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Durch besondere Anforderungen, zum Beispiel durch die Anforderung des integrativen Unterrichts, also Einbeziehung von lernbehinderten Kindern, aus welchen Gründen auch immer das so ist, wird es natürlich auch schwieriger, Einzelne zu beurteilen, weil deren Verhaltensweisen ja noch schwieriger zu kategorisieren sind, weil die Ausgangsbedingungen einfach sehr unterschiedlich sind. Deswegen kann ich verstehen, dass die Schülerinnen und Schüler

(C)

(D)

(A) an der Stelle ganz deutlich sagen, wir sehen in erster Linie die Gefahr der Disziplinierung, weil die Realität mit dem, was hier an Anspruch formuliert wird, überhaupt nicht übereinstimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine letzten drei Minuten haben begonnen, deswegen möchte ich jetzt nicht auf die Notengebung im Allgemeinen eingehen, sondern sagen, worum es uns geht. Eigentlich geht die Debatte um die Qualität von Schule. Diese wird mit der Kopfnotendebatte auf das Objekt Schüler reduziert. Das halten wir für falsch.

Es gibt des Weiteren keinen gesellschaftlichen Konsens über die zu beurteilenden Handlungen. Also, wir wissen doch: Werteverfall auf allen Ebenen! Wir hatten ja heute Morgen auch so eine Diskussion. Das hat auch mit Werteverfall zu tun, was wir als Erwachsene den Jugendlichen vorleben. Wenn wir nach dem Motto handeln, legal, illegal, schön ist die Welt, dann ist es einfach so, dass wir uns nicht wundern müssen, wenn die Jugendlichen sich so verhalten, wie wir es ihnen vorleben. Irgendwo haben die das nämlich immer her.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Zuruf der Abg. Frau W a n g e n h e i m [SPD])

(B) Wie bitte?

(Abg. Frau W a n g e n h e i m [SPD]:
Schule ist nicht nur Mist!)

Ja, das ist so im Leben! Dass Sie empfinden, dass ich Mist rede, liegt wahrscheinlich daran, dass wir einfach in zwei unterschiedlichen Parteien sind.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Sie hat nicht gesagt, Zachau redet nur Mist!)

Nicht? Das habe ich falsch verstanden! Wir klären das nachher, meine Redezeit geht zu Ende.

Was folgt daraus? Ich finde es richtig, einen Modellversuch zu machen, allerdings nicht so breit anzulegen. Es sind 30 Schulen in der Planung, faktisch können das nur Sek-I-Schulen sein, wenn ich die Anforderungen sehe, dass man auch etwas in Richtung Berufsleben machen will, wir in den Grundschulen die Lernentwicklungsberichte in vielen Bereichen haben und das meines Erachtens in der Sekundarstufe II durch das Kurssystem so nicht praktikabel ist. Es sind faktisch nur die Schulen der Sek I, und das hieße eine flächendeckende Einführung in der Sek I. Das finde ich nicht in Ordnung. Ich finde, man sollte sich da vielleicht einmal auf zwei, drei Schulen konzentrieren, mit denen zusammen Möglichkeiten entwickeln und zum Beispiel die Ansät-

ze, die es da ja auch schon gibt, weiterentwickeln und wissenschaftlich begleiten.

(C)

Zweitens muss die Qualität der Schulen und nicht nur der Schüler auch im Blickpunkt der Betrachtung stehen. Das heißt, man muss schauen, können die Schüler eigentlich etwas dafür, dass sie so schlecht sind, oder andere, also das sozusagen auch auf die Ebene herunterbrechen, was mit Usus gemacht wird. Drittens muss die Beteiligung der Schulen gewährleistet sein, das heißt die Schulkonferenzen, insbesondere aber auch die Schülervertretungen und auf der Gesamtebene die Gesamtschülervertretungen müssen in diesen Prozess einbezogen werden. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle in diesem Punkt eine hohe Übereinstimmung in diesem Hause fest. Auch mit großem Interesse habe ich dem zugehört, was Herr Zachau eben dazu vorgetragen hat, und ich sehe eigentlich keine ganz gravierenden Unterschiede in den Analysen der drei Fraktionen, die hier gesprochen haben. Ich finde das positiv. Ich finde, wir sollten diesen Einwand von Herrn Zachau in der Deputation noch einmal besprechen und werden von der Verwaltung der Deputation einen Vorschlag, was die 30 Schulen angeht, vorlegen und sollten dann diese letzte Entscheidung in der Deputation vornehmen.

(D)

Ich möchte, weil eigentlich schon fast alles gesagt wurde, mich nur noch auf ein, zwei Punkte beziehen, die vielleicht aus meiner Sicht doch noch sehr relevant sind. Zum einen ist zu nennen, dass ich es wesentlich gerechter für die Schüler finde, wenn es eine gesonderte Beurteilung gibt. Ich spreche ganz bewusst nicht von dem Begriff Kopfnote, denn ich empfinde ihn als völlig unangemessen, und ich identifiziere mich auch nicht mit diesem Begriff und möchte ihn auch gar nicht in unsere Diskussion einbeziehen.

Ich möchte aber, dass der Schüler eine schriftliche Beurteilung seiner Entwicklung im Lernen, im Arbeiten und im Sozialverhalten bekommt, weil es gerechter für ihn ist und verhindert, dass ein Fachlehrer oder ein Klassenlehrer in einer Benotung der Leistung in den sonstigen Fächern dies einfließen lässt. Das hielte ich für völlig ungerechtfertigt. Ich bin sicher, dass dies ganz häufig an unseren Schulen passiert, dass nämlich Lehrerinnen und Lehrer, wenn sie mit dem Arbeits- oder Sozialverhalten des Schülers nicht einverstanden sind, das auch in einer Zensur deutlich machen, die nicht angemessen ist. Wissenschaftliche Untersuchungen, meine Damen und Herren, belegen das nachhaltig.

(Abg. B ü r g e r [CDU]: Und das ist die Disziplinierung in der Tat!)

(A) Aber dem müssen wir entgegenstehen. Das ist meines Erachtens möglich, wenn wir diese schriftlichen Beurteilungen einführen.

Noch ein wichtiger Punkt: Ich halte es für absolut positiv für den einzelnen Schüler, es ist ja eben schon über die Berichterstattung von gestern berichtet worden, aber man muss sich ja nur anschauen, was in den letzten Jahren zu diesem Thema veröffentlicht worden ist, und es ist absolut positiv für jeden Menschen, wenn er eine Reaktion auf sein Verhalten bekommt. Wenn ich keine Reaktion auf mein Verhalten bekomme, entwickle ich mich ganz desinteressiert und habe keine Motivation, weder positiv noch negativ.

Dies, was ich jetzt sage, ist absolut wissenschaftlich nachgewiesen. Es gibt da auch überhaupt kein Vertun, dass es positiv ist, Menschen, wenn sie etwas Gutes getan haben, sich positiv weiterentwickelt haben, gerade in Bezug auf die Schulen, ihnen das auch zu sagen, das auch deutlich zu machen: Du hast dich im letzten halben Jahr deutlich besser beteiligt im Unterricht und bist auf einem guten Weg, deinen Abschluss zu schaffen, um dann anschließend eine berufliche Ausbildung zu bekommen.

(B) Wichtig, meine Damen und Herren, ist es auch, den ganz schlechten Dialog zwischen unserer Lehrerschaft und der Elternschaft wenigstens durch dieses Kommunikationsmittel ein wenig wieder zu verbessern, denn es wird ja über diese Beurteilungen — es stehen ja nicht nur Noten da, sondern es stehen ja Beurteilungen darin — eine Diskussion zwischen dem Schüler, den Eltern und gegebenenfalls auch dem Lehrer entstehen. Diese Diskussion muss verbessert werden im Interesse unserer Schüler. Ich bin ganz sicher, dass eine Beurteilung sowohl positiv eine Diskussion zu Hause erfährt, aber auch im Negativen möglicherweise mit einer Ansprache an den Lehrer, wie kommt es denn, dass ich hier so eine negative Beurteilung habe. Das halte ich für sehr wichtig.

Herr Brumma, ich bin noch nicht ganz sicher, ob es richtig ist, dem Schüler die Fehlzeiten nicht auch zu signalisieren. Aus meiner Sicht ist es sehr wohl richtig, wenn es den Eltern nicht schon vorher, so wie Sie es vorhin positiv geschildert haben, vermittelt worden ist. Meine Erfahrungen aus dem täglichen Leben sind andere, sie sind so, dass eben diese Kommunikation zwischen Eltern und Lehrern leider nicht so gut ist, wie Sie es unterstellt haben, dass sie also nicht informiert werden, wenn in der Oberstufe serienweise Kurse geschwänzt werden oder die Schule wochenlang nicht aufgesucht worden ist.

(Abg. B ü r g e r [CDU]: Oder sich nicht darum kümmern!)

Ich unterstelle sogar, dass der Schüler morgens aus dem Haus geht und die Eltern das überhaupt nicht mitbekommen. Der Schüler kommt mittags

nach Hause, dann sagt die Mutter, na, wie war es, und der Schüler sagt, wunderbar, alles bestens, und die Eltern merken es wochen- und monatelang nicht. Das ist jetzt ja keine Vermutung, sondern das sind Tatsachen, dass so etwas speziell in der Oberstufe passiert. Das kann man natürlich dadurch, dass das vermerkt wird und eines Tages auch schriftlich nach Hause kommt, sicherstellen. Ich gebe zu und gestehe, Herr Brumma, dass es besser wäre, wenn nach dem zweiten oder dritten Tag der Anruf zu Hause erfolgt.

So wünschte ich mir den Kontakt zwischen Eltern und Lehrern. Das ist aber nicht der Fall an unseren Schulen, jedenfalls nicht an allen. Solange das nicht der Fall ist, muss der Schüler genau wissen, wenn er allzu sehr über die Stränge schlägt und nun wochenlang die Schule schwänzt, dass das eine Konsequenz auch für ihn zu Hause seinem Vater und seiner Mutter gegenüber hat. Dann wird er sich vielleicht überlegen, ob er denn so leichtfertig damit umgeht, was wir ihm als Steuerzahler zur Verfügung stellen, denn wir bezahlen schließlich diesen Unterricht, den er nach Möglichkeit auch nutzen sollte.

Ein allerletztes Wort! Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Brumma, wenn Sie von der Vorbildfunktion von Eltern und Lehrern sprechen. Das bezieht Politiker übrigens durchaus ein, Herr Abgeordneter Zachau, so wie Sie es eben auch gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

(D) Wir alle sind Vorbilder für unsere Jugend, und leider erleben wir immer wieder im Leben, auch an den Schulen, dass das nicht immer so praktiziert wird, wie wir uns das wünschen. Insgesamt denke ich, dass wir mit dieser Beschlusslage auf einem guten Weg sind. Wir werden das ausprobieren und in der Deputation entsprechend beschließen, wo wir damit ansetzen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksachen-Nummer 15/122, auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Mehr Computer-Netze knüpfen Computerausstattung und -nutzung in den Schulen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 22. November 1999
(Drucksache 15/118)

D a z u

(A) Mitteilung des Senats vom 18. Januar 2000

(Drucksache 15/174)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Lemke.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Davon nimmt Herr Senator Lemke Abstand.

Meine Damen und Herren, damit treten wir in die Aussprache ein.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Veränderung, die mit den Begriffen Multimedia, Telematik und Internet verbunden sind, werden in den kommenden Jahren fast alle Bereiche unseres Lebens fundamental verändern. Wir wissen noch gar nicht, wohin sich das Ganze entwickeln wird. Dass es aber konkret unser Leben schwer betreffen wird, merkt jeder von uns schon heute. Sicher ist dabei, dass wir diesen Prozess aktiv gestalten und auch aktiv beeinflussen müssen.

(Beifall bei der SPD — Vizepräsident
R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

(B)

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion! Gerade wollte ich dazu überleiten, dass wir uns ja deshalb darauf geeinigt haben, diesen Eckpfeiler, mehr Computer in die Schulen, als eine unserer wesentlichen Säulen unserer sozialdemokratischen Bildungspolitik zu formulieren, und ich freue mich, dass wir hier überhaupt keinen Dissens mit unserem Koalitionspartner haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das gemeinsame Ziel der großen Koalition ist es also, die Schulen so schnell wie möglich mit Computern auszurüsten und natürlich auch zu vernetzen. Hinzu kommt die Entwicklung von medienpädagogischen Kompetenzen, um multimediale Unterrichtsmaterialien und Techniken mit bisherigen und mit neuen Lerninhalten verknüpfen zu können. Die jetzigen und natürlich auch vor allem die kommenden Lehrkräfte müssen entsprechend fort- beziehungsweise ausgebildet werden. Schließlich sollten vorhandene PC in ein Bildungs- und Informationsnetz integriert und an eine leistungsfähige Kommunikationsverbindung angeschlossen werden.

Wir wissen, dass dieses Thema für die Zukunft der Schülerinnen und Schüler ausgesprochen wichtig ist, und wir setzen hier diesen entscheidenden Schwerpunkt. Deshalb ist auf unsere Initiative hin, ich glaube, im August oder November, diese Große Anfra-

ge eingereicht worden. Es waren erhebliche Untersuchungen notwendig, um die Fragen zu beantworten. Deshalb hat es ein bisschen länger gedauert. Ich bin aber froh, dass wir jetzt, Sie haben das sicher gelesen, wissen, was an unseren Schulen in Bremen und auch in Bremerhaven los ist.

Bevor ich auf die Antworten des Senats eingehe, noch etwas Grundsätzliches: Wir wollen mit unserer Schwerpunktsetzung verhindern, dass der Zugang zu den neuen Medien vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist und es so zu neuen Spaltungen und sozialen Ungerechtigkeiten kommt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Senator Lemke, Sie haben es sich zum Ziel gesetzt, noch im Jahr 2000 alle Bremer Schulen an das Netz zu bringen, und, Sie sagen das immer so nett, so dass sich das auch jeder vorstellen kann, alle Schülerinnen und Schüler in Bremen sollen per E-Mail weltweit erreichbar sein und kommunizieren können. Wenn wir jetzt hier in die Antwort auf die Große Anfrage schauen, können wir sagen, es sieht gar nicht so schlecht aus. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Ziel erreicht werden kann.

Sie sehen, dass es bei den Grund- und Sonderschulen noch einiger Anstrengungen bedarf. Wir haben von 92 Grundschulen, ich spreche jetzt vom Land Bremen, 19 mit einem Internet-Zugang. Da ist noch einiges zu tun. Bei den Sonderschulen sieht es schon besser aus. Hier sind von 21 immerhin elf internetfähig.

Jetzt wird es immer vorzeigbarer: In der Sek I sind von 48 Schulen 45 am Netz, und alle gymnasialen Oberstufen verfügen über den Zugang zum World Wide Web. Bei den Berufsschulen ist schließlich nur eine von 20 noch nicht angeschlossen. Auch die Zahlen der in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven installierten PC mit Netzzugang geben Aufschluss. Von 2650 Computern in Bremen haben mehr als die Hälfte, nämlich 1630, Zugang zum Internet. Das ist ja wichtig, dass wir uns das auch klarmachen. Nur den Computer hinzustellen und dann ein bisschen darauf herumzuspielen, ist ja nicht das, was wir wollen, sondern die Vernetzung. Deshalb heißt es für uns auch nicht, Computer an die Schulen, sondern mehr Computernetze knüpfen. Das bedeutet, dass wir damit auch aus der Schule hinaus wollen und nicht nur in das richtige Leben in Bremen. Wir wollen weltweit die Möglichkeit schaffen, Kommunikation aufzubauen. — Soweit zu Bremen!

Bremerhaven wird natürlich nicht vergessen. In Bremerhaven sind von den 884 Computern, die es dort in Schulen gibt, bisher erst 260 am Netz. Ich weiß aber, dass in Bremerhaven der Magistrat ebenfalls eine Initiative plant, um hier schneller und besser zu werden.

Wir haben dann danach gefragt, wie viele Schulen es in Bremen und Bremerhaven mit multimedia-

(C)**(D)**

- (A) lem Profil gibt. Hierbei handelt es sich um Schulen, die den Einsatz von neuen Technologien zu ihrem Schwerpunkt gemacht haben und im Rahmen der in der Stadtgemeinde Bremen aufgelegten Sonderprogramme auch besonders ausgestattet und vernetzt worden sind.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich knüpfe einmal an unsere Debatte von vorgestern in der Stadtbürgerschaft zum Stadtreparaturprogramm an. Ich finde, wir sehen, dass hier das Geld der Sonderprogramme, finanziert aus Stadtreparatur, wirklich gut angelegt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Allein auf das letzte Sonderprogramm haben sich zahlreiche Schulen mit besonderen Konzepten beworben. Das geht nämlich nicht nach dem Gießkannenprinzip, jeder bekommt ein bisschen, sondern es gibt ein sehr strenges Auswahlverfahren. Dieses strenge Auswahlverfahren hat zum Ziel, dass nur Projekte ausgewählt und auch gefördert werden, die neues Lehren und neues Lernen zum Ziel haben.

- (B) Wir hatten beim letzten Mal einen Umfang von über sechs Millionen DM auswahlfähige oder auch förderungsfähige Projekte, die allerdings nicht alle erfüllt werden konnten, aber, meine Damen und Herren, und auch das ist eine positive Nachricht, wir werden diese Sonderprogramme fortsetzen und können deshalb noch viermal 1,5 Millionen DM für die Schulen, allerdings in der Stadtgemeinde Bremen, ausschütten. Ich lade Sie herzlich ein, sich diese Schulen doch einmal anzuschauen.

Gehen Sie einmal in die Integrierte Stadtteilschule am Leibnitzplatz, oder fahren Sie nach Gröpelingen, und schauen Sie sich das Schulzentrum Pestalozzistraße an! Sie werden staunen, wenn Sie sehen, wie Ihnen da die Fünftklässler, von den neuen Medien unterstützt, eine neue Qualität von selbständigem Lernen und auch von selbständigem Lernen wollen vorführen. Der Lehrer übernimmt hier im positiven Sinn eine Rolle des Lernberaters.

Für die weitere Entwicklung ist auch die Erprobung — das wird an diesen multimedialen Schulen gemacht — offener multimedialer Lernzonen notwendig. Ich teile die Einschätzung des Senats, dass der Zugang zu den vernetzten Computern auch außerhalb des Unterrichts möglich sein sollte.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang begrüßt die SPD-Fraktion ganz besonders und ausdrücklich das Ziel des Senators, in allen Schulen Bremens, übrigens auch in den Grundschulen, innerhalb der nächsten zwei Jahre solche Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, also nicht gebunden an einen Raum, der

dann abgeschlossen wird, sondern offene Lernzonen. Das ist klasse!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen wir natürlich zu den Fragen, die wir nicht ohne Grund gestellt haben, nämlich: Wie geht es denn weiter, ist der Senator für Bildung in der Lage, nun überall alles vom Feinsten auszurüsten? Es wird Sie nicht überraschen, das ist er nicht, sondern die Ausstattung der Schulen kann vom Bildungsressort bei diesem Etat nicht allein geleistet werden. Die SPD-Fraktion hat sich in ihren internen Beratungen deshalb dafür ausgesprochen, dass das Landesprogramm „Informations- und Mediennutzung“ nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Bedeutung von Qualifikation und Medienkompetenz für den Bildungsbereich geöffnet werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Dasa hat kurz vor Weihnachten eindrucksvoll bewiesen, dass auch die Wirtschaft die ordentliche Ausstattung unserer Schulen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet. In einer beeindruckenden Blitzaktion wurde ein gesamter Computerraum vom Allerfeinsten, nicht mit alten Schabracken, sondern mit neuen allerfeinsten Pentium-III-Computern ausgestattet und vernetzt.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Das ist noch nicht genug! Dazu kamen dann Tische und Stühle, die auch ergonomisch ordentlich sind, und zusätzlich in einem, finde ich, besonders positiven Beispiel von Sponsoring oder schon bald Mäzenatentum hat die Firma Messerknecht, ich will sie auch extra erwähnen, die Vernetzung hergestellt —

(Zuruf des Abg. Kleen [SPD])

das mache ich gern, Herr Kleen, darauf gehe ich gleich noch ein — und macht jetzt auch die Wartung.

Ich höre hier gerade Werbeeffekt, meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn aufgrund meiner Äußerungen jetzt diese Art von großzügigen Spenden aus der Wirtschaft Beispiel macht. Ich würde mich hier gern oft und häufig im Namen der Schülerinnen und Schüler aus Bremen bei den Firmen bedanken, und ich denke, es geht Ihnen allen so.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin keine ausgewiesene Expertin auf diesem Gebiet, aber die Ausführungen des Senats zur inhaltlichen und organisatorischen Konzeption zeigen, dass auf allen Schul- und Ausbildungsstufen eine Lernkultur geschaffen und weiterentwickelt werden

(A) soll, die Kindern und Jugendlichen die Basiskompetenzen und Motivationen des selbständigen Lernens und eben auch, ich möchte dies noch einmal betonen, des selbständigen Lernenwollens, des selbstorganisierten Lernens vermitteln.

Schule wird sich durch die neuen Medien rasant verändern, das ist sowieso klar. Hier spielt die Lehrerschaft eine entscheidende Rolle, und ich bin fest davon überzeugt, dass durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen diese Herausforderungen bewältigt werden können und dass sich die Lehrerinnen und Lehrer auch darauf einlassen werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Notwendigkeit, sich auf ständige und schnelle Veränderungen einzustellen, wird den Lehrerberuf in der Zukunft sowieso prägen.

Zum Abschluss noch drei Bemerkungen: Ich finde es klasse, dass mit der Universität und anderen außerschulischen Einrichtungen Kooperationen eingegangen werden. Ich begrüße es sehr, dass man schaut, dass Studentinnen und Studenten in Computerarbeitsgemeinschaften, vielleicht auch im Rahmen der verlässlichen Grundschule, sich hier beteiligen werden, und, eine Frage noch, die wir klären sollten, vielleicht kann man die Schulen, die nun so gut ausgestattet worden sind und noch sehr gut ausgestattet werden sollen, auch in den Ferien und in der unterrichtsfreien Zeit öffnen, um einen breiten Zugang zu ermöglichen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Mein letzter Satz: Sie sehen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, gut Ding will Weile haben. Es war gut, dass wir so lange gewartet haben auf die Antwort. Die Antwort kann sich sehen lassen. Wenn wir die Studie der Universität dann sehen, wird sich zeigen, dass der Schwerpunkt „Mehr Computer-Netze knüpfen!“ innerhalb von zwei Jahren sehr vorzeigbare weitere Erfolge bringen wird. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer beim Fußball einen Steilpass schlägt, sollte aufpassen, dass mindestens noch ein Mitspieler den Ball erlaufen kann und dass der Pass nicht ins Leere geht. Mit einem ähnlichen Phänomen haben wir es heute zu tun. Ich komme gleich darauf zurück.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Die heutige Antwort des Senats, die vor allem über die technische Ausstattung der Schulen Auskunft gibt, zeigt, dass das Ziel, jede Schule an das Internet anzuschließen, bald erreicht ist. Dies ist sicherlich eine Erfolgsmeldung.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Aber so ist das halt, wenn man die politische Hochsprunglatte nur auf 1,5 Meter auflegt, dann springen wir noch beide gemeinsam darüber, das bekommen wir noch hin. Andere Bundesländer haben mit dieser Höhe ihre Probleme, andere haben es schon geschafft oder sind kurz davor. Wie gesagt, alles in allem ist es kurzfristig jetzt gesehen, zum aktuellen Zeitpunkt gesehen ein Erfolg, auch Bremens Schul-Support-Service, das ist angedeutet worden. Hier geht es darum, mit geringen Mitteln eine technische Unterstützung der Schulen zu gewährleisten. Das hat auch bundesweit Beachtung gefunden und wird Nachahmer finden.

Leider können zahlreiche Informationen zur technischen Ausstattung auch heute noch nicht geliefert werden. Sie werden im Februar nachgereicht. Da geht es unter anderem darum, wie viele Schulen noch keinen internetfähigen Computerarbeitsraum haben. Diese Zahlen liegen nicht vor, sie sind für Februar 2000 angekündigt. Ich hoffe, Sie liegen der Deputation dann bald vor.

(D)

Angesichts der Erfordernisse in einer unaufhörlich fortschreitenden digitalisierten Welt streben wir jedoch meines Erachtens ein teilweise aussichtsloses Rennen an, denn bei allen Parteipräferenzen in dieser Diskussion wissen wir, dass wir längst in das Hintertreffen geraten sind, wenn wir uns mit den privaten Kinderzimmern vergleichen. Dort stehen inzwischen weitaus mehr PC als an den staatlichen Schulen. Zahlreiche Erfahrungen im Umgang mit dem PC verlagern sich außerhalb der pädagogisch erschlossenen Schule in die verschlossenen Kinderzimmer. Die Verantwortung der Eltern gewinnt an Bedeutung. Das Vorbild Schule gewinnt dort sicherlich nicht mehr den Respekt wie in der Vergangenheit. Da müssen wir erheblich aufholen. Da ist insbesondere die Lehrerfortbildung gefordert.

Meine Damen und Herren, das Sonderprogramm der großen Koalition zur Verbesserung der Computerausstattung an Schulen hat eine erstaunliche Motivation unter den Lernenden und Lehrenden hervorgebracht, das ist hier gesagt worden. Nun ist das immer so wie mit der Henne und dem Ei, wer war denn wofür zuständig. Wenn wir uns darauf einigen, dass die CDU das Ei gelegt hat, die SPD darauf gebrütet hat und wir beide gemeinsam an der Hege, Aufzucht und Pflege weiterarbeiten, dann kommen wir vielleicht dem Kern etwas näher als durch das, was hier eben gesagt wurde, Frau Hövelmann.

- (A) Es war unser Ansatz, weil in Behördenpapieren schon etwas von dem flächendeckenden Gießkannenprinzip stand.

(Beifall bei der CDU)

Unser Ansatz war es, Schwerpunkte zu bilden, Multi-mediaschulen zu fordern. Insofern, dass man mit wenig Geld möglichst viel erreicht, dort intelligente Lösungen zu finden, das nehmen wir gern immer noch auf unsere Kappe. Gleichwohl, habe ich gesagt, müssen wir nun gemeinsam sehen, dass wir es fortsetzen und daran arbeiten.

Die Tranchen sind mehrfach überzeichnet, die Motivation konkreter Programme an den Schulen, sich auch selbst einzubringen, ist gegeben, aber trotzdem heißt es immer in solchen Debatten, na ja, wir sind auf dem richtigen Weg, wenn wir denn wüssten, wohin wir wollen. Da fehlt mir in der Senatsantwort noch einiges. Manchmal müssen wir auch auf die hohe See, und wir wissen vielleicht noch gar nicht, wohin wir wollen, auch das ist klar gerade angesichts der schnellen Entwicklung, aber wir müssen endlich auf die hohe See, damit wir uns vom Fleck bewegen. Dort würde ich mehr hören, denn es geht nicht allein nur um die Frage der Ressourcen, und deshalb plädiere ich dafür, dass wir die Latte möglichst bald auf 1,70 Meter legen, auch wenn es vielleicht erst im zweiten oder dritten Anlauf klappt.

- (B) Ich will einmal weg von der Technik, alle reden von Personalentwicklungen, manche meinen dann, wir können über Gesundheitsförderung reden, das ist vielleicht auch wichtig. Ich meine aber, dass wir erst einmal eine Bestandsaufnahme brauchen. Was ist denn mit den Lehrerqualifikationen, wie sind sie denn, wie müssen sie weiterentwickelt werden, da steht in der Senatsantwort erst, wir haben begonnen, und wir wollen das machen, ja, wir wollen das machen, aber jetzt möglichst schnell, weil das eine organisatorische Frage ist, ob wir eine Bestandsaufnahme haben, wie weit Lehrer inzwischen damit umgehen können.

Es geht nicht nur darum, die Computer zu bedienen, sondern es geht vor allen Dingen darum zu wissen, wie die neue Schülergeneration denkt und handelt. Den Internetführerschein, den Sie nicht wollen, oder Multimediaführerschein macht man in Nordrhein-Westfalen. Frau Behler ist ja relativ pragmatisch für sozialdemokratische Bildungsensatoren und -minister. Dort will man ganz gezielt alle 168.000 Lehrer tatsächlich mit einem Internetführerschein ausbilden. Es fehlt nur der Zeitraum, darum ist man dann auch immer skeptisch, aber das Ziel steht im Raum.

Es geht vor allen Dingen darum, nicht nur den technischen Umgang zu erlernen, sondern das Wissen um die neue Generation zu vertiefen, und ich möchte mit Genehmigung des Präsidenten Don Tapsco zitieren, der ein viel gelesenes Buch „Net-

kids“ geschrieben hat, einer der so genannten Cybergurus. Er schreibt:

„Digital aufgewachsene Kinder erlernen zielgerichtet eben jene sozialen Fähigkeiten, die sie für die effektive Interaktion in der digitalen Welt benötigen. Sie lernen alles über Beziehungen, über Teamwork, über die Bedeutung der Kritikfähigkeit, darüber, wie man Freundschaften über alle Entfernungen hinweg pflegt, bewusst und aktiv die Gedanken vertritt, und darüber, wie man diese eigenen Gedanken wirkungsvoll anderen mitteilt.“ Er schreibt weiter: „Wir haben konkrete Hinweise darauf, dass sie Informationen anders verarbeiten als frühere Generationen.“

Darauf kommt es an, dieses vernetzte Denken zu erlernen, damit habe ich schon manchmal Probleme, mit den neuen Vierzehn-, Fünfzehn-, Sechzehnjährigen in der Jungen Union zu diskutieren, wie sie heute Schule, Lernen, Handeln und Arbeiten künftig auffassen werden. Daran gilt es zu arbeiten, und damit müssen wir auch die Lehrer, die inzwischen etwas älter sind, noch konfrontieren, daran geht kein Weg vorbei.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf die Mittelausstattung eingehen. Das ist wirklich so, wenn man jetzt den Ball immer vorausspielt, wir haben schon unter Frau Kahrs gehört, die Sponsoren stehen in der Tür, in den letzten zwölf Monaten habe ich in der Tat nur als besonderes Beispiel das eben erwähnte Vorhaben der Dasa gesehen, viel mehr habe ich nicht gehört.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Ich weiß noch mehr, ich konnte es wegen der Zeit nicht sagen!)

Also, man muss aufpassen, dass man den Ball noch erlaufen kann, und ich sage auch ganz deutlich, das Landesprogramm für Informations- und Mediennutzung, das wir gemeinschaftlich erarbeitet haben, ist nun nicht die heilige Kuh, die jeder schröpfen kann. Das Landesprogramm Informations- und Mediennutzung soll nicht die Regelaufgaben von Ressorts sponsern, sondern es soll vor allen Dingen neue Impulse setzen. Das ist die Aufgabe des Landesprogramms. Das hat sich in der Tat bei vielen schon herumgesprochen, deshalb war wahrscheinlich auch der Beifall in Ihren Reihen eben etwas geringer. Insofern werden wir das Sonderprogramm fortsetzen, aber wir müssen natürlich darauf achten, dass diese Aufgaben auch mit in den Haushalt übernommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe es in der Deputation angedeutet: Was wäre eigentlich, wenn wir drei, vier, fünf Millionen DM jährlich zusätzlich hätten, was würden wir damit machen? Diese Antwort

(C)

(D)

(A) ist man bislang schuldig geblieben, und es steht auch in der Frage an den Senat die Frage nach einem Masterplan: Wohin wollen wir eigentlich in den nächsten Jahren? Das müsste deutlicher beschrieben werden. Ich kann mir vorstellen, wenn der Bildungssenator mit glänzenden Augen vorlegt, wohin er denn wenigstens will, dann würde das auch auf mehr Verständnis stoßen als Aussagen wie, wir wissen noch nicht, wohin sich das so technisch entwickelt. Da gibt es sehr verhaltene Antworten in der Senatsantwort. Wir waren zwischenzeitlich mit einem Zwischenbericht zur Medienkompetenz schon weiter, und das ist schon ein Jahr zurück, aber das Papier sollte man sich noch einmal anschauen.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns nicht mit großspurigen Sponsorenappellen und -bekundungen nach vorn wagen. Der Wunsch steht seit langem im Raum, wir haben das hier ja auch schon oft genug debattiert, aber wir müssen aufpassen, dass der Ball nicht im Aus landet. Wir würden uns lieber ein Kurzpassspiel vorstellen. Herr Senator, Sie sind ja ein guter Sprinter, weniger der Dauerläufer, das kommt vielleicht noch —

(Abg. F o c k e [CDU]: Doch, Marathon!)

doch Marathon, Marathon auch —, aber wir brauchen gute Sprinter, und wir wollen uns lieber jetzt mit kleinen nachvollziehbaren Schritten dem Tor nähern und aufpassen, dass der Ball nicht ins Leere geht.

(B)

Insofern hoffe ich, dass wir dem gemeinsamen Anliegen Rechnung tragen und zumindest in der Bildungsdeputation demnächst einmal einen solchen Masterplan bekommen, wann wir mit welchen Mitteln welches Ziel erreicht haben wollen. Wenn wir das definieren, dann ist es auch leichter, Mittel einzuwerben, um für Verständnis zu sorgen bei denjenigen, die vielleicht sagen, nein, da können wir noch ein bisschen warten. Wir müssen aus Bremens Stärke, ein Stadtstaat zu sein, gerade an dieser Stelle profitieren. Wir können hier in unserem Bundesland Dinge plakativ wirklich auch landesweit umsetzen. Das sollten wir tun, daran wollen wir weiter festhalten! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim vergangenen Mal habe ich über den Schlüssel gesprochen, heute spreche ich über die Löwen, aber das kommt an einer späteren Stelle. Vor einigen Wochen haben wir alle einen gefühlten Jahrtausendwechsel erlebt,

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]: Also, mir ging es gut!)

einen gefühlten Jahrtausendwechsel, weil die Experten sagen, der Jahrtausendwechsel ist erst Ende dieses Jahres.

(C)

Wenn wir jetzt nach einem ersten Jahrtausendgefühl suchen, so landen wir bei der Medienrevolution, das hat auch die SPD an ihrem einhundertsten Geburtstag in der Bürgerschaft durch Herrn Peter Glotz festgestellt. Diese Revolution löst vielerorts Euphorie aus, auch in Bremen, beflügelt den Senat bei seiner Antwort, die in einigen Punkten sehr gut ist, aber in einigen Punkten muss ich der Kritik von Herrn Jäger schon Recht geben.

Die Informationswirtschaft hat im vergangenen Jahr erstmals die Automobilindustrie hinsichtlich der Beschäftigungszahlen überholt, und dieser Trend soll sich noch in den nächsten Jahren weiter verstärken. Frau Hövelmann hat ganz richtig bemerkt, alles wird sich in dieser Gesellschaft verändern, die Arbeitsplatzgestaltung, das Zusammenleben, nur wir vielleicht nicht. Ich denke, auch wir werden uns verändern. Selbst die Bundespost hat heute allen Abgeordneten ein Brieflein ins Fach gesteckt, worin steht, dass Briefmarken demnächst per Internet zu kaufen sind. Also, ich denke, das ist ein weitreichendes Zeichen, wenn schon die Bundespost Briefmarken über das Internet verschickt.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Dann würde ich doch gleich eine E-Mail schicken!)

(D)

Es gibt aber Leute, die doch lieber persönlich einen Brief öffnen. Ich sage nur, es ist ein Zeichen dafür, dass die Gesellschaft sich verändert.

Den Jugendlichen ist das schon heute völlig klar, dass sie ohne PC, ohne Internet nicht auskommen, dass es eine wesentliche Voraussetzung ist für ihren späteren, auch beruflichen Erfolg im Leben. Sie spielen viel am Computer, sie lernen, sie konsumieren, und sie kommunizieren per E-Mail. Die Gesellschaft ist im Umbruch, und dieser Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft nimmt nicht automatisch jeden mit. Wenn wir uns einmal ein Bild von einer Reise vorstellen: Wohin diese Reise geht, das ist wirklich nicht vorhersehbar, und wir müssen als Politik und Gesellschaft darauf achten, dass Geld keine Rolle spielt, das hat Frau Hövelmann gesagt, aber ich finde, Geschlecht und Vitamin B sollen auf dieser Reise auch keine Rolle spielen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen —
Abg. Frau W a n g e n h e i m [SPD]: Wie ist das denn gemeint?)

Das werde ich gleich noch näher erklären! Es soll ja ein bisschen spannend bleiben jetzt.

Die Vokabeln dieser Revolution heißen „Beschleunigung“ und „Entschleunigung“. Da knüpfe ich doch wieder an das hervorragende Referat, „ADSL“,

- (A) „HTML“, „www“ von Herrn Peter Glotz an. Manch einer hier im Raum schneidet schon heute schlecht ab bei diesem Vokabeltest, aber uns muss klar sein, dass unsere Kinder und Kindeskinde diesen Test exzellent bestehen müssen, weil das eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Gesellschaft ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden ganz schnell spüren, wer nicht in die Bildung investiert, kann später die Rendite nicht einfahren. Zur Zukunftsfähigkeit der Bremer und Bremerhavener schulischen und außerschulischen Bildung gehört eine ausreichende Ausstattung mit neuen Medien, und von entscheidender Bedeutung ist auch die gute Ausstattung mit Lern-Software mit einem ganz hohen fachlichen und didaktischen Standard.

1996 ist eine bundesweite Initiative gestartet, Schulen ans Netz, die heute bereits 12.500 Schulen ans Netz gebracht hat. Das Ziel dieser Initiative ist, im Jahr 2001 40.000 Schulen insgesamt in der Bundesrepublik ans Netz zu bringen. Ich bin wirklich begeistert gewesen bei der Antwort von Herrn Lemke, weil er hier toppt und sagt, bis Ende 2000 sind die Bremer Schulen am Netz. Auch die Große Anfrage der SPD und CDU hat mich eigentlich hoffnungsvoll gestimmt, es klang ganz viel versprechend und verheißungsvoll, mehr Computernetze knüpfen. Gibt es also im doppelten Sinne mehr Mäuse für die Schulen?

(B)

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der SPD)

Ich habe einmal ein bisschen nachgesehen und habe ein paar Haushaltsstellen aufgeschlagen. Bei den 1,5 Millionen DM aus dem Sonderprogramm für neue Medien in die Schulen bin ich darauf gestoßen, dass diese aus einem Stadtreparaturfonds fließen, der 30 Millionen DM insgesamt hat. Ich habe gedacht, Herr Lemke, lassen Sie lieber die Schuldächer reparieren, lassen Sie die Schulen in Ordnung bringen, denn wenn es von oben hineinregnet, dann nützt auch die schönste Internet-Surf-Offensive in der Schule nichts!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Aber
in die Schulen regnet es eigentlich nicht
hinein!)

Aber 30 Millionen DM sind zum Reparieren da und nicht für neue Medien! Es heißt Stadtreparaturfonds und nicht Schulcomputerfonds! Sie haben versäumt, in den Bildungsbereich zu investieren, Ihr Versäumnis versuchen Sie jetzt auf eklatante Weise wegzumogeln. Es rechnet sich auch schöner, 30 Millionen DM für Reparaturen, 1,5 Millionen DM für

Computer, macht 31,5 Millionen DM, es hört sich ja besser an als 30 minus 1,5 Millionen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt komme ich zu den Löwen. Stellen wir uns vor, Herr Lemke ist einer der Löwen, der andere Löwe vielleicht Herr Hattig! Wir haben in der Mitte das Landesprogramm für neue Medien. Auch Herr Lemke hat ein Recht darauf, seinen Bedarf für Bildung im Programm anzumelden, denn die Forderung ist fundiert und ist im Interesse der Gesellschaft von morgen. Ich weiß ja nicht, ob das jetzt schon hinter den Kulissen ausgekungelt ist, wer hier den Zugriff auf das neue Landesprogramm hat, aber ich finde, erst einmal müssen alle Bedarfe dort angemeldet werden und dann insgesamt geprüft und hier diskutiert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Ausbildung ist ein Schlüsselfaktor. Heißt denn, mehr Rechner zu haben, man ist gleich automatisch medienkompetenter, man hat mehr Souveränität im Umgang mit den Informationstechniken? Ich glaube dies nicht, denn die einmalige Ausstattung mit Hardware garantiert keinen langfristigen Erfolg. Die umfassende Ausbildung von Schülerinnen, Schülern, Lehrerinnen und Lehrern im Umgang mit PC und Internet sind der entscheidende Schlüsselfaktor. Computer sind zu einem Medium herangereift, das das Wissen und das Lernen verändert. Ein PC-Raum ist auch noch keine Medienrevolution. Wir können uns hier nicht jubelnd hinstellen und sagen, hurra, 2600 Rechner in den Schulen. Ich frage, wie viele Schüler haben den Schlüssel zu diesem Computerraum und können ohne zu fragen an diese Rechner gehen!

(D)

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Des-
halb habe ich ja von den offenen Bereichen
gesprochen!)

Ja, die offenen Bereiche, da müssten aber dann ja mehr als ein Rechner stehen! Man kann auch nicht sagen, hurra, die Schule ist am Internet, das Sekretariat surft.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das kann es qualitativ für die Schulen nicht heißen!

Dann noch einmal zu dem schönen Satz, einem geschenkten oder gesponserten Gaul schaut die große Koalition nicht ins Maul! „Aus der Kasse in die Klasse“, das ist medienwirksam, das ist auch nicht dumm für bestimmte Bereiche zur Textverarbeitung. Es ist eine gute Idee, aber in der Antwort des Senats

(A) steht auch, dass damit nicht der durchschlagende Erfolg zu erreichen ist. In Berlin, wo ich unlängst bei einer großen Medienfirma zu Gast war, hat man gesagt, dass dies auch sehr kritisch gesehen werde und für manche Unternehmen eine preiswerte Möglichkeit sei, ihren alten Computerschrott zu entsorgen, so lange es noch keine Rücknahmegarantie der Industrie für Computer gibt. Wer trägt denn die Entsorgungskosten, der Bildungsbereich oder die Sponsoren?

Alle Schülerinnen und Schüler müssen den Umgang mit Computern und dem Internet lernen, um auf dem zukünftigen Arbeitsmarkt eine gute Chance zu haben. Computer sind zu einem Medium herangereift, das die Welt des Wissens und Lernens neu strukturiert. Ich war in Neuss auf einer Messe, und dort haben die Schüler gezeigt, was man alles machen kann. Die Lehrer sind praktisch nur noch das Beiwerk, während die Schüler schon Hausarbeiten erstellen, die mit meiner Diplomarbeit vergleichbar sind. Ich muss das schamlos zugestehen. Das Internet hilft auch, Schule qualitativ zu verbessern, weil die Schüler einfach mehr Möglichkeiten haben. Ändert sich aber nicht der Unterricht, wie Frau Hövelmann gesagt hat, ganz tiefgreifend, dann bleiben die Computer nur Hightechtafeln für die Schüler, und das kann es letztendlich nicht gewesen sein.

(B) Dann sage ich noch einmal ganz schnell, weil Frau Wangenheim das vorhin nicht verstanden hat: Ich denke auch, es ist ganz wichtig, Mädchen mit auf die Reise zu nehmen, weil sie heute schon Bildungsverliererinnen sind, und dass wir ganz spezielle und geschlechtsspezifische Pläne machen müssen, das habe ich in der Antwort des Senats ganz schmerzlich vermisst.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben auch in diesem Bereich wiederum, und das freut mich natürlich, eine hohe Übereinstimmung im Haus erzielt. Wir wollen, ohne Frage ist dies ein ganz wichtiges Ziel, so schnell wie möglich die Ausstattung unserer Schulen mit möglichst modernen Geräten erreichen. Wir haben uns ein Ziel gesetzt, und ich habe auch die große Hoffnung, dass wir das erreichen für die Schulen, und zwar nicht nur für die Sekretärin zum Surfen, sondern für unsere Schülerinnen und Schüler zum Lernen und internationalen Kommunizieren. Ich halte das übrigens für sehr wichtig, auch für die Kinder in Osterholz-Tenever oder Gröpelingen, sagen zu können, ich habe die Möglichkeit an meiner Schule, auch mit meinen E-Mail-Kameraden in Neuseeland zu kommunizieren und dort meine ersten Englischkenntnisse umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

(C) Das wird die Kinder in diesen Stadtteilen fördern und motivieren, eine zweite oder dritte Fremdsprache zu erlernen. Sie sollen nicht hinten anstehen hinter den Kindern, die eben aufgrund eines reichen Elternhauses einen oder zwei Computer zu Hause haben und so lange surfen können, wie sie wollen. Ich denke, das ist ein sehr wichtiger Fakt.

Natürlich haben Sie Recht, Frau Stahmann, wenn Sie sagen, dass die Schulen geöffnet werden müssen. Nicht nur die Schulen müssen geöffnet werden, meine Damen und Herren, ich bin auch der Meinung, dass die Semesterferien, die ja in Deutschland, wie wir alle wissen, sehr lang sind, genutzt werden müssen, um die dort vorhandenen exzellenten Medienräume auch den Schülerinnen und Schülern, die sich vielleicht besonders hervorgetan haben, in den Semesterferien, in den Nachmittagsstunden oder in den Sommerferien zur Verfügung zu stellen, möglicherweise auch unter der Anleitung von Studenten, die sich dort in den Semesterferien, vielleicht lieber als in einer Kneipe, 3,50 DM hinzuverdienen.

Es ist viel sinnvoller, wenn wir die Studenten dann bitten, diese Kapazitäten, da liegt ja sonst ganz viel Kapital brach, zu nutzen. Entsprechende Gespräche sind übrigens mit den Rektoren der Hochschulen bereits geführt worden, und von dort ist signalisiert, dass man uns unterstützt. Ganz leer stehen die Räume leider nicht, weil dort eben auch Forschung betrieben wird. Aber ich habe die Zusage der Hochschule und der Universität, dass man kooperationsbereit ist.

(D) Genauso gilt natürlich die Forderung von Frau Hövelmann, dass wir die Schulen unbedingt nachmittags öffnen müssen. Es kann nicht angehen, dass wir in einer zehnten Klasse hören, in der zehnten Klasse gibt es leider keinen Computerunterricht mehr. Ich sage, aber ihr habt doch so wunderbare Computerräume, warum nutzt ihr die denn nicht nachmittags? Ja, da kommen wir nicht an den Schlüssel heran, und Lehrer haben wir auch nicht, die sind schon so belastet, dass das nicht mehr geht. Aber auch hier denke ich, das mit dem Schlüssel muss hinzubekommen sein. Warum nimmt man für den Nachmittag nicht auch einen Studenten? Ich selbst kann mich ja outen, ich habe das nicht über einen Lehrer gelernt, sondern im hohen Alter von 50 Jahren hat mir das auch ein Student beigebracht.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch kein Alter!)

Der eine sagt so, der andere so!

(Heiterkeit)

Auf jeden Fall, denke ich, soll das die Schulen motivieren, auch solche alternativen Angebote anzunehmen und nicht die Schulen nachmittags zu schließen, sondern die vorhandenen Computerräume, die

(A) ja in der Anschaffung auch sehr viel gekostet haben und die nach wenigen Jahren bereits überholt sind und dann ausgewechselt werden müssen, sollten wirklich vormittags und nachmittags in Betrieb sein. Beispiele gibt es an vielen Schulen, das habe ich auch gesehen, wo das schon selbst organisiert ist und entsprechende Listen ausliegen. Auch in den Pausen können dort die Schüler, wie ich es in Horn gesehen habe, die Computer nutzen. Ich finde, da müssen wir uns gegenseitig unterstützen, indem wir das, was wir dort zur Verfügung gestellt haben, optimal nutzen.

Was die Wirtschaft angeht, bin ich der Meinung, dass viel mehr geholfen werden kann. Ich bin ganz sicher, und es ist ja so, um im fußballerischen Vergleich zu sein, man muss Vorlagen geben, aber wenn man eine Vorlage bekommt, muss man sie auch verwandeln. Das Angebot der Dasa ist, uns nicht mit ausrangierten Computern auszustatten, sondern die haben zu uns gesagt, wir geben für sechs Schulen sechs top ausgerüstete, komplett ausgerüstete Medienräume, und zwar weil wir der Auffassung sind, dass unsere Arbeitnehmer, und ein Großteil der Arbeitnehmer der Dasa kommt ja aus Bremen, an modernen Geräten ausgebildet sein sollen. Deshalb bin ich sehr dankbar für solche Initiativen. Ich werde, da können Sie auch sicher sein, nicht aufhören, weitere Möglichkeiten hier zu eruieren und weitere Firmen in Bremen dazu aufzufordern, uns mit besten Geräten zu unterstützen.

(B) Die Wartung dieser Geräte ist übrigens ein großes Problem. Jede Firma, das stimmt ungefähr, geht davon aus, dass sie auf jede angeschaffte Mark im EDV-Bereich 30 Pfennig für die Wartung und Erhaltung, Software et cetera, ausgibt. Wenn wir das jetzt schon hätten, hätte ich überhaupt nicht den Mut, nachher in die Diskussion um die verlässliche Grundschule zu gehen. Dann würden wir ein Vielfaches von dem ausgeben, nur um die Computer, die wir demnächst an den Schulen haben werden, zu unterhalten. Das ist ein großes Problem, das auf uns zukommt, und auch da bitte ich um Zustimmung zu diesem Modell, das so läuft, dass die Firma Messerknecht, die ja schon erwähnt worden ist, Auszubildende als Paten diesen Schulen zuordnet, die jederzeit auf Anruf vorbeikommen und das dann ganz unbürokratisch und ohne Rechnungslegung an den Bildungssenator oder an die Schule machen, weil es da eine besonders gute Partnerschaft gibt.

Ich finde, es ist ein gutes Beispiel der Kooperation, dass wir nicht immer nur nach dem Staat rufen und nach dem Bildungssenator, wenn irgendetwas nicht läuft, sondern dass man sagt, hier gibt es auch kreative Möglichkeiten, vorhandene Ressourcen im Interesse unserer Kinder, denn das ist unsere Zukunft, zu nutzen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/174, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte 19 und 21 ausgesetzt werden.

Tierschutz im Grundgesetz verankern

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 3. Januar 2000
(Drucksache 15/160)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungskoalition unter Bundeskanzler Schröder hat versprochen, alles zu tun, den Tierschutz entsprechend seinem hohen gesellschaftlichen Stellenwert im Grundgesetz abzusichern. Aber, wie so oft, es ist bis heute nichts passiert, und das, obwohl eine Regelung, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern, schon längst überfällig ist, entsprechend den leeren Worthülsen der Bundesregierung und der artenschutzfeindlichen Politik der CDU. (D)

Ja, meine Damen und Herren, Sie haben recht gehört, Tatsache ist doch, dass die Bundesregierung dem Rechts- und dem Ernährungsausschuss entsprechende Vorschläge vorgelegt hat, die dann wiederum von den so genannten christlichen Abgeordneten von der CDU kategorisch abgelehnt wurden.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wollen ein Staatsziel Tierschutz auf Biegen und Brechen nicht zulassen, und diese Tatsache ist eine Schande Ihrer verfehlten Politik auf Kosten der Tiere! Aber bitte, Sie können uns gleich ja vom Gegenteil überzeugen, indem Sie dem DVU-Antrag zustimmen werden.

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: So weit wird es noch kommen!)

Demzufolge möchte ich gerade den christlichen Abgeordneten der CDU folgende Worte von Franz von Assisi in Erinnerung rufen: „Gott wünscht, dass wir den Tieren beistehen, wenn es vonnöten ist. Ein jedes Wesen hat in Bedrängnis gleiches Recht auf Schutz.“

(A) Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, es ist dringender und notwendiger denn je, aber anscheinend hat die Lobby derer, die aus Eigennutz gegen eine Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung sind, wie zum Beispiel die Wirtschaft, die Wissenschaft, in der CDU das Sagen. Dazu kann ich nur sagen, welche Ignoranz, welche Arroganz!

Meine Damen und Herren, wir als verantwortliche Politiker im Lande Bremen

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Wer ist wir?)

dürfen es einfach nicht zulassen, dass den Tieren durch eine wirtschaftliche Ausbeutung und durch unnötige Tierversuche, durch Forschungswahnsinn, wie zum Beispiel an der Bremer Uni, mit Duldung vom Bündnis 90/Die Grünen, Qualen und große Schmerzen zugefügt werden. Wir dürfen es wirklich nicht länger zulassen! Ich kann nicht begreifen, wie man bei diesem Thema lachen kann, gerade beim Bündnis 90/Die Grünen. Hier tragen wir alle eine große persönliche Verantwortung, dass einem Lebewesen Schmerzen zugefügt werden, das ebenso schmerz- und leidensfähig ist wie wir Menschen.

Ich sage es Ihnen im Namen der Deutschen Volksunion,

(B) (Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Auch das noch!)

dass ich es als verantwortlicher Politiker nicht hinnehmen werde, dass Tiere als Mitlebewesen aus Profitgier weiterhin sinnlos und schutzlos geopfert werden.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Ab heute essen Sie nur noch Erbsen und
Linsen!)

Sie können ja gleich nach vorn kommen und einen Beitrag leisten!

Meine Damen und Herren, ich werde mich auch weiterhin rigoros dafür einsetzen und eintreten, dass dieser ganze Wahnsinn nicht auch noch mit Steuergeldern subventioniert und finanziell unterstützt wird. Die Deutsche Volksunion wird weiterhin unermüdlich für das Staatsziel Tierschutz kämpfen, auch wenn es bei Ihrer verantwortungslosen Politik in Bezug auf Tierschutz bleibt, denn Sie alle werden ja gleich einheitlich und scheinheilig diesen DVU-Antrag mit Scheinargumenten wie immer ablehnen. Ich werde Sie nicht aus der moralischen und politischen Verantwortung entlassen. Darum sage ich Ihnen ganz klar und deutlich, ganze Zeitalter voll Liebe werden notwendig sein, um den Tieren ihre Dienste und Verdienste an uns Menschen zu vergelten. — Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

(C)

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, den Schäferhund hat schon jemand anders gebracht!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tittmann, ich habe Ihnen heute nicht die Verfassung mitgebracht wie letztes Mal. Ich werde Ihnen aber von einem anderen Buch etwas erzählen. Ich lese gerade mit meiner zweijährigen Tochter abends eine nette Geschichte. Da geht es um drei kleine schlaue Schweinchen und einen alten grauen Wolf. Der alte graue Wolf möchte zu gern die Schweinchen hereinlegen und klopft deswegen in immer neuen Verkleidungen ganz harmlos an die Tür des Hauses, in dem die drei kleinen Schweinchen wohnen. Vergeblich, Herr Tittmann, ich sage Ihnen vergeblich deswegen, weil er doch erkannt wird! Er wird immer an seiner Dummheit erkannt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wir sollten im Dezember, Herr Tittmann, den Tierschutz in die Bremer Landesverfassung schreiben, wo er schon seit zwei Jahren steht. Dumm gelaufen!

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

(D)

Jetzt soll das Land Bremen eine Initiative im Bundesrat in Richtung Grundgesetz starten. Wieder dumm gelaufen, denn am 19. Januar 1999 haben die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag eingebracht, der auf eine Regelung genauso wie in Bremen zielt, und im Februar 1999 hat der Bundesrat auf Antrag von Rheinland-Pfalz einen Antrag verabschiedet — also genau das, was Sie fordern, ist bereits im Februar 1999 passiert —, der ähnlich wie in Bremen die Verpflichtung vorsieht, „Tiere als Mitgeschöpfe zu achten und sie im Rahmen der Gesetze vor vermeidbaren Leiden und Schäden zu schützen“, soweit das Zitat, um so die staatliche Gewalt auf eine gleichberechtigte Berücksichtigung, nämlich durch Abwägung dieses Zieles, neben anderen Zielen zu gewährleisten!

Also, soweit das tatsächlich bereits vorhandene Handeln im Bundesrat! Zur Sachaufklärung: Beide Anträge aus den Reihen des Bundestages wie aus dem Bundesrat sind gegenwärtig in der Beratung der Bundestagsausschüsse, es hat verschiedene Erörterungen gegeben. Es gibt jetzt eine Kompromissformulierung, die Konsens ist, da werden die Tiere mit aufgenommen. Ich gestehe zu, das ist eine Kompromissformulierung, das ist in Artikel 20 a. Dort soll es heißen, ich darf zitieren:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebens-

- (A) grundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung nach Maßgabe von Gesetz und Recht.“ Das ist ein Kompromiss, und richtig ist, dass die CDU/CSU-Fraktion noch keinen Beschluss dazu gefasst hat. Dieser Beschluss steht noch aus, allerdings hört man, dass es da viel Sympathie bei der CDU gibt und dass die Sache auf dem kommenden Parteitag auch entsprechend beschlossen wird. Ich hoffe jedenfalls, dass es so gehen wird. Also soweit zum sachlichen Teil!
- Noch einmal und ganz ohne Polemik und ganz im Ernst, Herr Tittmann: Ohne Arbeit geht es einfach nicht, wenn Sie hier im Parlament des Landes Bremen mitreden wollen.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)
- Sie müssen sich einfach die Mühe machen, einmal nachzufragen, nachzusehen, und wenn die Beratung aus München von Herrn Frey so schlecht ist, dann müssen Sie den Vertrag einmal lösen.
- (Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Oder die Zahlungen einstellen!)
- Ja, oder die Zahlungen einstellen! Ein sehr guter Hinweis, Herr Röwekamp, vielen Dank!
- (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)
- Ich empfehle Ihnen das jedenfalls dringend, bevor wir dann zur nächsten Sitzung etwa einen Antrag haben, wo Sie dann den Tierschutz in die Europäischen Verträge aufnehmen wollen. Im Übrigen leihe ich Ihnen das Buch gern aus, damit Sie wissen, wie diese Geschichte ausgegangen ist.
- (Heiterkeit — Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)
- Vizepräsident Ravens:** Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.
- Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Kuhn, das war wieder einmal eine hervorragende Schaufens-terrede.
- (Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, richtig!)
- Sie wissen doch ganz genau, dass auch der Bremerhavener Tierschutz und der Bremer Tierschutz als Staatsziel den Tierschutz schon lange fordern. Man kann doch Ihre Rede nicht damit bewenden lassen,
- dass alles faule Kompromisse sind, die da geschlossen werden.
- (Zurufe: Was?)
- Sie wissen ganz genau, dass der Tierschutz im Argen liegt, dass die Forderungen nicht ausreichen, und wenn Sie einmal in die Verfassung sehen: Zwei Zeilen unter dem Betreff Tierschutz!
- (Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo denn?)
- Sie müssen doch zugeben, dass das nicht ausreichend ist!
- (Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Drei Zeilen, wir fordern drei Zeilen!)
- Na gut, drei! Aber wie Sie da mit dem Tierschutz umgehen, das ist verwerflich und zeugt von Ignoranz und Arroganz.
- Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann mit der Drucksachen-Nummer 15/160 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (D) (Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Gegen Verfassungsverrat**
- Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 3. Januar 2000 (Drucksache 15/161)
- Die Beratung ist eröffnet.
- Das Wort erhält der Abgeordnete Tittmann.
- Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich lasse Ihnen noch etwas Zeit, damit Sie hinauslaufen können.
- (Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Wie bitte?)

(A) Ich lasse Ihnen Zeit, damit Sie noch hinauslaufen können! Ich sehe, da gehen schon einige.

(Abg. Frau S t r i e z e l [CDU]: Sie vergraulen uns nicht!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, in welchem erschreckenden Umfang innerhalb der etablierten, so genannten demokratischen Altparteien Missbrauch, Lügen, Bestechlichkeit, Selbstbereicherung, Freiflüge mit Freundin, Korruption, Geldwäsche und einschlägige Seilschaften an der Tagesordnung sind, beweist wieder einmal mehr der nun scheibenweise deutlich werdende gigantische Finanzskandal der CDU. Meine Damen und Herren, Merkmale, die allgemein nur im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität im Bewusstsein sind, kennzeichnen längst in weiten Bereichen die herrschende Politik in Deutschland. Der Normalbürger wendet sich verständlicherweise angewidert ab.

Eine Politverdrossenheit von ungeahntem Ausmaß breitet sich im Volk aus, und Tag für Tag wird deutlicher, wie weit sich die Etablierten vom Geist jenes Amtseids entfernt haben, der in Artikel 56 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht. Zur allgemein notwendigen Verinnerlichung und Erinnerung darf ich zitieren, Herr Präsident:

(B) „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ Tatsache ist aber, dass immer mehr maßgebliche Politiker aller so genannten demokratischen Parteien gegen alle Grundsätze von Anstand und Moral verstoßen, wodurch die Demokratie zunehmend in Gefahr gerät.

Meine Damen und Herren, weil sich die Deutsche Volksunion nicht scheut, Klartext zu reden und das schier endlose Skandalregister von Politbonzen aufzudecken, ist sie natürlich den so genannten demokratischen Parteien ein Dorn im Auge. Deshalb ist es die Masche der Politbonzen, die von dem Skandalsumpf, in dem sie selbst bis zum Hals stecken, ablenken wollen, die DVU zu diffamieren und zu verleumden. Diese Rechnung geht aber nicht auf. Das wird erfreulicherweise aus der Tatsache deutlich, dass sich die junge Generation unseres Volkes auf der Suche nach politischer Glaubwürdigkeit und nach ehrlichen Charakteren insbesondere bei Wahlen Zug um Zug verstärkt für die Deutsche Volksunion entscheidet.

(Heiterkeit — Abg. Frau J a n s e n [SPD]: Darum sind Sie hier auch so massenhaft vertreten!)

Ja, Ihnen wird das Lachen noch vergehen, meine Damen und Herren! Sie werden noch einmal froh

sein, wenn Sie die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, das kann ich Ihnen sagen!

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Ja, dann müssen wir Sie fünfmal klonen!)

Meine Damen und Herren, dem bis jetzt nur zum Teil bekannt gewordenen CDU-Skandal unter der Oberregie von Herrn Kohl mit seinem Schwarzkontensystem und den angeblichen unbekanntem jüdischen Erblässern — und da sollten Sie nicht lachen, meine Damen und Herren, das Thema ist zu ernst! —

(Unruhe)

schließen sich unzählige üble Machenschaften und Gaunereien im Rahmen des etablierten Politikartells an. Dazu gehört selbstverständlich sowohl der schamlose Coup des Ex-Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, ich habe das heute Morgen schon einmal erwähnt, und heutigen SPD-Bundespräsidenten Johannes Rau, der sich sündhaft teure Flüge im Privatjet von der Westdeutschen Landesbank finanzieren ließ, als auch die Schnorrerpraktik des Ex-Ministerpräsidenten von Niedersachsen und SPD-Genossen Glogowski — man kann das gar nicht oft genug erwähnen —, der sich hemmungslos und schamlos beispielsweise luxuriöse Urlaubsreisen und ausschweifende Feste und Familienfeiern von Firmen sponsern ließ.

Allerdings, meine Damen und Herren, gemessen an dessen so genannten Edelsausen schlägt das Gebaren des Bremer Ex-SPD-Staatsrates und Ex-Vulkan-Chefs Hennemann alle bisherigen Rekorde im Rahmen von Korruption, Filz und skrupelloser Abzockerei. So steht nun der einstige Vorzeige-Sozialdemokrat wegen Untreue über sage und schreibe 854 Millionen DM vor Gericht.

Oder blicken wir doch nur einmal auf den langjährigen FDP-Chef Graf Lambsdorff — von dem FDP-Abzocker Bangemann ganz zu schweigen, dafür reicht meine Redezeit leider nicht mehr —, der schon vor Jahren Drahtzieher in einer Parteispendenaffäre war und wegen Steuerhinterziehung in riesigem Umfang verurteilt wurde! Heute handelt dieser feine Herr zu Lasten Deutschlands gewissermaßen weitere Tributzahlungen wegen Zwangsarbeit des Zweiten Weltkriegs in Washington aus.

Meine Damen und Herren, nicht zu vergessen der Herr Wissmann, CDU-Minister in Bonn unter Kohl, gegen den ein gerichtlicher Strafbefehl wegen steuerrechtswidriger Wahlkampfkostenhinterziehung erlassen wurde.

(Vizepräsident D r . K u h n übernimmt den Vorsitz.)

Wenn ich jetzt im Zusammenhang mit den jüngsten CDU-Skandal-Enthüllungen den angeblichen

(C)

(D)

(A) Selbstmord des Finanzchefs der CDU-Fraktion im Bundestag, Wolfgang Hülle, zur Kenntnis nehme, dann fällt mir auch der einstige grüne Bundestagsabgeordnete Bastian ein, der sich das Leben nahm, nachdem er seine Parteifreundin Kelly erschossen hat.

(Unruhe)

Leider muss ich mich aufgrund der wenigen Minuten, die mir hier zur Verfügung stehen, auf diese wenigen Beispiele skandalöser und krimineller Machenschaften einschlägiger Politprominenz beschränken.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Hitler hat sich auch das Leben genommen!)

Tatsache ist, meine Damen und Herren, dass man mit solchen Sündenregistern von etablierten Politikern ganze Lexika füllen könnte.

Lassen Sie mich aber abschließend noch feststellen: In der CDU-Spendenaffäre sollte man auf die Vorschläge Kanthers zurückgreifen, der im Zusammenhang mit dem großen Lauschangriff vor Jahren formulierte — damals machte der Innenminister die Notwendigkeit des Abhörens an einem Beispiel deutlich —, es könne nicht sein, so Kanther damals, dass manche Gangsterbanden mit 100.000 DM im Kofferraum durch die Gegend fahren und nicht angeben müssen, woher das Geld stammt. Ich muss sagen, wo der CDU-Kanther Recht hat, da hat er Recht. Gerade jetzt hat er mich besonders von der Notwendigkeit der Überwachung von Gangsterbanden überzeugt.

(B)

(Zuruf von der CDU: Wir haben doch fünf Minuten vereinbart!)

Ich mache gleich Schluss!

Herr Kleen, Sie haben mich gestern mit einem Zwischenruf als Neonazi betitelt und beschimpft.

(Abg. K l e e n [SPD]: Das habe ich nicht!)

Das haben Sie gemacht, das habe ich gehört! Das war dumm! Sie haben sich geweigert, diesen Zwischenruf laut zu wiederholen.

(Abg. K l e e n [SPD]: Das ist nicht wahr!)

Doch!

(Zuruf des Abg. K l e e n [SPD])

Nein, nein! Ich meine, wenn, dann sollten Sie dazu stehen und nicht feige sein!

(C)

(Abg. D r . S c h u s t e r [SPD]: Sie sollten nicht lügen, das wäre besser! — Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Aber wenn man die Äußerung nimmt, dann kann man sagen, Herr Kleen hätte nicht ganz Unrecht mit dem, wenn er so etwas gesagt hat! — Unruhe)

Des Weiteren, meine Damen und Herren, haben Sie vorhin wahrscheinlich ein Paradebeispiel Ihres Demokratieverständnisses abgegeben, indem Sie behauptet haben, dass ich nicht in dieses Parlament gehöre.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Endlich einmal Applaus!)

Ja, klatschen Sie ruhig!

Nur einmal zu Ihrer Kenntnisnahme: Ich bin von vielen tausend Bürgern Bremerhavens demokratisch gewählt worden, und es zeigt deutlich, wie Sie hier mit dem Wählerwillen umgehen und wie Sie Wählerwillen missachten, das ist wahre Demokratie von Ihnen! Sie haben sich damit deutlich als Anti-Demokraten demaskiert, meine Damen und Herren!

(D)

Zu Frau Marken möchte ich noch einmal eben sagen, wenn Sie schon keinen Frisör haben,

(Lachen bei der CDU)

den Sie beleidigen können, dann ist es Ihr Problem!

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Abgeordneter, hören Sie einmal zu! Der Präsident hat Ihnen jetzt eben zu sagen, dass Argumente zur Person im Parlament nicht üblich und nicht gestattet sind.

Abg. **Tittmann** (DVU): Nein, ist gut! Das habe ich auch gerade gesagt, dann ist es ihr Problem, wenn sie keinen Frisör dafür hat!

(Unruhe)

Aber wenn sie die Wahrheit und mich nicht ertragen kann, dann steht es ihr frei, den Saal zu verlassen. — Ich bedanke mich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

(A) Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünschte, Herr Tittmann, Ihre Lehrer hätten Ihnen früher öfter einmal den Kopf gewaschen,

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

dann würden Sie nämlich heute hier in einem deutschen Landesparlament nicht so baren Unfug vertreten.

Ich muss sagen, seitdem ich in der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven und dann hier in der Bremischen Bürgerschaft parlamentarisch tätig bin, ist mir die DVU immer auf den Fersen gewesen, seit 13 Jahren ist sie im Parlament. Ihre Behauptung, wir seien alteingesessene Parteien und Sie seien sozusagen die neueste Protestbewegung, können Sie weder persönlich, der Sie ja nun immerhin schon genauso lange dabei sind, noch für Ihre Fraktion in Anspruch nehmen. Sie müssen sich schon an Ihren Inhalten messen lassen, Herr Tittmann!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Sie haben sich ja durch den heutigen Tag in bemerkenswerter Weise in das eingegliedert, was Ihre Vorgänger, die jetzt noch immer als Claqueure auf den Besuchertribünen die Einzigen sind, die Ihnen überhaupt zuhören, Ihnen vorgemacht haben, und ich möchte zitieren — —.

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Sonst hört überhaupt keiner zu! — Lachen und Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Der ist so blöd! — Abg. **Schramm** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war es doch, lass doch gut sein!)

Herr Tittmann, einige Wissenschaftler haben einmal versucht, die Arbeit Ihrer Vorgänger hier im Parlament zu untersuchen. Es ist für Wissenschaftler bestimmt eine besondere Herausforderung gewesen.

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Das glaube ich!)

Das Ergebnis, denke ich, macht Ihr Demokratieverständnis und Ihre Abzockermentalität in bemerkenswerter Weise deutlich. In einem Gutachten eines sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts heißt es nämlich, ich zitiere wörtlich mit Genehmigung des Präsidenten und des ganzen Hauses, nehme ich an:

*) Vom Redner nicht überprüft.

„Die DVU-Abgeordneten sind vor allem durch ihre Verweigerung einer kontinuierlichen Parlamentsarbeit aufgefallen. Durch eine Flut von Anträgen und Anfragen versuchte“ — sie haben noch in der Vergangenheit gesprochen — „die DVU, das Parlament zu einer Propaganda- und Agitationsbühne umzufunktionieren und damit arbeitsunfähig zu machen. Entsprechend oberflächlich, inhaltsleer und polemisch propagandistisch fielen auch ihre Redebeiträge und Anträge aus. Die DVU hat sowohl das Parlament als auch den Auftrag der Wähler missbraucht.“

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, und so viel zum zweiten Teil Ihrer Rede, dass die DVU zeitweise rund 55.000 DM Fraktionszuschüsse monatlich, ohne, wie zwingend erforderlich, ein Fraktions- oder Wählerbüro zu unterhalten, kassiert hat. Erst nach zwischenzeitlicher Sperrung der Mittel wurde ein solches Büro eingerichtet. Die DVU soll aus öffentlichen Mitteln eine Waschmaschine erworben haben,

(Heiterkeit)

die heute schon mehrfach eine Rolle gespielt hat. Wenn man Sie ernst nehmen würde, würde vielleicht Stefan Raab statt des Maschendrahtzauns auch einmal den Waschmaschinensong erfinden.

Die Gelder sind zum Teil für Gartenmöbel oder neue Kleider, was man Ihnen zwangsläufig nicht ansieht,

(Heiterkeit)

verwendet worden. Allein 144.000 DM hat die DVU dafür verbraucht, rechtsextreme Zeitungen ihres Parteivorsitzenden, des Münchener Verlegers Gerhard Frey, kostenlos zu verteilen. Ich will gar nicht darauf hinweisen, dass sie einen Geschäftsführer über Jahre bezahlt hat, den nie jemand gesehen hat. Dieser Phantom-Geschäftsführer taucht jetzt des öfteren bei Ihren Kollegen auf der Tribüne auf, um Ihnen zuzujubeln und seine eigenen Reden zu hören.

Im Zentrum der DVU-Programmatik standen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, ein dumpfer völkischer Nationalismus und Geschichtsrevisionismus. Die DVU schürt Ressentiments gegen Ausländer und Juden und diffamiert den demokratischen Rechtsstaat, meine Damen und Herren! Das ist das wissenschaftliche Urteil über Ihre Arbeit!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Tittmann, ich muss sagen, Sie haben sich in diese Arbeit Ihrer Vorgänger lückenlos eingefügt.

(C)

(D)

(A) Ich spreche Ihnen jede moralische, demokratische und intellektuelle Berechtigung ab, über andere Parteien und andere Politiker zu urteilen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, was Sie haben, Herr Röwekamp, mein Anzug ist doch ganz chic!

(Abg. **K n ä p p e r** [CDU]: Wirf den bloß nicht weg, der wird wieder modern! — Heiterkeit)

Des Weiteren ist es eine Tatsache, wir mussten uns nicht bei der jüdischen Gemeinde entschuldigen, weil wir Erblasser einbezogen haben. Wir nicht, Sie ja, wir nicht!

(Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Jeden Tag müssen Sie sich entschuldigen! Jeden Tag, Herr Tittmann! — Unruhe — Glocke)

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie doch alle, ein bisschen auf die Würde des Hauses zu achten!

Abg. **Tittmann** (DVU): Vollkommen richtig, Herr Präsident!

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Röwekamp, mit Ihren verlogenen Hasstiraden habe ich schon gerechnet. Sie ändern aber nichts an der Tatsache, Sie stecken bis zum Hals im Dreck und können sich gar nicht freischwimmen. Das gilt auch ganz besonders für die Grünen, die jetzt zwar den Saubermann spielen wollen, obwohl sie Profis im Abzocken und Geldverschieben sind.

(Zurufe: Was?)

Ich komme gleich darauf! Nicht nur dass dort, wo die Grünen in der Regierung sitzen, Steuergelder für so genannte Projekte abgezweigt werden, in deren Dunstkreis linksextremistische Gewalttäter finanziert werden, Grüne sind auch Spezies jener verfassungswidrigen Praxis, wie der Staatsrechtler Hans-Hermann von Arnim feststellt — und ich zitiere —, „nach der staatliche Gelder als überhöhte Sonderbeiträge von Abgeordneten unter Ausnutzung ihrer Abhängigkeit zwecks Finanzierung der Partei-

en abgepresst werden. Mehr als 20.000 DM der Staatskasse werden auf diese Weise pro Mandats-träger im Jahr, deklariert als Spenden, an die Partei verschoben.“

Alle Vorschläge, Herr Röwekamp, der Deutschen Volksunion, Steuermittel für Parteien zu reduzieren oder ganz zu streichen, wurden immer wieder von den Etablierten abgelehnt. Das spricht doch Bände!

Noch etwas sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben! Im Gegensatz zu Ihnen im etablierten Parteienkartell mit Abertausenden von hauptamtlichen Funktionären, die mit Unsummen aus der Staatskasse finanziert werden, gibt es in der Deutschen Volksunion nur ehrenamtliche Funktionsträger.

(Abg. **K l e e n** [SPD]: Das sagen Sie einmal Ihrem Führer Frey! Unglaublich!)

Das gilt auch für den Parteivorsitzenden, der keinen Pfennig erhält. Im Gegenteil, Dr. Frey zieht im Gegensatz zu anderen Parteivorsitzenden nicht nur kein Geld aus der Parteikasse heraus, sondern er spendet auch aus seinem Privatvermögen enorme Summen. Umfassende Kontrolle und Transparenz der Parteifinanzierung war bei der Deutschen Volksunion von Beginn an selbstverständlich, Herr Röwekamp. CDU, CSU, FDP, Grüne, SPD und ihre heimliche Verwandtschaft PDS haben dagegen noch Nachholbedarf.

(Lachen bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, machen Sie so weiter! Die Quittung bekommen Sie bei der Wahl. Für jeden neugewählten DVU-Abgeordneten, und es werden noch einige mehr werden, muss einer der etablierten Skandalprofis hinaus.

(Unruhe)

Darauf bauen erfreulicherweise immer mehr Normalbürger. Nur diese Aussicht lässt sie hoffen, dass sich Anstand, Moral und Sitte wieder in der Politik durchsetzen. Sie aber, meine Damen und Herren, sollten in sich gehen und sich schämen! Sie haben allen Grund dazu. — Ich danke Ihnen!

(Abg. **K a r l U w e O p p e r m a n n** [CDU]: Aber nun fühlen Sie sich richtig besser!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, dass ein Parlamentsabend nicht mit solch einer Rede enden darf.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Ich möchte Ihnen deshalb von einer Geschichte erzählen, die ich meinem Sohn jeden Abend vorlese, weil das zurzeit seine Lieblingsgeschichte ist. Sie handelt von einem Affen, der den ganzen Tag, mehrere Wochen und Monate verschläft, weil er auf einem Ast sitzt und nur dumpf hin- und herschaukelt. Auch ihm wurde ein Streich gespielt. Zwei Mäuse haben den Ast abgesägt, in eine andere Zeit verpflanzt, und der Affe schaukelt heute noch da.

Herr Tittmann, Sie haben mich sehr an das erinnert, was ich meinem Sohn jeden Abend vorlese. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/161 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 18. Januar 2000

(Drucksache 15/173)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses Performa Nord (C)

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Januar 2000
(Drucksache 15/171)
1. Lesung
2. Lesung

Wir kommen zur ersten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen. (D)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes mit der Drucksachen-Nummer 15/171 in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Es wurde interfraktionell vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen.

Ich lasse daher darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung vornehmen wollen.

Wer der Durchführung der zweiten Lesung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

(A) Wir kommen dann zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes mit der Drucksachen-Nummer 15/171 in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Tagesordnung.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven, dass sie gut nach Hause kommen, unterbreche für zwei Minuten und berufe dann die Sitzung der Stadtbürgerschaft ein.

(Schluss der Sitzung 17.10 Uhr)

(C)

(B)

(D)